

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 20. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Wo bleibt das Arbeitszeitgesetz?

Unternehmer und Reichsarbeitsministerium wollen es verschleppen.

Man kann die gesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages auf verschiedene Weise verhindern.

Das Reichsarbeitsministerium befolgt eine andere Methode. Es bearbeitet so „gründlich“ seinen Entwurf eines Arbeiterschutzes, daß das Endergebnis das gleiche ist: Verhinderung der gesetzlichen Wiedereinführung des Achtstundentages.

Es ist ein Spiel mit verteilten Rollen. Wäre es zwischen Reichsarbeitsministerium und Unternehmern vereinbart, es könnte nicht besser klappen.

„Das Reichsarbeitsministerium halte den jetzt gegebenen tatsächlichen Arbeitszeitstand als der Wirtschaftslage für lange Frist angemessen und werde auch die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes mit allen Mitteln in die Länge ziehen.“

Zu dieser Niederschrift erklärte Dr. Söhler vom Reichsarbeitsministerium, daß bei der Schwierigkeit der Materie und dem Gang unserer Gesetzgebung das Inkrafttreten der Neuregelung nicht allzu

schnell zu erwarten sei, niemals sei aber auch ein Wort gesagt, aus dem die Absicht eines systematischen In-die-Länge-Ziehens hätte geschlossen werden können.

Der Unternehmerverband Dr. Reißinger hat das Reichsarbeitsministerium in einem zu rosigen Licht erscheinen lassen. Es geht noch weit langsamer. Von Zeit zu Zeit gibt das Reichsarbeitsministerium „beruhigende“ Erklärungen ab und fördert „mit äußerster Anspannung aller Kräfte“, wie sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bereits im Oktober vorigen Jahres ausdrückte, das Arbeiterschutzes.

Einige Daten mögen diese gründliche Bearbeitung dieses Gesetzentwurfes noch beleuchten: Am 17. September 1924 wurde in einer Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern eine baldige gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vom Reichsarbeitsministerium in Aussicht gestellt. Die Gesetzentwürfe sollten in wenigen Wochen herausgebracht werden. Am 3. Februar 1925 erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Reichstage: er hoffe, noch im Laufe des Jahres 1925 den neuen Gesetzentwurf herauszubringen.

Was ist von alledem bisher gehalten worden? Nichts! Das Kabinett soll sich in nächster Zeit mit dem Entwurf beschäftigen. Dann geht es an den Reichswirtschaftsrat und Reichsrat. Bei einigermaßen gründlicher Behandlung vergehen noch zwei Jahre darüber — die Erfahrungen mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung zeigen, welche Verschleppungsmöglichkeiten hier winken —, und dann wird der Reichstag Gelegenheit bekommen, sich mit dem Gesetzentwurf zu beschäftigen. Zwei Millionen Arbeitslose, zwei Millionen Kurzarbeiter, in unbeschreiblichem Umfang Neun- und Zehnstundentag.

Das Spiel mit den verteilten Rollen muß ein Ende haben. Wir brauchen ein Notgesetz, das den Achtstundentag wieder einführt.

vertrages und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Vertrag, der Gegenstand des besonderen Interesses der polnischen Sozialisten sei, bald zustande kommen dürfte.

Neue Seipel-Regierung.

Scharfe Forderungen der Sozialdemokratie.

Wien, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Hauptausschuß des Nationalrates hat auf Vorschlag der christlichsozialen Partei mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien beschloffen, Seipel zur Wahl als Bundeskanzler vorzuschlagen.

Die sozialdemokratische Fraktion legt in einer längeren Entschließung zunächst dagegen Verwahrung ein, daß das Parlament die Alters- und Invalidenversicherung noch immer nicht verabschiedet hat; die Fraktion verlangt, daß das Parlament unverzüglich aufgelöst werde, wenn es nicht sofort dieses Versicherungsgezet in Angriff nimmt.

Die sozialdemokratische Fraktion legt in einer längeren Entschließung zunächst dagegen Verwahrung ein, daß das Parlament die Alters- und Invalidenversicherung noch immer nicht verabschiedet hat; die Fraktion verlangt, daß das Parlament unverzüglich aufgelöst werde, wenn es nicht sofort dieses Versicherungsgezet in Angriff nimmt.

Die Ministerliste.

Die neue Bundesregierung soll folgendermaßen zusammengezet sein: Bundeskanzler und Reichsminister: Dr. Seipel (chr.-soz.),

Dritte Werbebeilage des „Vorwärts“: Sozialistische Wirtschaftspolitik

Paul Hertz: Aufgaben der Steuerpolitik. F. Naphtali: Sozialdemokratie und Industriewirtschaft. A. Mirus: Arbeiterschaft und Konsumgenossenschaft. F. Baade: Sozialdemokratische Agrarpolitik.

Für Welthandelsfreiheit.

Auftakt zur Weltwirtschaftskonferenz.

Von W. Eggert, Mitglied der deutschen Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz.

Der Aufruf der internationalen Privatwirtschaftler für den freien Welthandel ist gleich dem jüngst gegründeten europäischen Stahltrust ein neuer Beweis für die fortschreitende weltwirtschaftliche Entwicklung und Verflechtung.

Die Länder Europas, und besonders die arbeitenden Klassen, hatten unter den Folgen dieser Verhältnisse schwer zu leiden. Konnte doch der Welthandelsumsatz bis jetzt nicht wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gebracht werden.

Sie lagen nun in ihrem Aufruf, man könne nicht ohne Bedenken ansetzen, in welchem Ausmaß Tarifbarrieren, Speziallizenzen und Verbote seit dem Kriege sich in den internationalen Handel einzuschleichen und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermochten.

Acht Jahre größter wirtschaftlicher Wirrnisse und Not mußten über Europa kommen, ehe sich die führenden Geister der privatkapitalistischen Wirtschaft und Finanz zu diesem Bekenntnis durchzuringen vermochten.

In ähnlicher Weise haben die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Belgiens und Frankreichs im Februar dieses Jahres auf einer Konferenz in Brüssel eine gemeinsame Plattform zur Bekämpfung der internationalen Zollpolitik geschaffen.

aufgestellten Richtlinien hieß es unter anderem: Herabsetzung der Schutzschranken, Anwendung der Klausel der Meistbegünstigung, Aufhebung noch bestehender Ein- und Ausfuhrverbote, Vereinbarungen über die Bedingungen des Verkehrs zu Wasser und zu Lande.

So sind die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften seit je Vorkämpfer des Freihandels gewesen, jener Idee, die dann 1924 auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik durch die bekannte Erklärung der mehr als 100 Nationalökonomien und Staatswissenschaftler, und ferner nunmehr in dem Manifest der Vorkämpfer der privatkapitalistischen Wirtschaft und Finanz auf der Tagung der Internationalen Handelskammer in London ihren Ausdruck gefunden hat.

Was nun? Der Ausschuss zur Vorbereitung der vom Völkerbund im Frühjahr 1927 in Aussicht genommenen Weltwirtschaftskonferenz hat seine „Kommission C“, der für Deutschland Staatssekretär Tredelenburg angehört, mit der Prüfung des Problems des Welthandels und der Märkte beauftragt. Die Wirtschaftsführer in London fordern nun aber erfreulicherweise klar und bündig „die Wiedereinführung der Handelsfreiheit“. Demnach bliebe nur die Aufstellung einfacher internationaler Regeln und Bedingungen übrig, unter denen zu Wasser und Lande, über Häfen und Güterbahnhöfe, auf allen internationalen Verkehrswegen, der Güteraustausch unter den Völkern zu erfolgen hätte. Die von den Wirtschaftsführern in London vorgeschlagene Kommission soll wohl diese internationalen Verkehrsregeln auf der Grundlage des Freihandels, der Befreiung aller Zolltarife, ausarbeiten? Damit ist aber gleichermäßen angedeutet, daß der Weg zur Verwirklichung des Freihandels noch immer ein langwieriger Weg sein kann. Die Erreichung des Zieles ist von heute auf morgen nicht zu erwarten. Die sofortige Aufhebung aller Zollschranken würde sehr tief in das wirtschaftliche Leben einschneiden. Die Hochschutzzollländer müßten eine Uebergangszeit und Schonfrist haben, um ihre Wirtschaft schrittweise umstellen zu können.

Aber das Londoner Wirtschaftsmanifest ist ein Janus, das den Weg beleuchtet, den die organisierte Arbeiterklasse seit Jahrzehnten schon als richtig erkannt hat, und den es jetzt mit neuer Kraft vorwärts zu gehen.

Das Manifest ist als Auftakt für die Genfer Weltwirtschaftskonferenz gedacht. Es bildet das wichtigste Stück ihrer Tagesordnung. Es darf keine platonische Plebeserklärung an den Freihandel bleiben. Es muß Wirklichkeit werden, fruchtbringende Wirklichkeit zum Wohle der Völker.

Das Wirtschaftsmanifest.

Der Reichsbankpräsident über seine Bedeutung.

München, 19. Oktober. (T.L.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der zu den Mitunterzeichnern des internationalen Wirtschaftsmanifestes gehört, gab heute einem Vertreter der Telegraphenunion zu dem Manifest die nachfolgende Erläuterung: Das Wirtschaftsmanifest, das von führenden Wirtschaftlern aus 16 verschiedenen Ländern unterzeichnet ist, kann in seiner Bedeutung umso leichter unterschätzt werden.

Selbstverständlich drücken die Unterzeichner dieses Manifestes, welchem Lande immer sie auch angehören mögen, nur ihre persönliche Überzeugung aus. Daß die Regierung dieses oder jenes Landes sich mit den Unterzeichnern nicht zu identifizieren wünscht, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber deswegen verliert dieses Manifest nichts von seinem Wert. Wir haben alle noch in zu lebendiger Erinnerung das Beispiel des Dawes-Berichtes. Als die Weisheit der Regierungen am Ende war, hatten wir es nur einer kleinen Gruppe von führenden internationalen Wirtschaftlern zu danken, daß ein wirtschaftlicher Ausweg aus den politischen Schwierigkeiten gefunden wurde. Wenn das Manifest auf der einen Seite die wirtschaftlichen Fehler hervorhebt, die Krieg und Frieden gebracht haben, so verliert sich das Manifest doch nicht in historischen Betrachtungen über Schuld

und Sühne, sondern weist unbefürmert um alles, was geschehen ist, unbefürmert um politische Engherzigkeit, die noch in einzelnen Köpfen stecken möge, den Weg in die Zukunft, den Weg in die Freiheit. Das Manifest ist nicht eine Auslassung der Regierenden, die durch alle möglichen Fesseln in ihrer Freiheit behindert sind, es ist ein Aufruf des gesunden Menschenverstandes aller Völker, die den Weg zur wirtschaftlichen und damit zur geistigen Zusammenarbeit frei machen wollen.

Verjudete Deutschnationale.

Ludendorff sagt es.

Als die Deutschnationalen Anna v. Bierke absägten, weil sie keinen rassenreinen arischen Stammesbaum aufzuweisen hatte, da ahnten sie nicht, wie bald sie alle selbst von der Riste der zuverlässigen, judenreinen deutschen Männer gestrichen werden würden. Nun ist es so weit. Ludendorff gibt für die Sachgenossen seinen Anhängern folgenden Befehl:

„Ich erwarte, daß sich niemand mehr von den Parteien täuschen läßt, die ihre Mitglieder immer wieder dadurch irreführen, daß sie vorgeben, deutsche Politik zu treiben. Ich meine die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei. Ueber die verfreimauerte, rein kapitalistische Volkspartei des Herrn Stresemann wird ein Zweifel nicht bestehen. Sie ist schon lange klar erkennbar aus den schwarzweißen Parteien ausgegliedert, obwohl sie immer noch diese heiligen Farben entwehlt. Auch die Deutschnationale Volkspartei schaltet sich selbst immer mehr aus den schwarzweißen Parteien aus. Jüdische, römische, freimaurerische Einflüsse werden in ihr immer maßgebender. Seitdem sie nun Bocarno, Genf und damit mittelbar Versailles und die Schuldfrage als Recht anerkennt, den Dawes-Pakt ermöglicht und die Sparte im Stich gelassen hat, zeigt sie klar und deutlich, daß sie nur noch Dienerin der überstaatlichen Mächte, keine deutsche und völkische Partei ist.“

Es ist weit gekommen mit Deutschland: viele große Parteien, aber keine große deutsche Partei — alles verjudet. Ueber 60 Millionen Einwohner — aber nur drei Duzend Deutsche. Warum sich diese drei Duzend darauf kapitulieren, in diesem Lande der Juden, Römlinge und Freimaurer zu bleiben, statt sich auf einer unbewohnten Südseeinsel anzuliedeln?

Kommunisten, Selbe und Landbund im Bunde

Das Arbeitsgerichtsgesetz im Sozialpolitischen Ausschuss.

In der Weiterberatung des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses über den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes am Dienstag wurde in § 4 festgelegt, daß die Arbeitsgerichtsbarkeit durch Schiedsvertrag und Tarifvertrag ausgeschlossen werden kann. Bei der Festlegung des unter die Arbeitsgerichte fallenden Personenkreises begründete Genosse Aufhäuser den sozialdemokratischen Antrag, wonach auch die seitens der Untergestellten von der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte miteinbezogen werden sollen. Der Antrag wurde trotz des Widerstandes der Rechtsparteien angenommen. Ebenfalls angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach solche Personen den Arbeitnehmern gleichgestellt werden, die, ohne in einem Arbeitsverhältnis zu stehen, im Auftrag und für Rechnung einer oder mehrerer bestimmter anderer Personen Arbeit leisten und sonstige arbeitnehmerähnliche Personen, wie Zwischenmeister, die einen wesentlichen Teil ihres Entgelts für eigene Arbeit erhalten. Durch diesen Beschluß werden die Heimgewerbetreibenden, aber auch die Gruppenführer der Artisten usw., in die Arbeitsgerichte mit einbezogen.

Für die Berufungsmöglichkeit an die Landesarbeitsgerichte sind nach dem Regierungsvorschlag 300 Mark festgelegt worden, entgegen dem sozialdemokratischen Antrag, der 500 Mark vorsah. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, für Arbeiter und Angestellte verschiedene Berufungssummen zu bestimmen, fand keine Mehrheit. Berufung und Revision ist ferner möglich, wenn das Arbeitsgericht bzw. das Landesarbeitsgericht die grundsätzliche Bedeutung des Rechtsstreites anerkennen. Nach dem sozialdemokratischen Antrag sollte das Berufungsverfahren von dem einstimmigen

Beschluß des Arbeitsgerichtes abhängig sein. Nach dem in derselben Sitzung verabschiedeten § 10 werden die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als parteifähig erklärt.

Ein kommunistischer Antrag, der die gewerkschaftliche Parteifähigkeit zugunsten der unorganisierten Arbeiter einschränken will, wurde gegen die Stimmen der SPD. und des Abgeordneten Wolff, des Vertreters der gelben Wertvereine und des Reichslandbundes, abgelehnt.

Schließlich entspann sich noch eine lange Debatte über die Prozeßvertretung mit dem Ergebnis, daß die Rechtsanwälte entgegen einem Beschluß des Reichsrats bei den Arbeitsgerichten in erster Instanz nicht zugelassen sind. Die Rechtsparteien waren bei dieser Abstimmung gespalten. Der Ausschuss verlegte sich um 2 Uhr. Um 5 Uhr nachmittags trat er wieder zusammen, um sich der Erwerbslosenfürsorge zuzuwenden.

Die Erwerbslosenfürsorge vor dem Ausschuss.

Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten legte am Dienstag nachmittag seine Beratungen fort, und zwar über die Fragen der Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gab zunächst einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenfrage und die Fürsorgemaßnahmen.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen sei gegen das Frühjahr um rund 600 000 zurückgegangen und diese Entwicklung halte an. Der Rückgang sei nur in geringem Maße aus der Jahreszeit zu erklären, vielmehr sei er durch die wirtschaftliche Entwicklung verursacht, aber auch durch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung. Eine Erhebung über die Ausgehenden mit dem 1. Oktober als Stichtag ist angeordnet. Ihre Ergebnisse werden Ende Oktober vorliegen. In den letzten Monaten ist auch die Erhebung in der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge durchgeführt worden, die der Reichstag im Juli beschloß hat. Die Erhebung hat die finanziellen Schätzungen der Begründung zur Arbeitslosenversicherung in weitem Maße bestätigt. Der Entwurf der Arbeitslosenversicherung hat jetzt den Reichswirtschaftsrat passiert. Neben der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosenversicherung beschäftigt sich die Reichsregierung vor allem mit dem Problem der älteren Angestellten, das sich neuerdings zu einem Problem auch der älteren Arbeiter erweitert hat.

Im Anschluß hieran begründete Genosse Drey die Anträge unserer Fraktion. Er wies dabei hin auf die nicht nur körperlich, sondern besonders erschütternden moralischen und seelischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der langfristigen Erwerbslosigkeit und forderte

eine sofortige Erhöhung der Unterstützung und Verlängerung der Bezugsdauer.

Die Redner der übrigen Fraktionen konnten sich unseren Argumenten nicht verschließen; der kommunistische Redner perwechselte, anstatt mit uns in einer Reihe zu stehen, den Ausschuss offenbar mit einer kommunistischen Werbeversammlung und glaubte, bei dieser Gelegenheit die schärfsten Vorwürfe gegen uns richten zu müssen, selbstverständlich zur Freude der bürgerlichen Parteien. Er mußte erst vom Vorsitzenden, dem Abg. Esser, sehr energisch zur Sache gemahnt werden. Im übrigen wurde von den verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die Frage der Erwerbslosigkeit nicht nur das Reichsarbeitsministerium, sondern mindestens ebenso den Wirtschaftsminister und den Finanzminister angehe.

Unter anderem zeigte auch Genosse Greshmann, wie die Erwerbslosigkeit in engem Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, der Heberstundenwirtschaft, der Konkurrenz von Beamten und Angehörigen der Reichswehr stehe. Es wurde deshalb behauptet, daß das Kabinett sich nicht schon längst eingehend mit all diesen Fragen beschäftigt hätte und es wurde zum Schluß beschlossen, eine neue Sitzung des Ausschusses auf Donnerstag vormittag einzuberufen, in der der Wirtschaftsminister, der Finanzminister und der Arbeitsminister ihr Programm betreffend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen sollen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem Abg. Hergt (Dnat.), zu einer Sitzung auf Dienstag, den 26. Oktober, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Besprechung über die großen internationalen Wirtschaftsfragen und die Frage der Militärkontrolle.

Das Stresemann-Memorial. Heute findet vor dem Landgericht III der Prozeß gegen die Stresemann-Memorialisten Kaldorf und Lorenz statt. Wie erinnert wurde der Prozeß wegen Nichterscheinen des Zeugen Junke vertagt.

Tanzmatinee der Volksbühne.

Gastspiel der Münsterer Tanzgruppe.

In ihrer zweiten Tanzmatinee im Theater am Bülowplatz hatte sich die Volksbühne die Tanzgruppe des Stadttheaters Münster verschrieben. Diese Tanzgruppe erfreut sich seit Jahr und Tag eines weitverbreiteten Ruhmes. Der Intendant Dr. Riedeken-Gebhard hat mit ihr den Beweis geliefert, daß man auch ohne unbefangene Geldmittel und an einem Ort, der für dergleichen nicht gerade hervorragend geeignet erscheint, ein künstlerisch wertvolles Tanzensemble schaffen und zu schlichthin musterhaften Leistungen heranbilden kann. Voraussetzung ist, daß man von der überregenden Wichtigkeit der neuen körperlich-kunstlichen Kunst ehrlich überzeugt ist und daß man die Fähigkeit besitzt, die rechten künstlerischen Kräfte zu finden und zu fesseln. In den Laborschülern Kurt Joch und Jens Reith sind, als künstlerische Leiter, diese Kräfte gefunden. In den Darbietungen der Matinee wurde für sie und das durchweg erstklassige Ensemble der Befähigungsnachweis in vollem Umfange erbracht. Es waren Leistungen, denen — leider, leider — die ständigen Tanzensembles unserer Berliner Bühnen nichts Gleichwertiges zur Seite zu stellen haben.

Im Mittelpunkt stand das tänzerische Sommermärchen von Kurt Joch „Die Brautfahrt“. Ein Scherzspiel. Eine phantastische Fabel. Nicht durchweg stilrein, aber doch ein fruchtbarer Anstoß zur Schöpfung des Landdramas der Zukunft. Fruchtbar vor allem in der bisher kaum verletzten Kunst, durch den reinen, abstrakten Rhythmus der Bewegung sowohl Einzelpersonen wie Gruppen klar und eindringlich zu charakterisieren. Hierin liegt die Bühnengeschichtliche Bedeutung des Wertes. Von diesem Punkt aus sollte man weiter arbeiten. Sollte versuchen, auch aus der Handlung möglichst alle schauspielerischen, pantomimischen Elemente zu tilgen, deren sich namentlich im ersten Akt noch zu viele finden. Dann würde eine vollkommen stilreine Schöpfung zustande kommen, zu deren Gelingen man nicht des Verstandes bedarf. Die alles, was sie gestaltet, durch den reinen Rhythmus dem mitschwingenden Gefühl vermittelt. Eine große, eine schwierige Aufgabe, deren Lösung man aber den Münsterern zutrauen darf. Denn in den drei Stücken aus der Folge „Lacvez“, die die Matinee einleiteten, hat Kurt Joch gezeigt, wie dieses Problem anzulösen ist. Da war alle dramatische Handlung auf rhythmische Gegenstände gestellt. Da bemühte sich der Zuschauer nicht, zu „verstehen“, sondern sein Gefühl erlebte, direkt und unermittelt, was gewollt und gegeben war. Wie man, auch in der „Brautfahrt“, der naturalistischen Dekorationen entraten konnte, wie die Szenen im Walde, im Salon usw. sich alle innerhalb der gleichen neutralen Stoffwände abspielten und trotzdem das Milieu und die wechselnden Stimmungen jedesmal sein und deutlich herauskommen, so sollte es auch mit der Handlung versucht werden. Dann wäre das Ziel, dem die Entwicklung der heutigen Bühnenkunst zustrebt, erreicht.

Sozial Grundständiges. Ueber die künstlerischen Einzelheiten wäre nur Ruhmendes zu sagen. In der rein choreographischen Leistung kann freilich, was die Fülle der tänzerischen Ideen und Motive anlangt, Joch mit Laban nicht wetteifern. Dafür aber beherrscht er die für die Bühnenwirkung entscheidende Kunst der klaren Gruppierung und packenden Geste. Die Sauberkeit der Angliederung, die an Wagnersche Disziplin heranreichende Gruppen-

aktion sind des höchsten Lobes würdig. Szenen wie der Abmarsch zur Brautfahrt, wie die Werbung vor dem Thron der Prinzessin, rufen das Publikum mit Recht zu sublimen Begeisterung hin. Reith als Krieger, Joch als Zauberpriester, Sigurd Beeders jarter Prinz, das prinzipielle Plüppchen der Frida Holst, Inge Herling (Königinmutter), Ella Kahl, die die Oberhofmeisterin im Stil eines dressierten Pudels gab, die Hofdamen (Lina Simola und Daria Collin), die Wäpge (Elsa Rechner und Angiola Sartorio) — alles unübertreffliche Leistungen, die sich zu einem tadellos abgerundeten Ensemble zusammenschlossen. Das Publikum, das das Theater am Bülowplatz bis in den obersten Rang hinauf füllte, amüsierte sich proactvoll und lachte nicht mit seinem Beifall.

John Schifowski.

Der prinzipielle Jumper.

In England, das die Demokratie mit Eifersucht behütet, ist Gott sei Dank folgende rührende Geschichte geschehen: Seine königliche Hoheit der Prinz von Wales war zufällig nicht auf Büttelspahn in Afrika oder bei einem Pferderennen. Er wollte ein Mensch unter Menschen sein und fuhr darum nach Hull, um das Institut zu besichtigen, in dem blinde und taubstumme Kinder erzogen werden. Man denke sich die Freude der braven Engländer, die ganz außer Rand und Band gerieten, weil der Prince of Wales sich zu solchem Besuche herabließ.

Der Hofchronist (ein ordentliches demokratisches Land braucht einen Hofchronisten) erzählt denn auch alles, was bei dieser Gelegenheit geschah, mit der notwendigen Genauigkeit und historischen Wahrheit. Der Prince of Wales besiegte also im Fluge das ganze Institut der blinden und taubstummen Kinder. Die blinden und taubstummen Kinder jubelten ihm zu, so wie sie das konnten. Die Tauben konnten zwar den erlauteten Gesang nicht sehen, und die Tauben konnten ihn nicht hören, doch sie alle ließen durch ihre Lehrer in ihrer besonderen Krüppelsprache mitteilen, daß sie hochgeehrt seien.

Der Prince of Wales lächelte zufrieden, und dann geschah, was keiner erwartet hatte, oder vielmehr, was jeder erwartete, aber heimlich verborgen hatte. Man brachte für den Prinzen von Wales eine Ueberbrückung, die Gabe der blinden und tauben Kinder von Hull. Sie hatten nämlich für den Prinzen von Wales einen Jumper gestrickt, einen kunter Jumper, einen pflfelen, durchaus eines Prinzen würdigen Jumper. Und nun tasteten sie sich heran und überreichten feierlich dem Prinzen seinen Jumper. Der Prinz, der gewöhnt ist, bei allen Gelegenheiten schöne Worte zu machen und dem man nachrühmt, daß er ebenso geschickt mit einem Kofferrhäuppling wie mit einem Borexchampion umzugehen weiß, fand natürlich in seiner Beuschlichkeit auch das richtige Wort für dieses prinzipielle Geschenk. Er sagte, ja, er verpöchte es sogar hoch und heilig, daß er jedesmal beim Golfspiel den ihm von den blinden und taubstummen Kindern geschenkten Jumper anziehen werde. Diese goldenen Worte des Prinzen wurden von dem tiefbewegten Taubstummenlehrer in die Sprache der Taubstummen überetzt, und die verkrüppelte Jugend, die das vernahm, stellte sich, wie das so üblich ist, vor Begeisterung auf die schwächlichen Köpfe.

So geschah im Oktober 1928, da die Kinder der streikenden Kohlenarbeiter Englands kein Herd anzuziehen haben, obwohl der Wirbelsturm über den Kanal schon frostig hindüberweht.

Kultusminister Dr. Becker eröffnete einen Zyklus der Vespertagskurse über „Probleme der Gegenwartswelt“ mit einem Einzelvortrag über „Das neue Bildungsideal“. Dr. Becker erwies sich in seinen Ausführungen als feinsinniger Gelehrter, der aber zu dem Publikum der Vespertagskurse, die doch eine Art Volkshochschule darstellen soll, wenig Fähigkeit fand. Was konnte etwa ein am Ostseeufer des Volkes interessierter Arbeiter aus den ganz allgemein gehaltenen Ausführungen des Kultusministers entnehmen, der sein Bildungsideal als einen „neuen Humanismus“ definierte? Freilich erklärte Dr. Becker von vornherein, daß er nicht an den landläufigen Begriff „Humanismus“ als ein eine auf klassische Sprachen und klassische Bildung aufgebaute Erziehung denke, sondern an das humanistische Ideal: den griechischen Menschen, der sein Leben führt in Ausgeglichenheit des Körpers zum Geiste. Aber man vermehrte schmerzlich die Einstellung auf die Gegenwart und den Himmel auf die Sonderforderungen unserer Zeit. Hier begnügte sich Dr. Becker mit allgemein gehaltenen Erklärungen, daß der Unterricht von der Erziehung abgelöst werden müsse, daß die Grundlage der Erziehung bei allen Kindern gemeinsam sein müsse, daß es aber unmöglich sei, eine absolute Einheitslehre zu schaffen, weil es unmöglich sei, jeden Menschen nach dem gleichen Schema zu unterrichten. Dr. Becker vergaß nur hinzuzufügen, daß die Differenziertheit der Erziehung heute noch in der Hauptsache vom Geldbeutel, nicht von der Veranlagung abhängig ist. Wie und wie weit er hier Forderung wünscht, ver schwieg er. So blieb ein antreger anderthalbstündiger Vortrag trotz mancher beachtenswerter Momente eine interessante Theorie. Viele Besucher der Vorlesung mögen sich von dem Namen und vor allem von der Stellung Dr. Beckers mehr versprochen haben.

Olfo Heubner, der Altmeister der Kinderheilkunde, ist 87-jährig, in Dresden gestorben. Er hatte im Vogtland das Licht der Welt erblickt, studierte Medizin in Leipzig und Wien, wurde 1868 Privatdozent, 1873 außerordentlicher, 1882 ordentlicher Professor in Leipzig und folgte 1894 einem Ruf an die Universität Berlin. Hier war er bis zum Frühjahr 1913 tätig, trat dann in den Ruhestand und zog sich nach Pöschwitz bei Dresden zurück. Heubner hat einen Teil seines Lebenswerkes für die Anerkennung der Kinderheilkunde als selbstständiges Sonderfach der Medizin eingesetzt. Ihm ist es vor allem zu danken, daß heute an einer ganzen Reihe von deutschen Universitäten eigene Lehrstühle für Kinderheilkunde bestehen. Seine zahlreichen Arbeiten behandeln die verschiedensten Gebiete der Kinderheilkunde, so das der Säuglingsernährung, der Diphtherie, der Sepsis beim Kind usw. Sein Hauptwerk ist das 1903 erschienene „Lehrbuch der Kinderkrankheiten“, das die größte Verbreitung gefunden hat. Ein besonderes Verdienst hat sich Heubner durch seine ausführlichen klinischen Studien über die Behandlung mit dem Behring'schen Diphtherieserum erworben und der allgemeinen Einführung dieses segensreichen Heilmittels dadurch die Wege geebnet.

Gerhart Hauptmann im Verbände Deutscher Erzähler. Die diesjährige Reihe der Vorträge des Verbandes Deutscher Erzähler wird am 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Plenarsaal des Reichstags Gerhart Hauptmann mit einer Vorlesung aus seinem Werk eröffnen. Karten bei Votz & Rod und A. Wertheim.

Die Organisationskrise Englands

Zur Eröffnung der Reichskonferenz.

Am Dienstag ist die britische Reichskonferenz zu- sammengerufen. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten von England versammeln sich die Ministerpräsidenten der fünf britischen Dominien: Irland, Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland und ein Vertreter Indiens. Die Beratungen werden etwa einen Monat dauern. Sie umfassen die gesamten Reichsprobleme, die seit der letzten Konferenz im Jahre 1923 brennend geworden sind.

Das britische Weltreich steht nicht vor dem Zerfall. Es befindet sich auch kaum in einer heftigen Krise. Dennoch vollzieht sich hier ein langwieriger Prozeß, der die Struktur des Reiches verändert. Es handelt sich darum, daß das bisher

von England beherrschte Imperium sich allmählich in eine Genossenschaft gleichberechtigter Völker umwandelt.

Dieser Umwandlungsprozeß vollzieht sich ohne schwere Erschütterungen. Das britische Weltreich hat keine geschriebene Verfassung, sondern es beruht auf Herkommen und Uebereinstimmung, die sich ohne grundstürzende Veränderungen der wechselnden Entwicklung anpassen lassen.

Wannigfach sind die politischen Probleme, die die Konferenz beschäftigen. Der Selbstständigkeitsdrang der Dominions stößt gegen das Privileg des Auswärtigen Amtes zu London, auswärtige Politik für das ganze Reich selbständig zu treiben. Einzelne Dominions sind bereits dazu übergegangen, hier und da eigene Gesandte zu ernennen. Irland und Kanada haben Botschafter in Washington, die aber der englischen Botschaft angegliedert sind. In Südafrika wurde in den letzten Monaten der Union Jack, die britische Reichsflagge, bekämpft, um eine eigene südafrikanische Flagge einzuführen. Australien und Neuseeland machten mehrfach Vorstöße, um der englischen Krone das Recht zu entziehen, die Gouverneure zu ernennen, die sie selber bestimmen wollen. Aber daß das zu einem Zerfall nicht führt, zeigt sich schon daran, daß starke Tendenzen bestehen, die sogenannten Oberkommissare der Dominions in London in das englische Kabinett aufzunehmen oder ein besonderes Kabinett für Reichsfragen zu bilden. Die Debatte über diese Organisationspläne wird am stärksten bestimmt durch das

Vertragswert von Locarno.

Dieser Vertrag bedeutet nicht nur für den europäischen Kontinent den Beginn einer neuen Epoche. Er spielt für das britische Weltreich die gleiche Rolle. Zum erstenmal nämlich sind die Dominions an ein wichtiges internationales Vertragswerk nicht automatisch durch die Unterzeichnung des englischen Außenministers gebunden worden. Im internationalen Recht treten sie als, noch unselbständige, Vertragskontrahenten im Versätkter Frieden zuerst auf. Im Bitterbund sind sie selbständige Mitglieder, die auch gelegentlich gegen das Mutterland stimmen. Am Vertragswert von Locarno aber haben Delegierte der Dominions nicht mitgewirkt. Diesen Vertrag hat das Mutterland allein abgeschlossen, den Dominions wurde es freigestellt, das Vertragswerk zu ratifizieren. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie dies tun werden; der Vertrag enthält ja die Verpflichtung, im Falle eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland oder Deutschlands auf Frankreich dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Diese Verpflichtung konnte England übernehmen, um auf dem europäischen Kontinent den Frieden zu erhalten und sich damit die Hände für die Weltpolitik freizubehalten. So werden voraussichtlich die Dominions der europäischen

Politik des Mutterlandes beifallen sollen, ohne die Verpflichtung einzugehen.

dem Mutterland im Kriegsfall zu Hilfe zu eilen. Wie schon im Weltkrieg, so würde auch in künftigen kriegerischen Auseinandersetzungen die Hilfeleistung der Dominions eine freiwillige und keine befohlene sein. Zu dem Problem von Locarno kommen in zweiter Linie noch andere Fragen, wie die, die aus dem Verhältnis zu Russland, zu Japan und den Vereinigten Staaten entstehen. Neben diesen außenpolitischen und organisatorischen Problemen des Reiches werden auf der Reichskonferenz auch

wirtschaftliche Fragen

erörtert. Hier ist insofern etwas Neues aufgetreten, als das Mutterland mehr und mehr zu einem wenigstens teilweisen Protektionismus übergegangen ist. Es wird sich also darum handeln, daß man versucht, die gegenseitige Versorgung der Dominions untereinander und mit dem Mutterland zu festigen und Richtlinien für eine gemeinsame Handelspolitik des britischen Reiches zu finden. Der Traum freilich eines einheitslichen britischen Zollgebietes, das sich von der übrigen Welt durch hohe Zollmauern abschließt und sich selbst genügt, ist ausgeräumt. Auch das britische Weltreich ist zu sehr in die Weltwirtschaft eingebettet, als daß es sich künstlich aus ihr herauslösen könnte.

So mag die Reichskonferenz auf wirtschaftlichem Gebiet leicht mit dem Ergebnis endigen, daß jedes Dominion selbständig seine Wirtschaftsinteressen weiter verfolgt. Wenn aber in den wochenlangen Beratungen die Meinungsverschiedenheiten gelöst und durch die persönliche Zusammenarbeit der verantwortlichen Führer des Mutterlandes und der Dominions eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen ist, dann wird auch ohne schriftliche Vertragsabmachungen das Ziel erreicht sein, das den Einberufern der Konferenz vorzweckt: den Zusammenhalt des britischen Weltreiches und seine imperiale Herrschaft über die von ihm unterstellten und von ihm geleiteten Völkerschaften zu sichern.

Die Beschlüsse von Bordeaux.

Keine klare Entscheidung.

Der Kongreß der Radikalen Partei in Bordeaux, der am Sonntag beendet wurde, ist zwar mit der fast einstimmigen Annahme einer programmatischen Erklärung der Partei abgeschlossen worden, aber dieser Ausklang bedeutet weniger eine Ueberbrückung als eine Verzögerung der inneren Gegensätze, die besonders seit einem Jahre die Aktionsfähigkeit dieser stärksten französischen Partei stark beeinträchtigen.

Außenpolitisch bekennet sich die Radikale Partei zu der Briand'schen Politik von Coercio und Cholera, deren Einseitigkeit nicht zu Unrecht als ein Verdienst Herriots gepriesen wird. In der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens, die gegenwärtig für Frankreich bei weitem das wichtigste außenpolitische Problem bildet, spricht sich der Kongreß für die Ratifizierung, doch nur falls die Vorbehalte hinsichtlich des Transfers usw. von Frankreich ausgesprochen und von Amerika zur Kenntnis genommen werden. Gerade diese Resolution ist ein schwaches Kompromiß, denn es haben ihr sowohl die grundsätzlichen Gegner der Schuldenanerkennung wie auch solche Männer wie Callaux zugestimmt, die die Ratifizierung für unpermeierbar und notwendig halten. Letzterer erklärte ausdrücklich, daß er diesen Beschluß zwar als eine Richtschnur billige, aber keinesfalls als eine Bindung für Regierung und Parlament betrachte.

Mussolini gegen Vandervelde.

Wegen der Matteotti-Gedenkrede.

Paris, 19. Oktober. (WIZ.) Wie die „Information“ aus Brüssel berichtet, hat Minister des Aeuheren Vandervelde gestern den italienischen Botschafter in Brüssel empfangen. Man nimmt an, so erklärt das Blatt, daß die Unterredung sich auf die von Vandervelde am Abend vorher in der Arbeiterhochschule anlässlich der Einweihung einer Matteotti-Gedenktafel gehaltenen Rede bezogen hat, die einen direkten Angriff auf die faschistische Regierung enthalten haben soll.

Ein Telegramm unseres Brüsseler Berichterstatters bestätigt, daß der italienische Botschafter gegen Vanderveldes Rede protestiert hat, fügt aber hinzu, daß der belgische Außenminister ihm die Antwort nicht schuldig gelassen ist.

Aus der inzwischen eingetroffenen Nummer des Brüsseler „Peuple“ vom 18. Oktober, die den Wortlaut der Rede enthält, geht übrigens hervor, daß Vandervelde ausdrücklich erklärte, er wolle weder an die Umstände, unter denen Matteotti ermordet worden sei, erinnern, noch die Frage der Verantwortung untersuchen. Damit hat er dem faschistischen Diktator jeden Vorwand zu einem kontreten Protest genommen. Oder sollte sich Mussolini dadurch getroffen fühlen, daß Vandervelde die Worte zitierte, die er selbst aus dem Munde Matteottis gelegentlich seines Aufenthaltes in Brüssel im April 1924, also zwei Monate vor seinem Tode, gehört hatte?

„Die Freiheit gleicht der Luft und dem Wasser. Man muß ihrer beraubt sein, um zu erkennen, daß man ohne sie nicht leben kann.“

Vanderveldes Rede schloß mit folgenden Sätzen:

„Die Gefahr für die Sache des Sozialismus besteht nicht darin, daß die Zahl ihrer Märtyrer wächst; sie würde umgekehrt darin bestehen, daß die Männer, die geneigt wären, zu uns zu

kommen, eine zu leichte Laufbahn zu betreten glauben würden. Es ist gut, daß die Gefahren und das Risiko nicht nur das Schicksal der Niedereen bleibt. Männer wie Matteotti haben dem Protetariat gedient, indem sie ihm ihr Leben widmeten; aber sie dienen ihm weiter und vielleicht noch besser durch die wunderbare Kraft des Opfers ihres Lebens. Indem Matteotti einst in diesem Hause weckte, hat er ein Stück seiner Seele hier zurückgelassen. Möge diese Gedenktafel es allen denen in Erinnerung bringen, die nach ihm hier weilen werden, möge sie stets jene stolzen und starken Worte des Dichters Walt Whitman wachrufen:

„Wenn es kein Erinnern mehr geben wird an Heiden und an

Märtyrer,

Wenn im letzten Erdenwinkel alles irdische Leben von Männern

und Frauen erloschen sein wird,

Dann erst wird man die Freiheit und den Gedanken an sie

verschwinden sehen,

Und der Herr der Finsternis wird seine volle Herrschaft

antreten!“

Daß sich Mussolini durch solche Worte getroffen fühlte, ist ohne weiteres anzunehmen. Aber sie geben ihm keine formelle Handhabe zu einem diplomatischen Protest. Umgekehrt ist uns eine Rede Mussolinis in Mantua genau vor Jahresfrist, nämlich unmittelbar nach der Locarno-Konferenz, wo ihn Vandervelde geschnitten hatte, in Erinnerung — eine Rede, in der Mussolini laut italienischen Zeitungsberichten den belgischen Minister des Aeuheren in der gemeinsten Weise angepöbelte hat. Sollte der „Duce“ mit seinem Protest ernst machen wollen, dann wird es noch immer für Vandervelde Zeit sein, den Spieß umzudrehen und Rechenschaft für die Schimpfworte von Mantua zu fordern, die er damals wahrscheinlich im Hinblick auf die zeitweilige Ungerechnungsfähigkeit Mussolinis absichtlich übersehen hat.

Eugen Debs im Sterben.

Der Führer der amerikanischen Sozialisten.

Wie wir von zuverlässiger amerikanischer Seite erfahren, ist aus Eimerhurst im Staate Illinois die Nachricht eingetroffen, daß Eugen D. Debs, der greise Führer der amerikanischen Sozialisten, im Sterben liegt. Er war zu zehn Jahren Gefängnis wegen Antikriegspropaganda im Jahre 1917 verurteilt worden und wurde mit drei Jahren nach Kriegsende begnadigt. Als er aus dem Kerker entlassen wurde, war der bis dahin rüstige Mann in seiner Gesundheit schon geschädigt.

Das Ende eines Schnapsverbots.

Norwegische Volksabstimmung.

Oslo, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung über das Branntweinverbot in Norwegen zeigt schon jetzt, obwohl das endgültige Resultat noch nicht vorliegt, einen Erfolg für die Gegner des Verbotes. Während bei der Abstimmung von 1919 eine Mehrheit von 184 000 Stimmen für das Verbot erzielt wurde, sind bisher nur 297 000 Stimmen für das Verbot abgegeben worden, dagegen aber schon 298 200 Stimmen. Die Zahl der Anhänger des Verbots ist bisher um rund 49 000 zurückgegangen, die der Verbotsgegner um über 130 000 gewachsen. Es schien noch die Zahlen aus den Städten Bergen und Oslo, die ein Ueberwiegen der Verbotsgegner schon bei der vorigen Abstimmung hatten.

Oslo, 19. Oktober, 11 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Bisher sind zusammengesetzt 354 000 Stimmen für und 363 000 Stimmen gegen das Verbot. Noch nicht fertig ausgezählt sind die Stimmen in Oslo und Bergen. Das augenblickliche Resultat von Oslo ist 14 000 Stimmen für und 45 000 Stimmen dagegen. Die Ergebnisse der Städte werden also höchstwahrscheinlich eine Vermehrung der Stimmen gegen das Verbot bringen. Das Zentralorgan der norwegischen Sozialdemokratischen Partei schreibt zu diesem Ergebnis: „Die Niederlage, die das Verbot erlitten hat, wurde eingeleitet, als 1921 auf Druck der Südwälder das Weinverbot fiel. Das bedeutete eine Untergrabung des gesamten Verbotes, das dadurch vollständig hauchlos wurde.“ Die Osloer Abendblätter melden offiziell, daß die Regierung im Parlament eine Besekwoorlage auf Aufhebung des Verbotes einbringen werde.

Der verpreußte Stingl.

Woran der Vater der Fredericus-Marke nicht gedacht hat.

Herr Stingl, Reichspostminister, ist Bayer, Mitglied der Bayerischen Volkspartei und deren Vertrauensmann im Kabinett. Er ist verantwortlich für die Fredericus-Marke. Er hat den Protest der Republikaner voraussehen müssen — und hat trotzdem die Provokation gewagt.

Eins aber hat er nicht vorausgesehen, und das ist der stammende Protest des Hauptorgans seiner Partei, des „Bayerischen Kuriers“. Er schreibt:

„Man mag die Verdienste Friedrichs II. in der Reichstellung Preuhens auch voll würdigen. Seine Stellungnahme als deutscher Reichsfürst gegen den Kaiser ist zu werten. Ein wahrhaft deutscher Fürst war er nicht. Man würde es in Süd-Deutschland nicht verstehen, wenn sein Bild auf einer Reichsmarke erscheinen würde. Den derzeitigen Fredericus-Kult mitzumachen, haben doch nur diejenigen ein Interesse, die ein Groß-Preußen anstreben. Aber soll mit der Fredericus-Marke angedeutet werden, daß alles im Reich schon verpreußt ist, und daß ein Groß-Preußen an die Stelle des alten großen Deutschen Reiches getreten ist? Was würde man in Berlin sagen, wenn das Bild eines bayerischen Königs, etwa Ludwigs I., dessen deutsche Gesinnung höher steht, als die eines Friedrich II., auf einer Reichsmarke erscheinen würde?“

Herr Stingl ist also nicht nur ein unaufgeklärter Despot, er ist — viel schlimmer noch — verpreußt. Das ist das Schlimmste, was einem Bayern von der Partei der bayerischen Partikularisten nachgesagt werden kann. Die ganz kleine Zehnspfennigmarke wird noch zu einem sehr großen Stein auf dem Wege des Herrn Stingl werden.

Was wird nun aus der Zehnspfennigmarke? Jeder Republikaner wird sich hüten, durch die Verwendung dieser Marke monarchistische Propaganda zu treiben.

Im blauweißen Bayern wird man die Fredericus-Marke boykottieren, weil sie schwarzweiße, aber nicht blauweiße Propaganda treibt.

Boykott!

Herr Stingl begreift aber noch immer nicht, daß es sich um eine wichtige Frage im Sinne des Reichspostgesetzes handelt, und beruft den Verwaltungsrat nicht ein!

Ueber die innerpolitische Tragweite und Tendenz der radikalen Beschlüsse geben die Meinungen sehr weit auseinander. Durch die einmütige Vertrauenserklärung für Herriot, die an der Spitze der Resolution steht, könnte der Eindruck erweckt werden, als bedeute sie zugleich eine Vertrauenserklärung für die Regierung Poincaré. Dies um so mehr, als zur Begründung des Verhaltens Herriots ausdrücklich erwähnt wird, daß die republikanische Gesinnung Poincarés außer Zweifel stehe. Indessen be-

Jeder Genosse Jede Genossin

wirbt in dieser Woche Mitglieder
der Partei, Leser dem „Vorwärts“

weisen die unfreundlichen Kommentare der Rechtspresse wie überhaupt der allgemeine Verlauf des Kongresses, der gegen den Nationalen Block eine sehr scharfe Sprache führte, daß in der Absicht des allergrößten Teils der Delegierten alles ober dem ein Aus nach rechts gelegen hat. Im Gegenteil kam die Tendenz deutlich zum Ausdruck, die Hand den Sozialisten zu reichen, um die Neubildung des Linkstarkteils zu ermöglichen.

Unter diesen Umständen ist es nicht recht verständlich, daß manche Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei behaupten, die Radikale Partei sei in Bordeaux endgültig nach rechts geschwenkt und habe sich mit Poincaré solidarisiert. Gewiß ist die Radikale Partei alles eher denn eine konsequente und zuverlässige linksbürgerliche Partei. Sie hat in den letzten Jahren Fehler auf Fehler begangen und nicht wenig selbst dazu beigetragen, daß das Kartell der Linken in die Brüche ging. Aber die Fehler, die zur Bildung der Regierung Poincaré—Briand—Herriot geführt haben, liegen nicht bei ihr allein. Das erkennen auch bekannte französische Genossen an. Deshalb dürfte die scharfe Ablehnung, die die Beschlüsse von Bordeaux bei einzelnen Sozialisten gefunden haben, keineswegs Gemeingut unserer französischen Bruderpartei sein.

Die Prager Programmdebatte.

Kampfruf der deutschen Sozialdemokratie.

Prag, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Debatte über die Regierungserklärung erreichte am Dienstag ihren Höhepunkt mit einer großen Rede des deutschen Sozialdemokraten Dr. Czoch; sie bedeutete eine Abrechnung mit dem deutschen Bürgerium, das durch Jahre die nationalsozialistischen Leidenschaften aufgepeitscht und gegen die Sozialdemokratie einen verlogenen Kampf geführt hat. Die neue Koalition stelle nicht den nationalen Ausgleich oder auch nur den Versuch zu einer Lösung der nationalen Frage dar, sondern entspringe den Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie. Den Regierungsparteien sei gemeinsam nur der Haß gegen die Arbeiterschaft. Das kampfjährige Problem des Zusammenlebens der Nationen werde nicht durch die Verständigung der bürgerlichen Klassen, sondern nur von Volk zu Volk gelöst werden. Dr. Czoch kritisierte dann die inhaltlose Regierungserklärung und befaßte sich ausführlich mit der Wirtschaftskrise, der das neue Kabinett hilflos gegenübersteht und über die der Ministerpräsident in seiner Erklärung mit wenigen nichtstuhenden Worten hinweggegangen ist. Die Geduld der Arbeiterschaft sei erschöpft.

Litauens Wilna-Forderung.

In Paris energisch betont.

Paris, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die litauische Gesandtschaft veröffentlicht ein Communiqué, das der von der französischen Presse in ihren Kommentaren über den russisch-litauischen Vertrag vorgebrachten These, die Wilna-Frage sei durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz ein für allemal geregelt, sehr energisch entgegentritt. Die Gesandtschaft erklärt, von ihrer Regierung zu der Feststellung ermächtigt zu sein, daß diese den Prozeß gegen Polen wegen der von Polen vorgenommenen illegalen Besetzung des Gebietes von Wilna und der litauischen Hauptstadt als keineswegs beendet betrachte und in keiner Weise auf ihre Forderung nach Rückgabe der Stadt verzichtet habe. Die litauische Regierung habe sich dem Gewaltreich Jeligowitsch niemals unterworfen und es existiere kein internationaler, von der litauischen Regierung unterzeichneter Vertrag, der die heutige Grenze zwischen Polen und Litauen als zu Recht bestehend anerkennt.

Angestellte und Sozialdemokratie.

Eine sozialpolitische Bilanz.

Die „Angestelltenfeindschaft“ der Sozialdemokratie gehört zu jenen verlogenen Schlagworten, die verhindern sollen, daß die Angestellten in der Sozialdemokratie ihre wirkliche politische Interessenvertretung erkennen und sich ihr anschließen.

Lügen haben immer kurze Beine. Und deshalb kann alle Demagogie auf die Dauer die Erkenntnis bei den Angestellten nicht aufhalten, daß allein die Sozialdemokratie ihrem Wesen und ihrer Zielsetzung nach die Angestellten aus ihrer ökonomischen Abhängigkeit befreien kann. Diesen Kampf führt die Sozialdemokratische Partei im engsten Einvernehmen mit den freien Angestelltenverbänden. Beide ergänzen einander. Die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten haben immer eine kraftvolle Förderung durch die Sozialdemokratie im Reichstag und in den Landesparlamenten erfahren.

Es bedurfte der furchtbaren Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, um die Angestellten in größerem Umfange zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu erwecken. Man hatte von bürgerlicher Seite den Angestellten immer wieder eingeredet, daß sie etwas ganz anderes seien als die Arbeiter: ein „neuer Mittelstand“. Gewerkschaftliche Kampfmittel waren deshalb verpönt, Tarifverträge zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Angestellten wurden abgelehnt. Noch im Jahre 1916 verkündete ein bürgerlicher Angestelltenführer, Dr. Köhler: „Wer reine Arbeitnehmerpolitik im Anschluß an die organisierten Arbeiter treiben will, mit dem können wir keine erfolgreiche Standespolitik betreiben. Hier scheiden sich die Wege. Die „mittelschichtliche“ Grundlage unseres Standes darf nicht verlassen werden.“

Solche Illusionen verhinderten geradezu, daß die Angestellten den einzig möglichen Weg zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage einschlugen: Anschluß an die Klassenbewegung, politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Am Ende des Weltkrieges setzte ein beispielloser Umschwung in der Angestelltenbewegung ein: Die Angestellten schlossen sich in großer Zahl der Sozialdemokratie und den freien Angestelltenverbänden an: Diese Bewegung blieb nicht ohne Rückschlag: ein Erstarken der reaktionären Kräfte. Auch die Angestellten müssen daraus lernen, wie eng der soziale Fortschritt mit der Entfaltung der Organisationskraft auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete verbunden ist.

Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Volksbeauftragten, daß sie in der kurzen Spanne Zeit von einigen Monaten, die einzige Periode einer wirklichen sozialistischen Herrschaft in Deutschland,

die Grundlagen für den wichtigsten sozialen Fortschritt

legten, um den vorher Jahrzehnte gekämpft wurde. Die Verordnung der Volksbeauftragten brachte den Angestellten die Sonntagsruhe. Wenn sie heute in so weitem Umfange bedroht ist, so deshalb, weil eine reaktionäre Verwaltungsbürokratie unter wohlwollender Förderung bürgerlicher Reichs- und Landesregierungen ihre Befugnisse mißbraucht. Die sozialdemokratische

Reichstagsfraktion hat deshalb bereits am 10. Januar 1925 einen Gesetzesentwurf eingebracht, der diesen Mißbrauch verhindern und allen Angestellten die vollständige Sonntagsruhe bringen will. Dagegen sträubten sich die bürgerlichen Parteien; die Fraktion der wirtschaftlichen Vereinigung hat sogar einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Sonntagsruhe vollständig beseitigen will. In diesem Kampf ist die Sozialdemokratie der einzig zuverlässige Bundesgenosse der Angestellten.

Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten haben den Achtstundentag auch für die Angestellten allgemein eingeführt und bei dieser Gelegenheit eine andere sozialpolitische Forderung der Angestellten verwirklicht: Die gesetzliche Einführung des Siebenuhrabendenschlusses.

Eine bürgerliche Reichsregierung hat den Achtstundentag beseitigt; bürgerliche Parteien machen sich zum Sprachrohr für die Unternehmerwünsche nach Beseitigung des Siebenuhrabendenschlusses. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dagegen am 29. Januar 1925 anlässlich der Beratungen des Staatsrats des Reichsarbeitsministeriums ein Gesetz gefordert, das den Sechsuhrabendenschluß ermöglichen soll. Im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird die Sozialdemokratie nachdrücklich die Angestellten unterstützen. Wenn heute 250 000 bis 300 000 Angestellte stellenlos sind, so ist das nicht zuletzt auf die Verlängerung der Arbeitszeit zurückzuführen.

Durch die Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind seit Januar dieses Jahres die Angestellten, die nicht krankversicherungspflichtig sind, in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen worden. Vordem waren diese Angestellten auf die Armenfürsorge angewiesen.

Es ist auch das Verdienst der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß der Reichstag noch vor seiner Vertagung das Kündigungsgesetz verabschiedete. Unter dem Vorbehalt des sozialdemokratischen Abgeordneten Aufhäuser kam der Reichstagsunterausschuß zu einstimmigen Beschlüssen für eine wirksame Bekämpfung der Rot der Angestellten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war die einzige des Reichstages, die bereit war, diese Beschlüsse gesetzgebend durchzuführen. Ihre entsprechenden Änderungsanträge zum Kündigungsgesetz wurden jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dadurch wurde ein weitestgehender Kündigungsschutz für alle Angestellten und die Einführung von Abtegeldebern verhindert.

So zeigt sich, daß die Sozialdemokratie auf allen Gebieten der Angestelltensozialpolitik eine zuverlässige Befürworterin der Angestellteninteressen ist. Von der Stärke der Sozialdemokratie hängt es also ab, in welchem Ausmaße der soziale Fortschritt durch die Gesetzgebung verwirklicht wird. Deshalb ist es auch für die Angestellten eine selbstverständliches Gebot, durch organisatorischen Zusammenschluß in der sozialdemokratischen Partei ihren politischen Einfluß zu stärken.

Noch keine Einigung bei der Straßenbahn.

Die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die gestrigen Lohnverhandlungen mit der Verwaltung der Straßenbahn sind wiederum resultatlos verlaufen. Die Verwaltung will zunächst das Ergebnis der Ratsratverhandlungen über die Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn abwarten, wie auch die Entscheidung über den am Montag für Hochbahn und U-Bahn gefällten Schiedsspruch. Damit sind die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Arbeiterorganisationen werden zu dieser neuen Situation alsbald Stellung nehmen.

Der Angestelltenstreik in der Gesundheitsindustrie.

Verhandlungen vor dem Schlichter.

Der Streik in der Zentralheizungsindustrie (Gesundheitsindustrie) ist entgegen den Mitteilungen von Arbeitgeberseite und einigen Sensationsblättern mit unerwarteter Entschlossenheit aufgenommen worden. In Betrieben, wo sich der Streikbeginn verzögert hatte, war dies auf mangelnde Information bzw. irreführende Nachrichten der Arbeitgeber zurückzuführen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags haben auch in diesen Betrieben die Angestellten die Arbeit niedergelegt. Der Andrang im Streiklokal war tagsüber sehr groß. Die Stimmung der Streikenden ist ausgezeichnet. Die Streikleitung hat beschlossen, um nach wie vor ihren Vertretungswillen kundzugeben, an den vom Schlichter für Groß-Berlin festgesetzten Verhandlungen teilzunehmen. Aus diesem Grunde findet auch morgen Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im „Nordischen Hof“, Großer Saal, Invalidenstr. 126, eine neue öffentliche Versammlung aller Angestellten der Branche

statt. Wir erwarten, daß alle Angestellten nach wie vor nur den Anweisungen ihrer selbstgewählten Leitung Folge leisten.

Die Zentralstreikleitung.
Günther, Lange, Bräunlich, Fink.

Einigung im Kohlenhandel und Speditionsgewerbe.

Die im Kohlenhandel beschäftigten Arbeiter nahmen in ihrer Vollversammlung am Montag den am 14. Oktober gefällten Schiedsspruch an. Danach erhöhen sich die Stundenlöhne mit Wirkung vom 22. Oktober von 1 M. auf 1,02 M. Der Ueberstundenzuschlag beträgt nunmehr gleichmäßig für alle zu leistenden Stunden 5 Proz. Die im Schiedsspruch vorgezeichnete Sicherungsklausel ist insofern geändert worden, als ab 1. Januar automatisch eine Erhöhung der Löhne um 100/100 Proz. eintreten soll, wieviel der Lebenshaltungsindex über 145 steigt. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt eine Verminderung der Lebenshaltungskosten eintreten, dann sollen die Löhne um 100/100 reduziert werden, wie der Index unter 135 sinkt.

Die Speditionsarbeiter haben den am 13. Oktober gefällten Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Wochenlöhne von 47 auf 48 M. vorsieht, ebenfalls angenommen. Da auch die Unternehmer dem Schiedsspruch zugestimmt haben, ist somit der Konflikt im Speditionsgewerbe beigelegt. Durch die Annahme dieser Schiedssprüche ist in beiden Gewerben der seit Mai bestehende tariflose Zustand wieder aufgehoben worden.

Die ausländischen Arbeiter in Preußen.

Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht (soben einen Bericht über die ausländischen in Landwirtschaft und Industrie beschäftigten Arbeiter in Preußen, dem der Amtliche Preussische Presse-dienst folgende Angaben entnimmt:

Die Anwerbung der ausländischen Arbeitskräfte konnte auf die Dauer nicht privaten Agenten überlassen bleiben. Durch Verordnung vom 29. Oktober 1922 (sog. Monopolverordnung) erhielt da-

her die Deutsche Arbeiterzentrale das ausschließliche Recht zur Anwerbung und Vermittlung ausländischer Landarbeiter. Hinsichtlich der Industriearbeiter hat sie das Monopol nicht. Im Jahre 1905 wurden in Preußen 206 933 landwirtschaftliche und 228 700 Industrie- und sonstige ausländische Arbeiter beschäftigt. Diese Ziffern erhöhten sich im Jahre 1914 auf 383 258 bzw. 517 522 Arbeiter, um 1922 auf 112 710 bzw. 110 624 zu sinken. 1925 waren in Preußen 107 087 ausländische landwirtschaftliche Arbeiter und 99 971 Industrie- und sonstige Arbeiter beschäftigt. Diese letzte Ziffer enthält gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung, von der noch nicht zu übersehen ist, ob sie anhalten wird.

Das Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 stellt den Grundlag auf, daß ausländische Arbeitnehmer nur dann Verwendung finden dürfen, wenn deutsche Arbeitskräfte nicht vorhanden sind. Auch unabhängig von dieser Rechtslage hat sich die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland dadurch erheblich vermindert, daß nach dem Kriege die aus Deutschland fortgewanderten Arbeiter zum erheblichen Teil entweder in ihre Heimat zurückgekehrt oder in das französische Industriegebiet abgewandert sind.

Tariffündigung im oberbayerischen Kohlenbergbau.

München, 19. Oktober. (B.Z.) Im oberbayerischen Kohlenbergbau ist von den Arbeiterorganisationen der Lohnstarif zum 1. November gekündigt worden. Es wird eine Lohnerhöhung von 10 Proz. gefordert. Zur Vermeidung von wirtschaftlichen Störungen sind Einigungsverhandlungen unter dem Vorbehalt des Landesrichters für Mitte nächster Woche anberaumt.

Neubelebung des englischen Bergarbeiterstreiks.

Reaktionäre Wünsche.

London, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter-Exekutive hielt am Dienstag im Bergbauernier Brasford bei Nottingham, im Bureau der Bergarbeiter des Distrikts Nottingham, eine Sitzung ab. Die Mitglieder wurden bei ihrer Ankunft von einer großen Menge von Bergarbeitern begrüßt. Der Verhandlungsgegenstand der Dienstagssitzung war die Organisation der großen Kampagne in Mittelengland, welche die Rückgewinnung dieser Gebiete mit dem Widerstand gegen die Forderungen der Unternehmer zum Zwecke hat. Es wurden alle Vorbereitungen getroffen, um die Propaganda in sämtlichen Orten Mittelenglands bis Ende dieser Woche durchzuführen. Der Umfang dieser Kampagne ist daraus erkennbar, daß heute Dienstag allein trotz der Exekutivsitung 36 große Versammlungen abgehalten wurden. Wie wir erfahren, sind die in der bürgerlichen Presse verbreiteten Behauptungen, daß die 25 von dem Bergarbeiterverband des Distrikts Nottingham (substituieren Delegierten einen Konkurrenzverband zum offiziellen Bergarbeiterverband ins Leben rufen, falsch.

Es ist schon heute unverkennbar, daß die Kampagne der Exekutive von bedeutender unmittelbarer Wirkung für die Streiksituation in Mittelengland sein wird. Nachdem schon am Montag circa 70 000 Bergarbeiter weniger zurückgekehrt sind, haben am Dienstag nach einer Meldung des „Daily Herald“ weitere 13 000 bis 14 000 Bergarbeiter die Arbeit neuerdings wieder eingestellt.

Eine Reihe rechtskonservativer Blätter, an der Spitze die „Morning Post“, fordert am Dienstag in bemerkenswerter Uebereinstimmung eine gerichtliche Verfolgung des Sekretärs des Bergarbeiterverbandes, Cook, wegen seiner Reden in den letzten Wochen. Die gesetzliche Handhabung soll der Ausnahmezustand, der in England noch fortbesteht, bieten. „Daily Herald“ vom Mittwoch betont, daß nichts mehr geeignet wäre, die Einigkeit der Bergarbeiter wieder herzustellen, als ein solcher Schritt der Regierung.

Die englische Regierung ratifiziert!

Doch nicht das Arbeitszeitabkommen.

Genf, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat die Ratifikation der Arbeitsabkommen für die Entschädigung bei Berufskrankheiten und über die Gleichstellung ausländischer Arbeiter in der Unfallversicherung vorgenommen und zugleich den beiden dazugehörigen Gesetzesentwürfen zugestimmt.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, lesen die Gruppen: Reutlin: Jugendheim Reutlin, 29. Hof. Ein Schachabend. — Schwanberg: Jugendheim Rudolfsbrunn, Sportplatz. Arbeit Gesellschaft. — Schwanberg: Jugendheim Rudolfsbrunn, 64. Unter uns (Betriebsrat). — Köthen: Jugendheim Gärtenplatz 4. Distrikten: Methoden der Gruppenorganisation. — Korbitz: Jugendheim Oberwölder Str. 10. „Berliner Humor“ (Verbandsbuchkonferenz). — Charlottenburg: Jugendheim Berliner Str. 137 (Deutscher Kantensoffenverband). Vortrag: „Die Bedeutung der Revolution für die deutsche Arbeiterbewegung“.

Jugendgruppe des J.B.K. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Veranstaltungen in folgenden Bezirken: Bismarck: Jugendheim Schule Köhlerstr. 61. „Die Wirtschaftskrisis in England“ (Rang). — Wedding-Gesundbrunn: Jugendheim Schulstr. 1 (Belgienheim 5 Krippen). „Die Frau und der Sozialismus“ (Hera). — Reutlin: Jugendheim Ropatzstr. 55. Arbeitsgemeinschaft. — Schwanberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Kantensoffenverband). Heimabend.

Zentralverband der Schuhmacher. Morgen, Donnerstag, 6 1/2 Uhr, Quartals-Generalversammlung, Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 25. Geschäftsbericht für das 3. Quartal. Mitgliedsausweis legitimiert.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Seuer; Wirtschaft: Heinz Catenius; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Kunstleben: R. S. Böhler; Soziales und Sonstiges: Erik Korfelt; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verica: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68 Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Der zufriedene Raucher
bleibt seiner Marke treu!

Joseffi
CIGARETTEN

Ein fetter Konkurs.

Ueber 600 000 Mark Passiven.

Ein großer Konkurs, bei dem es sich nach den bisherigen Ermittlungen um etwa 600 000 Mark Passiva handelt, beschäftigt die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft. Ein gewisser Oskar Calow betrieb mit zwei Söhnen, einem Josef Süßermann und einem Fritz Süßmann in der Roststraße 77 ein Export- und Importgeschäft. Calow, der sich Großhändler nennt und in der Hauptstraße wohnt, scheint die Seele des Unternehmens gewesen zu sein.

Das Bureau in der Roststraße bestand aus einem Zimmer, in dem eine einjährige Schreibmaschinendame beschäftigt war. Die Firma betrieb eine sehr rege Propaganda, und die Geschäfte nahmen auch einen großen Umfang an, besonders der Export, während der Import unbedeutend gewesen zu sein scheint. Vor acht Wochen meldete Calow den Konkurs an. Der Konkursverwalter und Sachverständige Burian stellte bald fest, daß etwa hier nicht vorhanden sind und daß die Passiva an 2 Millionen Mark mindestens heranreichen. Calow behauptete, daß er in reiner Verbindung gestanden habe mit einer Firma S. Cohen in London-City 18. Bei dieser Firma müsse noch ein Warenbestand im Werte von 650 000 Mark vorhanden sein. Der Konkursverwalter stellte fest, daß die Firma tatsächlich besteht, daß Calow auch in Geschäftsverbindung mit ihr gestanden hat, daß sie aber keine Ware mehr besitzt. Bei der Kriminalpolizei melden sich unterdessen bereits

20 Firmen der Leder-, Textil- und Stoffbranche,

bei denen Calow und seine beiden Söhne große Einkäufe gemacht aber keine Zahlungen geleistet haben. Es sind einige Großhandlungen in Berlin und andere in allen großen Provinzstädten. Auf Verfügung der Staatsanwaltschaft wurden Calow und seine beiden Söhne unter dem dringenden Verdacht des fortgesetzten Betruges (Warenverschwinden) und Konkursverbrechens festgenommen. Die Kriminalpolizei ist jetzt dabei, alle Bücher und Belege eingehend zu prüfen. Zwei Teilhaber, Calow und Süßermann, die beide geständig sind, wurden jedoch aus der Untersuchungshaft wieder entlassen. Die weiteren Untersuchungen ergaben zurzeit folgendes Bild: Es handelt sich hier wieder um eine jener Schwindelunternehmungen, die ständig bald in diesem, bald in jenem Lande auftauchen, gearbeitet von Leuten, die sich in dieser Art auf internationalem Gebiete zu betätigen pflegen. Calow war früher Beutnant und dann als Vertreter und Verkäufer bei einer kleinen Autofirma angestellt. Süßmann muß sich genau nach seinen Verhältnissen vorher erkundigt haben und trat dann an ihn heran, um ihn und seinen guten Namen sowie seine Umgangsformen zu einem Schwindelgeschäft auszunutzen. Calow, ein etwas willensschwacher Mann, beteiligte sich an der Gründung um so lieber, als es ihm nicht sehr gut ging. Die Firma kam im Januar 1926 zustande. Neuerlich war Calow der Chef. Die geistigen Leiter aber waren Süßmann und als dritter Teilhaber Josef Süßermann, den Süßmann von früheren Geschäften her schon kannte

Calow wurde bald nur noch als Strohhalm benutzt.

Die beiden anderen, die in Kaufmannskreisen keinen guten Ruf hatten, zogen hinter ihm die Drähte. Zunächst galt es, gute Auskünfte zu erlangen. Zu diesem Zwecke mußte natürlich die Firma einmal einen Sitz bekommen. So mietete denn Süßmann in der Roststraße 77 ein Zimmer, in dem die einzige Angestellte zugleich auch wohnte und schlief, wie sie selbst sagt, meistens schlief, weil sie nichts zu tun hatte. Die Auskünfte, bei denen Calow schon vorher als ein ehrenwerter Mann von gutem Ruf bekannt war, erhielten große Aufträge, die prompt bezahlt wurden. Um den Anschein zu erwecken, daß sie auf ganz seltenem Grunde ruhe, kaufte die Firma sogar ein Haus, Roststraße 3. Calow arbeitete zunächst mit der Commerz- und Privatbank. Das gefiel aber Herrn Süßmann nicht. Er löste diese Verbindung und knüpfte Beziehungen zu der Bank Ranz u. Co., Inhaber Karl Lindemann, an. Da nun auch diese Bank außer den Auskünften gute Auskünfte gab, so wurden bestellte Waren bald ohne Zahlung geliefert, nachdem die

ersten kleineren Posten bezahlt worden waren. Jetzt dachte die Firma nicht mehr an eine Bezahlung, sondern

verhob die ganzen Waren sofort über Hamburg

an eine Firma S. Crown in London, die wieder in Verbindung stand mit der Firma Cohen. Mit dem ersten Gelde, das von London einging, wurden die Auskünfte und die ersten deutschen Gläubiger befriedigt. Alles wurde gehörig in die Bücher eingetragen, so daß, wenn eine Auskunftei die Bücher ein sah, alle Konten schon ausgeglichen waren. Erst später wurde festgestellt, daß von vornherein schon die Eröffnungsbilanz gefälscht war. Sie enthielt u. a. einen Posten von 40 000 M. in Aktien, die ganz wertlos sind. Der Verlust scheint nach den neueren Feststellungen doch erheblich geringer zu sein, als es zunächst hieß. Er soll 500 000 bis 600 000 Mark nicht übersteigen. Daran sind 120 deutsche Firmen beteiligt. In Deutschland wurden bisher für 170 000 Mark Waren ermittelt und beschlagnahmt, ein kleiner Posten auch in England. Der größte Teil aber fehlt noch. Gegen die Schwindler in England konnte bisher nicht vorgegangen werden. Calow hat alles, was er aus den Geschäften ab bekommen hat, zur Verfügung gestellt und zurückgegeben. Geschädigte Firmen, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Sek. Inspektion F im Postgebäude in der Georgenkirchstraße 30a zu melden. Wie weit Kreise dieser Zusammenbruch noch ziehen wird, läßt sich vorläufig nicht übersehen, weil täglich noch neue Anzeigen eingeht.

Drei schwere Jungen.

Sühne für die Untat von Hohenneuendorf.

Eine gemeingefährliche Einbrecherbande, die mit geladener Schusswaffe die Umgebung von Berlin unsicher machte, wurde durch schwere Strafen auf lange Zeit durch das Schwurgericht des Landgerichts III unschädlich gemacht. Auf der Anklagebank erschienen vier Gestalten mit ausgesprochenen Verbrecherphysiognomien. Alle vier Angeklagten sind bereits mehrfach vorbestraft und verbüßen zum Teil gegenwärtig noch Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Am wenigsten belastet war der jetzt erst 24jährige Walter Wehder, der aber bereits eine Reihe von Straftaten begangen hat. Die anderen Angeklagten sind erheblich älter und haben dementsprechend ein umfangreicheres Strafregister aufzuweisen. Der Schlosser Walter Schnelle war im Juli 1925 aus Plöthen entlassen worden und hatte sich sofort mit einem früheren Gefängnis kameraden, dem Dachdecker Karl Rosenkränzer, und dem Arbeiter Bruno Zwidert zu Einbrüchen verbunden. Rosenkränzer und Schnelle begaben sich dann auf die Wanderschaft, um in der Umgegend von Berlin weitere Einbruchgelegenheiten auszunutzen. Dabei gestellte sich auch Wehder zu ihnen. In der Nacht zum 24. Juli hatten sie in Hohenneuendorf an zwei Stellen Einbrüche verübt und ein Fahrrad und verschiedene andere Gegenstände erbeutet. In der Berliner Straße an der Eisenbahnüberführung stieß das Einbrechertrio auf den Polizeibeamten Boß, der Verdacht schöpfte und sie anhielt. Rosenkränzer, der einen geladenen Revolver mit sich trug, zog diese Waffe heraus und rief: „Hände hoch!“ Der Beamte sprang zurück, um Deckung hinter einem Steinhaufen zu suchen, aber auf den Ruf von Schnelle: „So drück doch ab!“ schoß Rosenkränzer auf Boß, und dieser brach von einer Kugel getroffen, zusammen. Das Geschehen war in die Brust wenige Zentimeter unter dem Herzen eingedrungen. Rosenkränzer und Schnelle ergriffen hierauf die Flucht, während der jugendliche Wehder so erschreckt war, daß er stehen blieb und von Weuten, die durch den Schuß herbeigerufen waren, festgenommen werden konnte. Die anderen wurden erst später ermittelt. Die Verhandlung gegen die Einbrecherbande wurde dem Schwurgerichtsvorsitzenden, Landgerichtsdirektor Bombe, nicht leicht gemacht. Schnelle leistete schon auf dem Transport vom Gefängnis Widerstand, so daß er gefesselt vorgeführt werden mußte, und zeigte sich auch bei seiner Vernehmung recht radikal. Der An-

geklagte Zwidert spielte den Taubstummen und verkehrte nur schriftlich mit dem Gericht. Das half ihm aber wenig; denn er erhielt für den ihm zur Last gelegten Einbruchdiebstahl im Rückfalle 3 Jahre Zuchthaus. Rosenkränzer, als der Hauptschuldige, erhielt 9 Jahre Zuchthaus und Schnelle 6 Jahre Zuchthaus. Gegen sämtliche drei Angeklagten wurde auch auf 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Wehder wurden mit Rücksicht auf seine Jugend mildernde Umstände zugebilligt, so daß er mit zwei Jahren Gefängnis davonkam. Bei der Schwere des Verbrechens lehnte das Gericht es ab, den Angeklagten die Untersuchungshaft anzurechnen.

Ein neuer Kutischer-Prozess.

Der Hauptangeklagte nicht verhandlungsfähig?

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte werden sich Anfang November der Kaufmann Iwan Kutischer, Staatsfinanzrat z. D. Dr. Fritz Rüge und Oberfinanzrat a. D. Dr. Hans Hellwig wegen schwerer Verstöße gegen das Kapitalmarktgesetz zu verantworten haben. Kutischer ist angeklagt weil er entgegen allen Vorschriften Devisen gehandelt hat, ohne dazu berechtigt gewesen zu sein, während Rüge und Hellwig beschuldigt sind, ihn jahrelang dabei unterstützt zu haben, ohne daß sie bei der Vermittlung der Devisengeschäfte von Kutischer die Zustimmungen des Finanzamtes oder der Handelskammern oder der Reichsbank eingeholt oder geprüft haben. In dem Prozess werden mehrere Finanzsachverständige über das Verhältnis Kutischer zur Staatsbank und deren damalige Direktoren Rüge und Hellwig eingehend vernommen werden. Das Gericht hat für den Prozess, der sehr interessante Ergänzungen der großen Verhandlung bringen dürfte, nicht weniger als fünf Tage in Aussicht genommen. Kutischer hat jetzt bereits erklärt, daß er nicht verhandlungsfähig sei und vom Gericht sind bereits Gutachten von der Charité über den Gesundheitszustand des Angeklagten angefordert worden. Für den Fall, daß der Hauptbeschuldigte nicht zu dem Termin erscheinen kann, soll der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müßel für Kutischer die notwendigen Auskünfte vor Gericht geben, damit die Verhandlung überhaupt durchgeführt werden kann.

Ausbruchversuch des Fassadenkletterers.

Der berühmte Fassadenkletterer vom Kaiserhof, Wilhelm Köhner, hat wieder einmal einen neuen Ausbruchversuch aus dem Gefängnis unternommen. Er ist diesmal aber schon bei dem ersten Ansetzen seines Ausbruchversuches erwischt worden. Nachdem die Hoffnung Köhners, durch Revision beim Reichsgericht eine Milderung des strengen Urteils von 6 Jahren Zuchthaus durchzubringen, mißlungen war, griff er wieder zu seinem alten, schon oft bewährten Mittel, aus dem Gefängnis zu entweichen. Ein Bekannter in der Rebenstraße hörte nachts ein verdächtiges Geräusch und alarmierte die Gefängniswache. Als man in die Zelle Köhners einbrach, war er gerade dabei, mit einer Säge die eiserne Gitterstange des Fensters durchzuschneiden. Er hatte auch alles schon vorbereitet, um an der Fassade herunterzuklettern. Bei der Durchsuchung hat man bei ihm sieben Sägen gefunden. Wie er in deren Besitz gekommen ist, muß die weitere Untersuchung erst aufklären. Köhner selbst verweigert jede Aussage darüber.

Kraftwerk Rummelsburg vor der Vollendung.

Die Bau- und Montierungsarbeiten im Großkraftwerk Rummelsburg haben in den letzten Monaten ganz bedeutende Fortschritte gemacht, so daß bestimmt damit gerechnet werden kann, daß das neue Großkraftwerk noch in diesem Jahr dem Betrieb übergeben werden kann und so eine wesentliche Entlastung des bis zum überfließen ausge nutzten Berliner Stromnetzes erfolgen wird. Wie wir hören, ist die Montage einer der drei Maschinen beinahe fertiggestellt. Die ersten Kessel liegen unter Trochsenfeuer, und die Schornsteine, deren Bau besonders schwierig war, sind nunmehr vollendet worden. Auch die Kohlenmahlanlagen sind bereits in Betrieb genommen worden, und die große Schaltanlage ist schon zu zwei Drittel montiert. In Rummelsburg wird unter Anspannung aller Kräfte gearbeitet. Täglich sind etwa 4000 Mann beschäftigt, das Kleinwerk zu errichten. Erstreutlich ist, daß die Unfälle, unter denen die Eisenkonstruktionsarbeiten dieses Werkes so schwer heimgesucht wurden, erheblich nachgelassen haben.

Der Weg des blinden Bruno.

28] Roman von Oskar Baum.

Die Mutter zog sie zum Fenster und verhandelte mit ihr. Lizi schien in kühler gleichgültiger Bestimmtheit ablenkend. Die Mutter ließ nicht nach, regte sich sehr auf: „So lange ich selbst den Kopf noch irgendwohin zu legen habe, lasse ich es nicht zu!“ stieß sie hervor.

Lizi wurde kaum ein wenig unwillig, blieb der Macht ihrer Strenge sicher. Da brach die Mutter ab: „Du sollst in keiner Weise gestört werden!“ Und sie faßte Bruno wie ein Kind bei der Hand: „Kommen Sie!“ Und sie führte ihn in ein nahe kleines Zimmer.

Nachher erfuhr er, sie habe ihn im Wirtshaus sitzen gesehen, sprach nur nicht darüber, weil sie nicht verraten wollte, daß sie selbst zum Mittagessen das Bier holte.

Wirr und betäubt von der Spannung des Tages, dem Alkohol, dem ständigen Krampf äußerster Aufmerksamkeit, sank Bruno auf das Sofa, alles Nachdenken über das Recht mächtige dieser seltsamen Geborgenheit bis zum Erwachen ver-schiebend.

Ein ganz schmales Zimmerchen. Man wunderte sich, daß wirklich ein Fenster, eine Tür, ein Sofa, ein Tisch, sogar ein Schrank darin war.

Als Bruno am ersten Morgen — o, es war schon Mittag! — aus dem Schlaf fuhr, stieß er den Tisch um. Angstvoll flog die Mutter herein und lachte sehr, da er wohlbehalten im Hemd hoch aufgerichtet, verduht zwischen den unbekanntem Dingen im fremden Raum stand. Sie blieb gleich eine Weile da, erzählte, welche Freude es für sie sei, daß sie endlich einen Mieter für das Zimmerchen habe und einen solchen noch dazu! — entschuldigte und beschönigte die Mängel des Räumchens, besprach allen Ernstes den Mietspreis mit ihm, Aun-digungsbedingungen, Wäsche, Beheizung, Bedienung — er war ganz stolz und glücklich und dachte nicht daran, wie wenig lange bei so geschäftlicher Nüchternheit das Sämmchen in seiner Tasche reichen würde.

Am ersten Tag, pünktlich um fünf Uhr, war Kröb da. Aus Empörung darüber, daß Lizi keine Zeit dazu übrig hatte, übernahm er es selbst, Bruno zu unterrichten. Er schämte sich für sie; er wollte es ungeschehen machen, es von ihr abwaschen.

Alle Kraft aus Arm- und Schultermuskeln holen, kein Verkrampfen der Hand, der Fingersehnen, mächtigste Wirkung bei geringster Anstrengung. Wenige immer gleiche Übungen, langsam vermehrt und erweitert, von denen in leidenschaftloser Geduld die Aufmerksamkeit keinen Augenblick abgleiten durfte. — Es füllte Brunos ganzen Tag.

Kröb erschrak fast vor dem wilden Hunger, mit dem Bruno kein Wort, jede Bewegung trant, warnte ihn: Schumann hatte die Hand überspielt, konnte dann weniger als Faule!

Bruno verheimlichte ihm, daß er auch halbe Nächte dazu nahm. Wie sprang er erschrocken auf, wenn er Stunden bei den vielen Arten Fingerheben und -senken, Klopfen und Werfen, Ueber- und Untersahverkrümmen sich vergessen hatte und etwas Steifheit in den Gliedern zu fühlen glaubte! Rasch Rumpfen- und Kniebeugen und mancherlei besondere Turnstöße einzelner Gliedmaßen, die er zum Wiederaufjagen des Blutlaufs ausgedacht hatte.

Als er nach den strengen Wochen der lautlosen Übungen auf dem Tisch und den Tasten die ersten klingenden Figuren versuchen durfte, und nun rasch immer schönere, ans Herz greifende Tongebilde und -bilder als Aufgaben bekam, Unendlichkeit der erklingenden Gefühle und Gedanken aller Völker sich vor ihm öffnete, war es ihm, als sei eine andere, neue Hand an ihm entdeckt worden. „Wer weiß, wie viele Körper in unserem noch stecken mögen.“ dachte er.

Kröb und Mutter Geil kamen alle Tage mit eifrigen Plänen für seine Zukunft, betrieben immer neue weitgespannte Unternehmungen, womit freilich die Unsicherheit seiner Lage fühlbar verdeutlicht wurde.

Fräulein Lizi sprach Bruno fast nie. Raum, daß er manchmal ihren Gruß durchs Vorzimmer schallen hörte. Sie kam, ging eilig, lara, lernte viele Stunden, spielte, summierte Stimmübungen, studierte mit ihrem Korrepetitor, schlief dann wieder halbe Tage. Selten war sie zur gemeinsamen Mahlzeit da. Oft gab es Streit mit der Mutter, die dann immer sehr weinte. Zwischen ihrem und Brunos Zimmer lag die Küche, und Bruno bemühte sich, nichts zu hören.

Abends war Lizi immer im Theater oder in Gesellschaft. Wie war die Mutter glücklich, nun nicht mehr die langen leeren Stunden in der stillen Wohnung mit allem Erstickten und der Angst um das Kommende allein zu sein! Aber sie beklagte sich nie über Lizi, o nein! Sie schilderte Bruno, was das Kind schon Entsetzliches durchgemacht hatte. Kein Wunder, wenn es so unbeugsam eigenwillig geworden sei!

Und einmal erzählte sie ihm, daß sie dem Mädchen Freiheit, Rettung, ihr Leben verdanke. Sie war mit Lizis Vater in Scheidung begriffen — o das wievielte Mal schon! „Er war im Grunde kein böser Mensch.“ begann sie. „Nicht nur ich, alle Welt war ihm gut und das Kind selbst, ja Sie können es mir glauben, liebte ihn vielleicht am meisten. Eines Abends — nachdem wir wochenlang nichts mehr von ihm gehört hatten — kam er plötzlich, weinte, klammerte sich an uns als seinen einzigen Halt, schloß, schwur uns mit verzweifeltem, ehrlich geglaubtem Willen, wieder einmal einen neuen Anfang zu, und ich wäre ihm sicher verfallen. Da verschwand — ohne daß wir's merkten — das Kind, damals kaum 13 Jahre alt, und lief zu meinem Rechtsanwalt in die Wohnung, zwang den Verfluchten mit ihr zu kommen und die Veröhnung zu verhindern. Damals hatte ich knapp noch Kraft, ein neues Leben auf mich zu nehmen.“

Bruno, der jeden Augenblick, da Lizi fort war, beim Klavier verbrachte, und wenn sie kam, die Übungen auf seinem Tisch fortsetzte oder das stumme Punktgemimmel der Noten, die er aus Blindenbibliotheken sich, vor dem inneren Ohr zu klingenden Herrlichkeiten auferstehen ließ und Klang um Klang in sein Gedächtnis schichtete; ihm fiel es nicht auf, daß er tagsüber fast immer allein war.

Einmal kam Lizi ausnahmsweise zur Mittagszeit heim, ging kopfschüttelnd durch die leere Wohnung, die Küche mit dem kalten Herd, und erzählte Bruno, die Mutter sei früher auch zu dringenden Beforderungen immer nur schwer aus dem Hause zu bringen gewesen, und seit er da sei, sei sie, wenn man komme, ausgeflogen.

Bruno begriff nicht, was das für einen Zusammenhang haben sollte. Er hatte geglaubt, Frau Geil habe vielleicht eine Beschäftigung außer Hause.

Endlich kam die Mutter; abgeheht, die Arme voll rasch auf dem Heimweg zusammengefaßter kalter Speisen, und berichtete Bruno ganz glücklich, daß er nächste Woche in der Jakobskirche spielen werde. Die Organistenstelle sei eigentlich nicht vakant, aber der alte Herr dort suche Stellvertreter und werde raschlos sein Amt bald ganz übergeben. Eine sehr schöne Orgel und -sicheres, verhältnismäßig reichliches Einkommen.

Gleich nach Tisch erlitt sie, noch bei einer Frau Konfistorialrat und dem Superintendenten Besuch zu machen, wie ihr Kröb aufgetragen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Flugzeugabsturz in Adlershof. Der Pilot getötet.

Ein folgenschwerer Flugzeugabsturz, bei dem der Pilot getötet und der Apparat vollständig zertrümmert wurde, ereignete sich gestern nachmittag kurz vor 5 Uhr auf dem Gelände über dem östlichen Vorort Adlershof.

Der 25jährige Diplomingenieur und Flieger Max Seefeld aus der Goethestraße 74 in Charlottenburg startete auf dem Flugplatz in Johannisthal zu einem Versuchsflug mit einem Apparat der Albatros-Werke G. m. b. H. Der Abflug ging gut vonstatten. Als sich das Flugzeug in etwa 250 Meter Höhe über Adlershof befand, geriet es ins Wanken und dem Piloten gelang es nicht mehr, das Flugzeug in die normale Flugbahn zurückzubringen. Mit unheimlicher Geschwindigkeit stürzte es in die Tiefe und prallte mit voller Wucht auf den Erdboden auf. Die Folgen waren entsetzlich. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert. Hinzuwende konnten den Flugzeugführer aus dem Gewirr der Drähte und Tragflächen nur noch als Leiche bergen. Die Ursache des Absturzes konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden, ist aber möglicherweise auf eine plötzlich auftretende Böe zurückzuführen. Die genaue Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Reichsbanner und Hakenkreuzler. Ein Freispruch.

Vor dem Großen Schöffengericht in Spandau hatte sich der Dreher Heinrich Ahliger wegen Körperverletzung mit gefährlichen Werkzeugen, begangen an einem Nationalsozialisten, zu verantworten. Nach 4 1/2stündiger Verhandlung erfolgte Freispruch. Der Tatbestand war folgender:

In der Nacht zum 30. Mai befand sich der Beschuldigte mit einigen Kameraden des Reichsbanners auf der Pichelsdorfer Straße. Er erhielt Kenntnis, daß drei Personen, welche auf einer Bank saßen, von dem 22 Jahre alten Jungen Reichsanwalt Bernhard Fischer und drei weiteren Nationalsozialisten mit den Worten angesprochen worden waren: „Ihr führt euch wohl recht stark“, wobei die Worte „Wolfschlagens“, „Schwarzrotgoldene Sch...“ fielen. Ahliger wollte nun den ihm bekannten Fischer darüber zur Rede stellen. Er fragte den N.: Was wollen Sie, wissen Sie nicht, daß Sie vor einer Kugel stehen? Der Beschuldigte und vier weitere Strohpantastanten sagten aus, daß Fischer bei dem Ausdruck ein offenes, dolchähnliches Messer in der Hand hatte und zum Stich Bewegungen machte, worauf ihm der Beschuldigte eins mit der Faust ins Gesicht versetzte, daß er zurücktaumelte, worauf Fischer mit seinen Begleitern die Flucht ergriffen. Der Bruder des geschlagenen Fischer ist am Spandauer Amtsgericht Referendar, verfaßte nun die Anzeige selbst und behauptete darin, daß Ahliger mit einem Schlagring geschlagen habe. Der Beschlagene gab aber selbst als Zeuge an, daß er dieses nicht beviden könne, es könne auch die bloße Faust gewesen sein, wie es ihm auch sein Arzt gesagt habe, da äußere Verletzungen nicht vorhanden waren. Der Staatsanwaltschaftsrat Beller mußte die Anklage wegen Körperverletzung mit gefährlichen Werkzeugen fallen lassen und beantragte wegen leichter Körperverletzung eine Geldstrafe von 150 M. oder 15 Tage Gefängnis.

Der Rechtsbeistand und Syndikus des Reichsbanners Rechtsanwalt Kacharias führte nun aus, daß das Reichsbanner vier Millionen Reichsmark umfasse, wovon allein zwei Millionen gediente Soldaten sind. Diese Vereinnahmung führt einen schweren Kampf mit der Justiz. Es ist ganz verständlich, daß man derartige Bagatellen von Körperverletzungen, wenn es sich um Angeklagte der Reichsbannerkammer handle, vor die Großen Schöffengerichte bringt, dagegen alle anderen schweren Körperverletzungen vor den Einzelrichter. Er habe viele Prozesse von Reichsbannerleuten vertreten und immer wieder ohne zureichende Begründung gegen Reichsbannerleute und nicht gegen die Rechtsradikalen vorgegangen. In einem Prozeß gegen einen Hakenkreuzler in Berlin, wo ebenfalls Reichsbannerleute angegriffen wurden und die Reichsfahne Schwarzrotgold mit den Worten Schwarzrotgold... beschimpft wurde, hat der Oberstaatsanwalt keine Anklage gegen die Hakenkreuzler erhoben, weil diese Rechtsradikalen nicht die Reichsfarben, sondern „nur“ die Farben des Reichsbanners gemeint haben und da läge kein öffentliches Interesse vor. Hier läge eine Putationsohne vor und der Angeklagte müßte freigesprochen werden. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu einem Freispruch auf Grund der beantragten Putationsohne.

Schwarzweißroter Schwindel um Potsdam.

Bedenkliches zu schwindeln ist für die schwarzweißrote Presse ehernes Prinzip. Ein drastisches Beispiel dafür, welchen Koll der reaktionären Blätter ihrem kritischen Publikum vorsetzen dürfen, bot die „Berichterstattung“ über die Kundgebung des Potsdamer Reichsbanners vom letzten Sonntag, in der die Genossen Renner und Scheidemann sprachen. Es war eine durchaus lokale Veranstaltung, aus eigener Kraft der Potsdamer „Rowaweser Ortsgruppe“. Aus Berlin war keine Kameradschaft erschienen. Trotzdem war der Alte Markt von einer großen Menschenmenge gefüllt — für eine Potsdamer lokale Veranstaltung muß der Besuch als überaus gut bezeichnet werden. Was tun nun die monarchistischen Schwindelgagellen, um in verlogener Manier die Demonstration glanzvoller und heruntersetzen zu können? Sie schwindeln die lokale Veranstaltung in ein zentrales Treffen um, zu dem man angeblich „viele Tausende“ erwartet hätte. In großer Aufmachung sollen „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ und „Deutsche Zeitung“ die Kundgebung als „Blamage“ und „Fiasco“ hin. Wie ist belustigender und dreister zugleich gelogen worden. Wie eine zentrale Reichsbannerkundgebung aussieht, haben die Potsdamer Republikaner zu ihrem Stolz und die Potsdamer Nationalisten in ohnmächtiger Wut auch schon kennen gelernt. Nach dem Gebel der drei schwarzweißroten Räter scheinen die Nationalisten das vergessen zu haben. Das Reichsbanner kann ja eventuell mal im kommenden Jahr eine zentrale Veranstaltung nach Potsdam legen, und die Nationalisten werden erleben, daß Potsdam von Republikanern überflutet.

Der eingeregnete Dieb.

Von argem Mißgeschick war ein gewisser Erich Winkler, der wegen verurteilten schweren Diebstahls im Rückfall vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand, verfolgt worden, als er den schon wiederholt zur Anwendung gelangenen Trick mit der Diebestüte verfuhr. Winkler hatte seine Arbeit bei einer Firma in der Ritterstraße verloren, was ihn, den in Verberberdingen nicht Unerfahrenen und auch schon oft deswegen Vorbestraften, auf den Gedanken brachte, der Firma einen ungetrohenen Besuch abzustatten und sich dabei Erfah für die verlorene Arbeit in Gestalt von Waren zu holen. Er verschaffte sich also zunächst einen Handwagen und eine große Kiste und fuhr damit nach der Verolemer Straße, hier wartete er dann angeblich auf irgend jemand, der ihm den Gefallen tat, ihn in der Kiste nach der Ritterstraße zu fahren. Tatsächlich will er auch einen jungen Mann gegen ein Trinkgeld dazu gefunden haben. Nachdem er sich in einem Hausflur gemißtrauen eingelagert hatte, ging die Fahrt nach der Ritterstraße bis auf den dritten Hof des Grundstückes seiner früheren Firma. Unglücklicherweise stellte der gefällige Transporteur die Kiste beim Abladen verkehrt auf, so daß ihr Inhalt auf dem Kopf stand. Zu seinem weiteren Pech regnete es auch noch so stark, daß das Wasser in die Kiste drang, und es ihm nun in die Nase schmerzte. Infolgedessen konnte der Angeklagte es bald nicht mehr in seinem ungemüßlichen Versteck ausbalancieren und mußte es früher als beabsichtigt, nämlich vor Eintritt der Dunkelheit verlassen. Dadurch blieb ihm das dritte Mißgeschick zu, denn

Es geht vorwärts und aufwärts!

Unsere erfolgreichen Werbeerwerbungen.

Unsere Partei hatte auch zu gestern abend wieder eine Reihe von Werbeerwerbungen einberufen, die alle sehr guten Besuch hatten, teilweise überfüllt waren. Die Kommunisten versuchten unsere Versammlungen zu stören. Sie hatten in unmittelbarer Nähe unserer Lokale Werbeerwerbungen angelegt und versuchten auf ihre abstoßende Art die Versammlungsteilnehmer in ihre Veranstaltungen zu locken. Durch die Aktivität unserer Genossen wurde das Vorhaben gestört, die Versammlungen der Kommunisten blieben leer.

Im Lokal von Nieschle in Treptow sprach Reichstagsabgeordneter Kufhäuser. Er skizzierte die wirtschaftlichen Nachtgruppierungen und bewies an Hand treffender Beispiele, daß die wirtschaftliche Nacht ausschlaggebend ist auch für die politischen Kämpfe. In Deutschland wird uns immer erzählt, daß die Wirtschaftskrisis ihre Ursache in Friedensverträgen und dergleichen habe. Sichere Berechnungen haben ergeben, daß in Deutschland wohl Kapital vorhanden ist, daß aber dieses Kapital nicht zum Aufleben der Wirtschaft, sondern zum Spekulieren benutzt wird. Die Nationalisierung, die in den letzten Monaten eingeleitet hat, hat ergeben, daß den Unternehmern nur daran liegt, mit verminderten Beleglasten Spitzenleistungen zu erreichen. (Sehr richtig!) Diese Art der Nationalisierung ist der Gipfel der Ausbeutung, und wenn auch die Arbeiterschaft sich nicht gegen Nationalisierung an sich wendet, gegen diese Ausbeutung muß aber die arbeitende Bevölkerung Front machen.

Die Köpenicker Parteigenossen veranstalteten ebenfalls eine sehr gut besuchte Werbeerwerbung im Stadttheater. Vorher ging ein Umzug mit Musik und Fahnen durch die Stadt, der lebhaften Anklang fand. Die Kommunisten, die sich schon rechtlich früh im Saale eingefunden hatten, zogen es vor, angesichts ihrer Bedeutungslosigkeit vor Beginn der Versammlung den Saal wieder zu verlassen, was bei den Zurückbleibenden heiteren Beifall auslöste. Genosse Reichstagsabgeordneter Steinkopf hielt das Referat. Er wies

auf die wiederholten Vorwürfe gegen die SPD. hin, daß sie bisher nicht alles durchgeführt hat. Wenn man in den Parlamenten allein keine Mehrheit hat, ist man eben auf die Hilfe anderer Parteien angewiesen. Doch sind die Erfolge der Sozialdemokratie durchaus beachtenswert, wenn man nicht gewaltig die Augen verschließt. Der Redner wies auf außenpolitische Erfolge der Partei hin und betonte, daß wir für die Bereinigung der Verwaltung und der Justiz kämpfen. Um alles durchzuführen, brauchen wir aber eine noch stärkere Partei. Wir wenden uns daher an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, in unsere Partei einzutreten und unsere Zeitung zu abonnieren. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei schloß die Versammlung.

Einen sehr starken Besuch wies unsere Werbeerwerbung in Lankwitz auf. Genosse Dr. Ostrowski, der das Referat hielt, wies in seiner Rede darauf hin, daß sich unsere Gegner augenblicklich die größte Mühe geben, unserer Werbewoche ein Fiasco vorauszulagen. Wir sind davon überzeugt, daß ihre Voraussage nicht in Erfüllung gehen wird. Man glaubt, daß die Annahme des Hohenzollernvergleichs unsere Werbekraft lähmen kann. Wir aber sind davon überzeugt, daß unsere Partei bisher stets das herausgeholt hat, was bei der politischen Schulung der Masse herauszuholen war. Die Vorwürfe, die von links gegen uns erhoben werden, treffen uns nicht. Bis jetzt haben uns die Kommunisten noch nicht gezeigt, wie man es besser machen kann. Wir wissen selbst, daß Fehler gemacht worden sind; aber welche Partei hat denn noch keine Fehler gemacht? Unsere Gegner sind selbst davon überzeugt, daß es ein Verdienst der Sozialdemokratie ist, wenn das Reich heute noch besteht. Aus parteipolitischen Gründen geben sie es nur nicht zu. Wir bejahen den Staat und arbeiten an seinem Ausbau. An unseren Zielen hat sich dadurch nichts geändert. In der Diskussion glaubten die Kommunisten ihre Röhren an den Mann zu bringen. Sie hatten schon wiederholt während des Vortrags versucht, unseren Genossen Ostrowski zu stören, und wurden mit Leichtigkeit abgefertigt.

Deffentl. Werbeerwerbungen

Heute, Mittwoch, den 20. Oktober:

Wedding (17. Abteilung): 7 1/2 Uhr im Saal von Schreiber, Triftstraße 63. Referent: Bürgermeister Karl Leid, M. d. L.
Friedrichshain (34. Abteilung): 7 1/2 Uhr in den Comeniusfälen, Remeler Straße 67. Referent: Siegfried Kufhäuser, M. d. R.
Friedrichshain (36. Abteilung): 7 1/2 Uhr in der Schulaustraße 6. Referent: Wilhelm Benda.

Deffentliche Frauenkundgebung

Charlottenburg: Heute, Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Schiller-Realgymnasiums, Schillerstr. 26. Mitwirkende: Frauenchor des Gesangsvereins „Liedertafel“. Rezitationen: Wolf Trug vom Staatstheater Berlin. Vortrag: Frauen und Völkerverständigung. Referentin: Welse Schreiber.

Morgen, Donnerstag, den 21. Oktober:

Charlottenburg: 8 Uhr in den Hohenzollern-Festfälen, Berlinstraße 106. Referent: Stadtschreiber Wolsch Hoffmann.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

als er drei Stöckwerke hoch an dem Fahrstuhl emporgeliegt und in die Fabrikräume eingedrungen war, wurde er bei seiner Tätigkeit von einem Seitengebäude aus gesehen und verhaftet. Die mißglückte Diebstahl brachte ihm ein Jahr sechs Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust ein.

Feuer bei der Frister A.-G.

Die Feuerwehren von Ober- und Niederschöneweide wurden gestern in der zehnten Abendstunde nach der Fußstraße 6 in Oberschöneweide gerufen, wo in dem Dachstuhl eines einstöckigen Fabrikgebäudes der Frister A.-G., Beleuchtungskörperfabrik, Feuer ausgebrochen war. Der Wächter, der gerade die Runde machte, bemerkte einen Feuerchein und rief die Feuerwehren herbei, die nach kurzer Zeit unter Leitung des Baurates Koblisa an der Brandstelle erschienen. Aus dem Dachstuhl, unter dem sich unmittelbar ein Galvanisierraum befindet, schlugen bereits helle Flammen hervor. Durch einen tafkräftigen Löschangriff gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Lediglich durch das schnelle Erscheinen der Feuerwehr konnte eine größere Ausdehnung des Brandes verhindert werden. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis 11 Uhr abends. Die Entstehungsurache ist wahrscheinlich auf Kurzschluss in der elektrischen Lichtleitung zurückzuführen.

Diebereien auf dem Steglitzer Wochenmarkt.

Eine ungewöhnlich dreiste Taschendiebin macht den Wochenmarkt in Steglitz unsicher. Sie nimmt den Frauen das Portemonnaie aus der Markttasche, schüttet den Inhalt in ihre eigene Tasche um und steckt das leere Portemonnaie den Betroffenen wieder in die Tasche, alles, ohne daß die Frauen etwas merken. Erst wenn sie eintausen und bezahlen wollen, merken die Frauen, daß sie bestohlen worden sind. Die Diebin ist ein junges Mädchen von etwa 20 Jahren. Am letzten Markttag arbeitete sie dreimal mit Erfolg. Begünstigt wird aber das Treiben der Diebin durch die unerträgliche Enge des Steglitzer Wochenmarktes. Die Behörden sollten auf Abhilfe sinnen.

Georg-von-Siemens-Park in Steglitz.

Im Ortsteil Südenbe geht der Georg-von-Siemens-Park seiner Vollendung entgegen. Die 8000 Quadratmeter große Parkfläche ist mit einem Aufwand von 16 000 M., der von Frau v. Siemens getragen wurde, planmäßig ausgestattet und der Deffentlichkeit übergeben worden. Die Arbeiten wurden von der Parkverwaltung des Bezirks ausgeführt. Vor einigen Tagen wurde auch die Bronzestatue des verstorbenen Georg von Siemens, nach welchem der Park den Namen „Georg-von-Siemens-Park“ erhalten hat, aufgestellt. Durch Verhandlungen mit den Erben ist es gelungen, weitere Mittel zu erhalten, die notwendig waren, um den Haupteingang an der Steglitzer Straße architektonisch zu betonen. Zu beiden Seiten der Eingangstreppe ist ein Sockel aus Kalkstein gemauert, der eine Blumenhülle aus Ruchelkalkstein trägt. Die Bildhauerarbeiten, die reizvolle Tierplastiken darstellen, sind von dem Bildhauer Krechner-Seglitz nach Modellen des Bildhauers Hengstenberg-Seglitz ausgeführt, die architektonische Gestaltung stammt von der Bezirkshauptverwaltung Steglitz.

Die heilpädagogische Sprechstunde des Magistratschulrats Fuchs, die bisher Poststraße 6 abgehalten wurde, ist verlegt worden und findet jetzt im Stadthaus, Klosterstraße 1, Zimmer 103a, jeden Montag (mit Ausschluß der Ferien) von 10 bis 12 Uhr vormittags statt. Eltern und Erzieher geistig eigentümlicher, schwer erziehbarer, im Fortschritt gehemmter und geistig schwacher Kinder erhalten unentgeltlich Unterstützung und Rat über die Beurteilung und zweckmäßigste unterrichtliche und erzieherische Behandlung und Versorgung ihres Kindes oder Pfinglings.

Die Chodowieski-Ausstellung des Märktischen Museums ist vom Donnerstag, den 21. Oktober ab, auch abends geöffnet, und zwar jeden Abend, einschließlich Sonnabend, von 7 1/2 Uhr bis 10 Uhr. Eingang abends gegenüber der Landesversicherung am Köllnischen Park.

Der Verband deutscher Wäschegehilfen und Wäschehersteller hielt aus Anlaß seines 10jährigen Bestehens am Sonnabend im Hotel Eplanade eine Feisigung ab. Nach dem wirkungsvollen Vortrag der Overtüre zu „Egmont“ von Beethoven und des von Prof. Ferdinand Gregori vorgetragenen Vortrags von Umland, nach dem Begrüßungsreden des ersten Vorsitzenden und der anwesenden Behördenvertreter hielt der Syndikus Dr. Borchardt die Feisrede. Er kennzeichnete die Arbeitsgebiete und Aufgaben seines Verbandes, betonte besonders die ungünstige Lage im Wäschegehilfenstand und vertret energisch die Notwendigkeit der Erhaltung der mittleren Betriebe und der Spezialgeschäfte, die im Gegensatz zu den großkapitalistisch arbeitenden Unternehmungen einen persönlicheren Charakter tragen, der sich sowohl im Verkehr mit der Kundenschaft als auch mit der Lieferantenchaft zeigt. Es folgten dann noch verschiedene Ansprachen. Ein Gesangsbeitrag beschloß die würdige und eindrucksvolle Feis.

24-Stunden-Zeit im Eisenbahnverkehr Europas. Nach einem Beschluß auf der Europäischen Fahrplankonferenz in Baden-Baden, die soeben zu Ende gegangen ist, wird ab 1. Mai des kommenden Jahres im gesamten europäischen Eisenbahnverkehr mit Ausnahme von England nach der 24-Stunden-Zeit gerechnet werden.

Der Österreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet Montag, 25. d. M., 8 Uhr, im Reichstagsgebäude, Saal O 1 (Eingang Portal 5) einen Vortragsabend, bei dem Landtagspräsident Abg. Dr. B. Mittelman (Wien) über „Panuropa und Großdeutschland“ sprechen wird. Der Eintritt ist frei.

Der Bezirksbildungsamt veranstaltet am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Theater der Volkshäuser am Köllnischen Platz eine Aufführung der Komödie „Asiatische“, von Leo Greiner (nach Aristophanes). Eintrittskarten zum Preis von 1,20 M., einschl. Garberodenablage und Theaterzettel sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsamtes, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8, in der Bornstraße-Bushandlung, Lindenstr. 2, Tabakvertrieb GGG, Anhalterstr. 6, Placardgeschäft Koch, Angelerstr. 24/25, Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Luisenstr. 38, bei den Bildungsobleuten der Kreise und Abteilungen, in den Vordruckspezifikationen und außerdem beim Volksbildungsamt Prenzlauer Berg und Volksbildungsamt Friedrichshain.

Alfred Dieckel spricht am Freitag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Georgenstr. 30/31 (am Bahnhof Friedrichstraße) über „Das London, sein Leben und sein Werk.“ (Mit Lichtbildern). Aus London: Berlin: Abenteurer des Schienenstranges — König Rote — Revolution. Eintrittskarten à 75 Pf., sind an der Abendkasse zu haben.

Sprechstunde für proletarische Feiertunden. Die Übungsstunde am Donnerstag muß ausfallen, weil die beiden künstlerischen Leiter beruflich verhindert sind. Dafür soll die Übungsstunde am Sonntag, 24. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der Aula der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16-17, stattfinden. Wir bitten recht sehr, daß alle Beteiligten bestimmt und pünktlich erscheinen. Es soll das ganze Werk „Frühling und Herbst“ durchgesprochen werden. Mütter, Männer, Frauen und Jugendliche, die mitsprechen wollen, sind sehr willkommen.

Das Urteil über den Bubikopf

ist ein Urteil über die Gepflegtheit des Haares. So jugendlich und reizvoll ein gut gepflegter Bubikopf ist, so entstellend wirkt ein ungepflegter. Die wichtigste Grundlage der Bubikopf-Pflege ist die regelmäßige wöchentliche Haarpflege mit Pixavon. Pixavon gibt dem Haar lockere Fülle, schimmernden Glanz und den weichen Fall, der die weibliche Anmut und die stilvolle Eigenart jeder Bubifrisur ausmacht.



Keine der gewöhnlichen flüssigen Tearseifen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarpflege, wie auch für die im Frisiersalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubikopfschnitte für Winter 1926. LINGNER-WERKE Dresden

Zehn Millionen Aktien gefälscht.

Aufdeckung eines internationalen Aktienschwindels.

Die Warschauer Fahndungspolizei hat ein großes internationales Schwindelunternehmen aufgedeckt, das auf der Fälschung von Aktien einer russischen Goldgruben-Gesellschaft „Bena Goldfeld Limited“ sowie von Batu-Petroseum-Aktien beruht. Wie man vermutet, sollen gefälschte Aktien in Höhe von fast 10 Millionen Mark verkauft worden sein. Die falschen Aktien sind den letzten lässigend ähnlich in der Warschauer Druckerei Rerur hergestellt und von einer weitverzweigten Bande vornehmlich in Polen, Berlin und Paris abgesetzt worden. In Berlin sind hauptsächlich infolge der betrügerischen Nachschaffungen eines gewissen Rubin, der sich aber in Berlin Emil Sommer zu nennen pflegte, allein für 400 000 Mark falsche Aktien abgesetzt worden. Der Hauptorganisator des Schwindels, ein gewisser Kerman, ebenfalls ein Warschauer, seine Helfershelfer sowie die Besitzer der Druckerei Rerur sind verhaftet worden.

Vergrabenes Gold.

Am Dienstag kam in Aachen der Diebstahl der Goldstücke, die die Firma Prym in Stolberg in Höhe von etwa 1 600 000 Mark in 80 zu diesem Zwecke extra angefertigten Zinkkästchen bei Langenwehe vergraben hatte, und von denen im Juli d. J. acht Kästchen mit je 20 000 Mark gestohlen worden sind, zur Verhandlung. Angeklagt waren der Prokurist der Fabrik Prym, Johannes Frings, der Privatförster Schweikert und der Landwirt Hubert Krüdmann, ferner wegen Beihilfe ein Student, ein Elektromonteur und ein Landwirt. Die Angeklagten führten zu ihrer Entschuldigung an, sie seien der Ansicht gewesen, daß das Gold während der Kriegszeit gesammelt und der Reichsbank absichtlich nicht angemeldet worden sei. Dagegen sagte der erst Zeuge vernommene Fabrikant Hans Prym, daß er das Gold erst 1923 vergraben habe. Es sei nach und nach aus holländischen Käufen angekommen. Das Vergraben des Goldes sei aus Angst vor dem kommenden Bolschewismus erfolgt. Die Verteidigung wies darauf hin, daß die Firma Prym bereits während des Krieges Silber vergraben habe. Nach sechsstündiger Verhandlung wurden die drei Hauptangeklagten zu 6, 4 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Krüdmann und Schweikert wurde Bewährungsfrist zugewilligt.

Selbstmord nach dem Autounfall.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Montagabend in der Nähe von Frankfurt a. M. Auf der Heimfahrt überschlug sich, da ein Reifen platzte, der Wagen des Kaufmanns R. König, der mit einer Geschwindigkeit von 60-70 Kilometern fuhr. König, der am Steuer saß, wurde sofort getötet. Der Gärtnereibesitzer Körner, der, ebenso wie seine 16jährige Tochter, bewußtlos unter dem Wagen herangezogen wurde und beide Beine mehrmals gedrochen hatte, raffte sich, als er wieder zu sich kam, mit letzter Energie auf und schob sich aus seinem Revolver eine Kugel in die Schläfe, wodurch sein Tod ebenfalls herbeigeführt wurde. Der Gärtnereibesitzer Frau, der ohne besondere Verletzungen davon gekommen war, hatte sich in diesem Augenblick um die Tochter bemüht.

Schnee im Riesengebirge und in Ostpreußen. In der Nacht zum Dienstag ist im Riesengebirge die Temperatur so stark gefallen, daß Schnee fiel. Der Gebirgskamm war am Morgen 3-5 Zentimeter mit Schnee bedeckt, der allerdings im Laufe des Tages unter der Erwärmung wieder schmolz. — Auch aus Königsberg i. Pr. wird am Dienstag früh starker Schneefall gemeldet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 2. Kreis Tiergarten.** Die für Mittwoch, 20. Oktober, in Aussicht genommene allgemeine Kreismitgliederversammlung findet (später folgt) später nach dem besten Erfolge. — Donnerstag, 21. Oktober, 8 Uhr, wichtige Kreisvorstandssitzung bei Krüger, Bismarckstr. 10. Erscheinen unbedingt notwendig.
- 3. Kreis Friedrichshagen.** Heute, Mittwoch, 20. Oktober, 7 Uhr, im Rathaus Bezirksversammlung. Karten sind ab 6 1/2 Uhr beim Genossen Fischer am Hauptbahnhof Königsstraße zu haben.
- 11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen.** Sitzung! Freitag, 21. Oktober, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fiskusreform“. Referent: Bezirksgruppenleiter Friedrich Bartsch. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, zu erscheinen.
- 13. Kreis Tempelhofer Feld.** Freitag, 21. Oktober, 7 Uhr, Fraktionsversammlung im Gewerkschaftsgebäude, Singsaal II.
- heute, Mittwoch, 20. Oktober:**
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr** bei Frau, Albrecht-Str. 22, wichtige Fraktionsversammlung. Der Vorstand trifft sich bereits um 6 1/2 Uhr ebenfalls zu einer wichtigen Besprechung.
- 24. Abt. Sitzung!** Ruhetagsbesitzung Fraktionsversammlung 7 1/2 Uhr bei Wöner, Immanuelstraße. Sämtliche Fraktionsmitglieder müssen unbedingt erscheinen.
- 26. Abt. Die** Bezirksleiter der Bezirke 158, 159, 160, 161, 162 und 163 holen umgehend das schon eingeleitete Material von Bartsch, Friedrichstr. 88, ab und bringen fürs erste die Einladungen zur Kreisversammlung zur Verteilung, insbesondere an „Vorwärts“-Leser, die noch nicht Postgenossen sind. Briefen von den Postbüros holen.
- 44. Abt. Sitzung!** 8 1/2 Uhr Extravortrag bei Schiebold, Bismarckstr. 8. Wichtige Mittelsitzung. Niemand darf fehlen.
- 52. Abt. Sitzung!** 8 Uhr bei Edelhof, Hornstraße, wichtige Kreismitgliederversammlung. Referent: Genosse Lorenz.
- Kreisler.** 24. Abt. 7 Uhr kurze Besprechung mit den Bezirksleitern bei Schiebold, Bismarckstr. 8. Erscheinen ist unbedingt erforderlich. — 27. Abt. Die Bezirksleiter werden gebeten, Material aus der „Vorwärts“-Sektion Kreismitgliederversammlung (Hoh) sofort abzuholen.

- Morgen, Donnerstag, 21. Oktober:**
- 1. Abt. 7 1/2 Uhr** bei Junke, Albrechtstr. 11, erweiterte Fraktionsversammlung. Tagesordnung: „Unsere Werbearbeit“. Niemand darf fehlen.
- 22. Abt. Die** Gruppenleiter und Bezirksleiter holen ab 7 Uhr Sonderbrief für die öffentliche Versammlung am nächsten Mittwoch von Krumbardt, Paul-Ginor-Str. 43, ab.
- 43. Abt. 8 Uhr** Sitzung sämtlicher Elternbeiräte bei Heim, Urbanstr. 20. Referent: Herr Schick. Erscheinen unbedingt erforderlich.
- 50. Abt. Sitzung!** 7 1/2 Uhr bei Schittler, Weichselstr. 3, wichtige Fraktionsversammlung.
- 141. Abt. Rosenfeld und Niederbichselstraße-Bez. 7 1/2 Uhr** im Hotel von Schiebold (Inhaber Köhn), Hauptstraße, Richtschieboldstrasse, veranstaltet von den Fraktionsleitern. Politische Diskussion arbeiten.

- Jungsozialisten.**
- Gruppe Tiergarten:** Heute, Mittwoch, 20. Oktober, Gruppenversammlung in der Bismarckpöhlchen Bismarckstr. 48. Am Freitag, 21. Oktober, stellen wir uns an der Werbebezirksversammlung 8 Uhr im Jugendheim Schöneberg. Hauptstr. 16, Ostmaierzimmer. Vortrag: „Jugend und Partei“. Referent: Franz Depinaff. — **Gruppe Schöneberg-Charlottenburg-Tiergarten:** Freitag, 21. Oktober, 8 Uhr, im Jugendheim Schöneberg, Hauptstr. 16, Ostmaierzimmer, gemeinsamer Werbeabend im Rahmen der roten Woche. Vortrag: „Jugend und Partei“. Referent: Franz Depinaff. Jugendgenossen aller Kreise sind herzlich eingeladen. — **Gruppe Weidensee:** Donnerstag, 21. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Poststr. 26 Vortrag: „Klassenfragen“. Referent: Genosse Rüdiger. — **Gruppe Charlottenburg:** Donnerstag, 21. Oktober, 8 Uhr, im Jugendheim Hohenzollernstr. 4 Korrespondenz der Ausprache über: „Organisation — Werbearbeit“.

- Frauenveranstaltungen:**
- 29. Abt. Schöneberg.** Mittwoch, 20. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Frau, Sedanstr. 17. Vortrag: „Der Kampf um die politische Macht“. Referent: Genosse Bremer.
- 136. Abt. Reinickendorf-Bez.** Donnerstag, 21. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Seebad, Hochendstraße, Fraktionsmitgliederversammlung. Genossinnen, die daran Interesse haben, können teilnehmen.

- Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation**
- 27. Abt. Charlottenburg.** Unser Genosse Paul Obige, Bismarckstr. 118, ist plötzlich verstorben. Einbürgerung am Donnerstag, 21. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerickestraße. Wir empfehlen zehrende Teilnahme.



Eine ganz interessante Kritik eines Buches des bei uns kaum bekannten anglistizierten Polen Konrad las Thomas Mann. Weshalb aber der Rundfunk vorher durch seinen Anführer behaupten ließ, daß es sich um die ganz allgemeine Definition der geistigen Anfertigung eines Dichters in einer fremden Sprache handelte, war nicht verständlich, wenn man nicht annehmen wollte, daß es nur darum geschah, weil eine simple Buchkritik eben nicht in den Rahmen der Abendveranstaltung gepaßt hätte. Im Anschluß daran hat Erika Mann ein charakteristisches Kapitel aus dem „Zauberberg“. Sehr ergiebig an geistigen Werten oder an Stoff zu angenehmer Unterhaltung war jedenfalls dieser Abend nicht. Aktuell und daher hörenswert war der Vortrag des Stadtmedizinalrats Dr. v. Prigall über „Typhusentstehung und Typhusverbreitung“. Eugenie Schwarzwald, deren Name bei uns durch ihre tatkraftige Hilfe in Zeiten der Not einen so rühmlichen Klang gewonnen hat, las am Nachmittag eine nette Geschichte voller Menschlichkeit. Aber war es nötig, daß Eritas Kammerorchester nach Leoncavallos „Mattinata“ und Urafs Marsch „Per aspera ad astra“ Mozarts anmutige „Kleine Nachtmusik“ vergewaltigte?

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 20. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4-6 Uhr abends: Jugendbühne (Sendspiele). Szenen aus „Don Carlos“ von Friedrich v. Schiller. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater und Filmdienst. 6.20 Uhr abends: Dr. Dr. E. Frey: Kriminalpsychologie. 6.45 Uhr abends: Dr. H. Ziemann: Die hygienische Erhebung der Tropen. 7.15 Uhr abends: Dr. Karl-Heinz Kunert: Der Umtausch der Markenscheine der Länder und Gemeinden (Zum Ablauf der Anmeldefrist am 1. November 1926). 7.45 Uhr abends: Einführung zu dem Sendeispiel „Schwarzwalddädel“ am 21. Oktober 1926. 8.15 Uhr abends: Dr. Leopold Schmidt spricht über Beethoven. 8.30 Uhr abends: 90 Jahre Orchestermusik. VII. Dem Gedenken Beethovens (1770 bis 1927) A. Dirigent: Generalmusikdirektor Leo Bloch. Solistin: Frida Kwast-Hodapp, Flögel. 1. Ouvertüre zu „König Stephan“. 2. Klavierkonzert O-Moll. Allegro con brio — Largo — Rondo (Frida Kwast-Hodapp). 3. Sinfonie Nr. 2, D-Dur, op. 36 Adagio molto (Allegro con brio) — Larghetto — Scherzo (Allegro) — Allegro molto (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetter-

Dienst Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kernbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kernbach).

Königswusterhausen, Mittwoch, den 20. Oktober.

12-12.30 Uhr nachm.: Lektor Granden und Walinski: Französisch für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: Stad.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Stad.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Uhlmann: Die Arbeit in der Sprachenkunde. 4.30-5 Uhr nachm.: Aus dem Zentralinstitut. Ankündigungen. 5-6 Uhr abends: Prof. Dr. Weber, Halle: Ueber die Gründe des Verfalls der antiken Weltreiche. 6.30-7 Uhr abends: Geh. Reg.-Rat Dr. Demuth: Die Bedeutung der Handelshochschule. 7-7.30 Uhr abends: Dr. Gentges: „Dichterstände“: Böhme, Novalis, Stehr, Bürgel. Ab 7.45 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

Sport.

- Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, den 19. Oktober.**
1. Rennen. 1. Casanova (Höflein), 2. Amenophis (Graf), 3. Oltombi (Hoff). Toto: 78 : 10. Platz: 23, 36, 19 : 10. Ferner liefen: Marianne, Nitral, Hehrheim, Peros de Reg., Casard, Viktoria, Bolter, Primo, Ingo, Sejo.
2. Rennen. 1. Theoderich (Sinz), 2. Nea Diana (K. Lortz), 3. Favorit (Koch). Toto: 45 : 10. Platz: 21, 31, 41 : 10. Ferner liefen: Original, San Rario, Pollet, Bagelors Quartier, Palladio, Silberke, Pers, Otfried, Prozedis, Nitpreuze.
3. Rennen. 1. Conca Gora (Diekmil), 2. Corax (Sinz), 3. Walsart (Kienler). Toto: 120 : 10. Platz: 33, 33, 19 : 10. Ferner liefen: Schöne, Blau Diana, Großinquisitor, Fürstendamm, Heisenheim, Campagner, Javor, Deryog Christoph.
4. Rennen. 1. Saturn (L. Barga), 2. Großritter (Dr. Bengel), 3. General Oker (Fugentis). Toto: 61 : 10. Platz: 29, 37, 26 : 10. Ferner liefen: Goldenes Horn, Lindwurm, Hanna, Fürst Emma, Kronos, Palamedes, Nutria, Diktator, Sigmund, Rantius, Bella.
5. Rennen. 1. Oria (H. Lortz), 2. Die Strifanerin (L. Barga), 3. Otiogebirg (K. Lortz). Toto: 64 : 10. Platz: 23, 23, 23 : 10. Ferner liefen: Saladin, Brünne, Verona II, Leonardo, Frage, Kancilla.
6. Rennen. 1. Wilder (Jenzig), 2. Vertram (Rarr), 3. Toledo (Williams). Toto: 115 : 10. Platz: 23, 13, 16 : 10. Ferner liefen: Walpartus, Great Gala, Pan Robert, Lebenslauf, Countryride, Brigant, Gourmet.
7. Rennen. 1. Edda (L. Barga), 2. Fuge (Williams), 3. Kitzneil (Diekmil). Toto: 45 : 10. Platz: 13, 24, 23 : 10. Ferner liefen: Ogel, Selbstträger, Siegeszug, Rheinlein, Ex est.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Zeitweise heiter und sehr kühl. Stellenweise Nachfröste. Keine nennenswerten Niederschläge. — Für Deutschland: Im Norden und Süden trocken und heiter, verbreitete Nachfröste. Auch im Nordosten sehr kühl. Strichweise Frost, anfangs noch Neigung zu leichten Niederschlägen.

„Halpaus Mocca“!

bin stolz darauf, nach so kurzer Zeit schon ein Freund der Berliner zu sein. Wäre das möglich, wenn ich nicht eine besonders gute und besonders preiswerte Cigarette wäre?

5

ARNAUD

Sozialistische Wirtschaftspolitik

Aufgaben der Steuerpolitik.

Die Forderungen der Sozialdemokratie.

Von Paul Herh.

In den Inflationsjahren waren die Lohn- und Gehaltsempfänger die einzigen Steuerzahler. Jahrelang hat die finanzielle Last des Reiches fast allein auf ihnen geruht. Lohnsteuer und Umsatzsteuer waren in dieser Zeit die einzigen ertragreichen Steuerquellen. Seit der Stabilisierung der Währung ist das anders geworden. Auch die übrigen Steuerpflichtigen werden jetzt zu den Lasten des Reiches herangezogen. Wie groß der Fortschritt ist, zeigt am besten die Tatsache, daß der Anteil der Lohnsteuer an der Einkommensteuer, der in der Inflationszeit bis zu 90 Proz. betrug, im ersten Halbjahr 1926 auf 41 Proz. gesunken ist. Neben der Steigerung der Steuerleistungen der Besitzenden ist das die Folge der Erhöhung des Existenzminimums von 50 M. monatlich auf 100 M. monatlich innerhalb von 13 Monaten.

Trotz alledem hat sich die soziale Verteilung der Gesamtsteuerlasten nicht wesentlich geändert. Ein Teil der Besitzsteuern ist noch immer nicht wirksam geworden. Der Ertrag der Vermögenssteuer ist sehr gering, der der Erbschaftsteuer, die in England mehr als eine Milliarde Mark bringt, vollkommen bedeutungslos. Infolgedessen trägt die Massenbelastung immer noch etwa 70 Proz. der Gesamtsteuerlast des Reiches. Die Umsatzsteuer, die früher die Hauptrolle spielte, ist zwar von 2½ auf ¼ Proz. abgebaut worden. Ihr Ertrag hat sich entsprechend verringert. Dafür aber ist der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern so stark gestiegen, daß er die Mindereinnahme bei der Umsatzsteuer vollkommen ausgeglichen hat. Durch den Einfluß der Sozialdemokratie ist zwar gesetzgeberisch mancher wichtige Fortschritt erzielt worden, er hat sich aber noch nicht voll ausgewirkt und ist auch nicht ausreichend, um die von der Sozialdemokratie erstrebte soziale Lastenverteilung zu sichern.

Da die Finanzlage des Reiches sich trotz der Wirtschaftskrise verhältnismäßig günstig entwickelt hat, erdnt auf neue der Ruf nach Abbau der Steuern. Am stärksten bei denjenigen, die bisher am wenigsten zu den Lasten des Reiches beigetragen haben. Man will sogar den Ueberdruck von zwei Milliarden, den das Reich 1924 zum größten Teil aus Massensteuern erzielt hat, jetzt zum Abbau von Besitzsteuern verwenden. Darin zeigt sich die völlige Entwöhnung der Besitzenden von einer regelmäßigen Steuerleistung. Denn während die Lohn- und Gehaltsempfänger auch in den allerschwersten Verhältnissen regelmäßig ihre Steuern entrichten mußten, hat bei den Besitzenden viele Jahre keine Veranlagung stattgefunden. Gegenwärtig ist die erste ordentliche Veranlagung auf Grund der neuen Steuergesetze im Gange. Ihre korrekte Durchführung liegt sowohl im Interesse des Steuerfiskus wie der Steuerpflichtigen, denn nur eine ordentliche Veranlagung führt zu einer gleichmäßigen Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit.

Die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die die wichtigste finanzpolitische Aufgabe des Winters ist, wird den Anlaß zu Steuerkämpfen großen Ausmaßes bieten. Länder und Gemeinden kämpfen gegen das Reich um ihre finanzielle Selbstbehauptung, das Reich um seine Finanzhoheit und die allgemeinen Wirtschaftsinteressen. Es besteht die große Gefahr, daß dieser Kampf auf dem Rücken der breiten Massen des Volkes ausgetragen wird. Die Besitzenden aller Schattierungen verlangen von dem Finanzausgleich eine Ermäßigung ihrer Lasten und erstreben gleichzeitig die Neubelastung der Besitzlosen. Ihre Absicht ist, diejenigen niedrigen Einkommen, die das Reich bisher aus sozialen und finanziellen Gründen steuerfrei gelassen hat, Ländern und Gemeinden zur Besteuerung freizugeben.

Diesen Plänen wird die Sozialdemokratie den schärfsten Widerstand entgegen setzen. Sie kann nicht dulden, daß Einkommen, das nicht einmal zur Bestreitung der bescheidensten persönlichen Lebensansprüche ausreicht, zur Deckung der allgemeinen Kosten der öffentlichen Körperschaften herangezogen wird. Würde man das tun, so würde man das bisherige soziale Bemühen, das im deutschen Steuersystem vorhanden ist, preisgeben und statt der Leistungsfähigkeit die soziale Hilfsbedürftigkeit zum Maßstab der Steuerfestsetzung machen. Das Ziel der Sozialdemokratie ist vielmehr eine weitere Entlastung der Massen. Der Weg dazu ist die weitere Heraushebung der steuerfreien Grenze bei der Lohnsteuer und ihre stärkere Anpassung an die individuellen Verhältnisse der Steuerpflichtigen. Ohne diese sozialen Erwägungen verliert die Lohnsteuer ihre Berechtigung, würde sie zum Ausnahmefaktor gegen die ehrlichsten und pünktlichsten Steuerzahler werden.

Zu diesen Forderungen steht die Sozialdemokratie sich veranlaßt, weil ein erheblicher Teil der Massenbelastung der selbständigen Regelung durch das Reich entzogen ist. Zölle und Verbrauchssteuern sind auf Grund der Dames-Gesetze dem Auslande verpfändet und können ohne die Zustimmung der Reparationsgläubiger nicht ermäßigt werden. Wenn es auch zweifelhaft sein mag, was gegenwärtig dem sozialen Interesse der Lohn- und Gehaltsempfänger mehr entspricht, die weitere Senkung der Lohnsteuer oder die Ermäßigung der Verbrauchssteuern, so ist infolge der außenpolitischen Bedingungen in den nächsten Jahren die Verbrauchssteuerlast kaum

anzutasten, so daß der Ausgleich nur durch die Ermäßigung der Lohnsteuer gefunden werden kann. Daneben muß allerdings mit allen Mitteln versucht werden, durch eine zweckmäßigere Gestaltung der Branntweinbesteuerung die Voraussetzung für eine völlige Beseitigung der Zuckersteuer zu schaffen. Der notwendige Lebensbedarf darf durch Steuerlasten nicht verteuert werden, zumal wenn, wie beim Zucker, die Ausdehnung des Verbrauchs eine auch wirtschaftspolitisch außerordentlich notwendige Maßnahme ist.

Eine solche Steuerpolitik ist nicht nur ein Mittel für eine sozialere Verteilung der Steuerlasten, sondern zugleich ein wichtiger Hebel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und ein notwendiger Weg zur dauernden Gesundung des Wirtschaftslebens. Ist der Sinn der kapitalistischen Steuerpolitik der Schutz des Kapitals, so ist der Sinn einer sozialistischen Steuerpolitik der Schutz der Arbeitskraft.

Sozialdemokratie und Industriegewirtschaft

Produktionsförderung für die Gesamtheit.

Von Frh Raphael.

Die Sozialdemokratie ist in Deutschland mit der Industrie groß geworden. Ihre Grundauffassung von der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der modernen Wirtschaft beruht seit Karl Marx auf der Ueberzeugung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse, die Hebung des Massenwohlstandes und die Ueberwindung des Kapitalismus zur Voraussetzung hat: die volle Entfaltung aller produktiven Kräfte. So sehr die Sozialdemokratie stets als Kritikerin des herrschenden Industriegewirtschafts aufgetreten ist und so sehr alle ihre Kräfte auf die Ueberwindung dieses Systems gerichtet sind, so fern liegt es ihr, sich von dieser Kritik der Form der Industriegewirtschaft zu einer reaktionären Feindseligkeit gegen die industrielle Entwicklung, in der sich der Produktionsfortschritt unserer Zeit ausdrückt, verleiten zu lassen. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind für uns zwei innig zusammenhängende Gebiete. Unsere Wirtschaftspolitik ist deshalb niemals diktiert von der bloßen Kampfeinstellung gegenüber dem sozialen System, sondern sie ist immer ausgerichtet auf den Aufbau der Produktion, den wir als die Voraussetzung des Werdens einer neuen sozialen Ordnung erkennen.

Es ist Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, schon innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft auf allen Gebieten den Kampf gegen die Interessenpolitik einflussreicher Unternehmergruppen zu führen; sie will den gemeinwirtschaftlichen Geist gegenüber der Orientierung nach dem reinen Profitstreben zur Geltung bringen.

Die volle Entfaltung der industriellen Kräfte ist sowohl ein Problem der Produktionstechnik, als ein Problem des Absatzmarktes für Industrieprodukte. Die Produktionstechnik erfordert bei der modernen Entwicklung der Massenfabrikation in immer höherem Maße eine Zusammenfassung der Unternehmungen in den einzelnen Gewerben. Die unorganische Anhäufung des Besitzes von vielerlei Unternehmungen in einer Hand aus rein finanziellen Gesichtspunkten, wie sie in der Inflationszeit in Deutschland sich im besonderen Maße entwickelt hatte, ist von uns stets als ein Auswuchs kapitalistischer Wirtschaft bekämpft worden, während wir den Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen im Interesse der Rationalisierung des Produktionsprozesses auch dann anerkannt haben, wenn er sich in rein kapitalistischen Formen vollzogen hat. Der Zusammenschlußbewegung, mag sie die Form von Syndikaten oder Trust-

... seit 1825, wo die erste allgemeine Krise ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierter Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängel, so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsehbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen er mangeln der Lebensmittel, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Störung. Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgeschauften Warenmassen unter größerer und geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zu jügelloser Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steerplehase, um endlich nach den halbherzigen Sprüngen wieder anzulangen im Graben des Krachs. Und so immer von neuem. Das haben wir nun seit 1825 volle fünfmal erlebt und erleben es in diesem Augenblicke (1877) zum sechstenmal. Und der Charakter dieser Krisen ist so scharf ausgeprägt, daß Fourier sie alle traf, als er die erste bezeichnete als: crise plethorique. „Krisis aus Ueberfluß“.

In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewalttätigen Ausbruch. Der Warenmarkt ist momentan verengt. Das Zirkulationsmittel, das Geld, wird Zirkulationshinderung; alle Gesetze der Warenproduktion werden auf den Kopf gestellt. Die ökonomische Kollision hat ihren Höhepunkt erreicht: die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise.
Fr. Engels.

bildungen haben, steht die Sozialdemokratie nicht mit reaktionären Forderungen des Verbotes gegenüber, sondern mit dem Anspruch auf gemeinwirtschaftliche Kontrolle derjenigen Gebilde, die ein ordnendes Prinzip in die Wirtschaft hineinbringen können, die es aber nur hineinbringen werden, wenn ihre rein privatkapitalistische Orientierung überwunden wird. Wir wissen, daß die deutsche Industrie in der Weltwirtschaft nur bestehen kann, wenn sie technisch und organisatorisch Schritt hält mit der Entwicklung in anderen Ländern. Wir sind deshalb nicht nur keine Gegner des Rationalisierungsprozesses, sondern wir befürworten eine Wirtschaftspolitik, die die deutschen Unternehmungen zur Rationalisierung zwingt, die nicht darauf gerichtet ist, rückständigen Betrieben eine Rente zu sichern, sondern die die Antriebe zum Fortschritt der Produktionsmethoden verstärkt. Aus diesem Grunde hat die Sozialdemokratie im Widerspruch zu dem größten Teil der deutschen Industrieunternehmer, aber im wahren Interesse der deutschen Industrieentwicklung den Kampf geführt gegen eine Politik der industriellen Hochschutzzölle, die, indem sie die Ausbeutung der Konsumenten am inneren Markte ermöglicht, zugleich zu einer Prämie auf die Rückständigkeit in vielen Fällen wird. Die Sozialdemokratie ist in der Zollpolitik nicht grundsätzlich freihändlerisch, weil sie weiß, daß das freie Spiel der Kräfte oft der Regulierung durch staatliche Maßnahmen bedarf. Aber sie ist eine erbitterte Gegnerin einer Hochschutzzollpolitik, die nicht nur darauf gerichtet ist, in einem gegebenen Augenblick den Vorsprung der zeitlichen Entwicklung von Industrien in Konkurrenzländern auszugleichen, sondern deren Ziel es ist, Monopolrenten am inneren Markt bestimmten Industriegruppen dauernd zu sichern und damit den Druck zur industriellen Rationalisierung zu verringern.

Die Sozialdemokratie sieht neben dem Abbau der Hochschutzzölle als wichtigsten Antrieb für die industrielle Rationalisierung die Erhöhung des Lohnniveaus an. Industrien, deren Rentabilität nur auf der Zahlung von Hungerlöhnen beruht, sind ungelunde Bestandteile der Volkswirtschaft. Die Hebung des Lohnniveaus dient im gleichen Maße dem sozialen Ziel der Hebung des Massenwohlstandes, wie sie wirtschaftlich als Ausleitungsprinzip und als Antrieb zur Verwendung der Arbeitskräfte mit dem höchsten wirtschaftlichen Leistungsgrad wirkt. Die Sozialdemokratie will die Rationalisierung, sie bekämpft es aber, wenn die Ergebnisse der Rationalisierung nur zu einer Hebung der Kapitalrente ausgenutzt werden und nicht zu einer Hebung des Massenwohlstandes. Die Verbilligung der Produktionskosten muß ihren Ausdruck in der Senkung der Preise der Produkte finden. Die Sozialdemokratie fordert deshalb gemeinwirtschaftliche Kontrollen über die Preisgestaltung aller Organisationen, die monopolistisch den Markt beherrschen.

Die Frage der Lohn- und Preisgestaltung im Zusammenhang mit der Frage der Rationalisierung stellt für die Industriegewirtschaft die Verbindung her zwischen dem technischen Problem der Rationalisierung und der Frage der Markterweiterung. Technische Rationalisierung hat zur Voraussetzung eine Verbreiterung der Absatzmärkte. Die Absatzmärkte einer Industrie, wie der deutschen, sind gleichermäßen im Inlande wie im Auslande zu suchen. Es ist eine falsche Theorie, wenn man glaubt, im Interesse der Industrie die Exportförderung auf Kosten der Einschränkung des inneren Verbrauchs betreiben zu können. Die Exportförderung, die auch wir für notwendig halten, und in deren Dienst auch die Politik des Abbaues der Hochschutzzölle zur Erreichung von Gegenleistungen bei Handelsverträgen steht, hängt aus engste zusammen mit der gleichzeitigen Ausdehnung des inneren Marktes für Massenprodukte. Denn nur auf der Basis eines breiten inneren Marktes kann die Industrie zu Produktionskosten gelangen, die ihre Konkurrenzfähigkeit im Export verbürgen. Die Sozialdemokratie ist deshalb der Ueberzeugung, daß eine Lohn- und Preispolitik, die die Hebung des Massenverbrauchs im Inlande fördert, nicht nur dem sozialen Ziel der Hebung des Massenwohlstandes dient, sondern auch gleichzeitig die beste Voraussetzung für die Entfaltung der produktiven Kräfte der Industrie bildet.

Für die Sozialdemokratie steht im Mittelpunkt aller Wirtschaftspolitik der arbeitende Mensch. Sie weiß, daß die Hebung der Arbeitsleistungen abhängig ist nicht nur von materiellen Voraussetzungen, sondern auch von der seelischen Einstellung des Arbeiters zu seiner Arbeit. Die seelische Einstellung des Arbeiters, die zur höchsten produktiven Leistung führt, kann aber niemals erreicht werden, solange der Arbeiter sich nur als Objekt der Wirtschaft, als ausgebeuteter Lohnknecht fühlt. Die Einschaltung des Arbeiters in die verantwortliche Führung der Wirtschaft, deren volle Verwirklichung die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten würde, schon in der Gegenwart mit allen Kräften zu fördern, ist eine Aufgabe, die gleichermäßen um des Aufstiegs der Arbeiterklasse wie um der Förderung der industriellen Leistung willen erfüllt werden muß.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Politik der Produktionsförderung nicht zur Steigerung des Profites, sondern zur Steigerung des Massenwohlstandes. Das gegenwärtige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Arbeitsbeschaffung und Hebung der sozialen Lage der Massen; die gegenwärtige Arbeit steht aber zugleich im Dienste des Kampfes um die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, im Dienste des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft der Zukunft.

Arbeiterchaft und Konsumgenossenschaft.

Ein Mittel sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Die Arbeiterbewegung beruht auf drei Säulen: die eine Säule bildet die politische Bewegung, verkörpert in der Sozialdemokratischen Partei, eine zweite die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten, Arbeiter und Beamten, die dritte die genossenschaftlichen Organisationen. Diese drei Körperschaften arbeiten bemüht darauf hin, die heutige privatkapitalistische Wirtschaftsform in die Gemeinwirtschaft umzugestalten. Eine nicht unwichtige Rolle spielen hierbei die Konsumvereine. Es haben deshalb schon frühzeitig sowohl die Sozialdemokratie als auch die gewerkschaftlichen Organisationen sich für Beteiligung an den Konsumgenossenschaften ausgesprochen.

Die gegenwärtige hochentwickelte Wirtschaftsform ist die auf Profitstreben beruhende

Produktion für den Markt.

die den Arbeiter trennt von den Arbeitsmitteln und Arbeitsprodukten und ihm nur einen Teil des Arbeitsvertrages zu kommen läßt. Die Produktion für den offenen Markt erfordert zeitweilige Höchstspannung der Arbeitskraft und hat Vorratsproduktion zur Folge. Ist der Markt mit Waren überfüllt und fehlt genügende Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes, so tritt Absatzstörung und damit Entlassungen der Arbeitskraft ein. Arbeitslosigkeit, Krisen sind die Folge dieser privatkapitalistischen Wirtschaft.

Die Konsumgenossenschaften arbeiten nicht für den Markt, sondern für den Bedarf.

Auf der Grundlage des organisierten Konsums bauen die Konsumgenossenschaften die Produktion auf. In der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft wird es deshalb auch keine Krisen im heutigen Sinne geben. Hochkonjunktur und wirtschaftlicher Niedergang sind Erscheinungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. Diese zu bekämpfen, muß Aufgabe der Arbeiterchaft sein.

Die Arbeiter in den Genossenschaftsbetrieben sind nicht, wie die in den privatkapitalistischen, losgerißt von den Arbeitsmitteln und Arbeitsprodukten, denn sie sind ja Mitglieder der Konsumgenossenschaft und damit Mitbesitzer der der Genossenschaft gehörenden Produktionsmittel. Je mehr die Angestellten, Arbeiter und Beamten den Mahnruf ihrer Parlamente beherzigen, um so mehr Produktionsmittel können der privatkapitalistischen Wirtschaft entzogen werden. Diese der privatkapitalistischen Wirtschaft entzogenen Produktionsmittel können nicht mehr zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen benutzt werden.

Die Konsumvereine haben sich zum Trotz ihrer Gegner und auch trotz vieler beherrschender Schichten, namentlich in der Vorkriegszeit, durchgesetzt. Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine sind

heute 1100 Konsumvereine mit 3 382 000 Mitgliedern

angeschlossen. Es dürften somit, da in der Regel jedes Mitglied eine Familie verkörpert, circa 17 Millionen Menschen von der Konsumgenossenschaftlichen Organisation erfasst sein. Die Warenverteilung sowohl als die Warenherstellung liegt in den Händen der örtlichen Konsumvereine und der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die Letztere verfügt zurzeit über 39 Produktionsbetriebe, in denen 3068 Arbeiter beschäftigt werden. In den Handels- und Produktionsbetrieben der GCS. werden 4327 Personen beschäftigt. Die Produkte der Großverkaufs-Gesellschaft sind in den Abgabestellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung zu haben. Neben diesen 39 vorhandenen Produktionsbetrieben hat die Großverkaufs-Gesellschaft für die nächsten Jahre circa 25 Millionen Mark bereitgestellt um Handels- und Produktionsstätten neu zu errichten bzw. auszubauen. Die Betriebe der GCS. erfreuen sich eines stetigen Wachstums, und es ist anzunehmen, daß im Laufe der nächsten Jahre diese Vorhaben noch wesentlich erweitert werden und weitere Millionen zum Ausbau zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, unsere örtliche genossenschaftliche Organisation, hat mitgeteilt, daß sie in ihrem letzten Berichtsjahr einen Umsatz von 33 Millionen Mark gehabt hat. Sie zählt über 133 000 Mitglieder und beschäftigt 2028 Personen, davon 700 in der Warenproduktion. In 250 über Berlin verteilten Abgabestellen können die Mitglieder ihren Bedarf decken. Aus der Ertrübrigung des letzten Geschäftsjahres fließt fast 1 Million Mark in die Taschen der Mitglieder zurück. In der Privatwirtschaft wäre dieser Betrag Eigentum des Kapitalisten.

Die genossenschaftliche Organisation hat in Berlin später festen Fuß fassen können als in anderen Städten. Die Berliner Bevölkerung stand anfänglich der Bewegung zum großen Teil ablehnend gegenüber. In den letzten Jahren der Vorkriegszeit jedoch hatte sich die Situation geändert. In einem beispiellosen Aufschwung hat sich die Organisation über viele andere Konsumvereine hinweggesetzt und wird heute nur übertroffen von der Hamburger genossenschaftlichen Organisation. Berlin mit seinen auf eng begrenztem Gebiet wohnenden 4 Millionen Menschen kann und muß für die genossenschaftliche Organisation viel leisten. 500 000 bis 600 000 Mitglieder müssen für die Berliner Organisation gewonnen werden können, aber nicht nur Mitglieder, die auf dem Papier stehen, tätige Mitglieder sollen es sein.

Die Arbeiterfrau, die den fargen Lohn ihres Mannes verwendet, um beim Privatkapitalisten Ware einzukaufen, übermittel damit das Geld wiederum der Privatwirtschaft. Verwendung sie es zum Einkauf in der Genossenschaft, so stoppt sie den Kreislauf in der privatkapitalistischen Wirtschaft und

fördert die genossenschaftliche Organisation.

Auf der Grundlage des organisierten Konsums bauen die Genossenschaften ihre Eigenproduktion auf. Je mehr die Mitgliederfrauen der Leitung einer Genossenschaft die Möglichkeit geben, einen großen Verbrauch dieser und jener Waren festzustellen, desto mehr wird zur Eigenproduktion übergegangen; der privatkapitalistischen Wirtschaft werden Produktionsstätten und Produktionsmittel entzogen. Die Spargroschen der Arbeiterfamilie gehören in die Kasse der Konsumgenossenschaft. 1 1/2 Millionen solcher Gelder verwalte die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung für ihre Mitglieder. Auch diese Gelder sind der privatkapitalistischen Wirtschaft entzogen und der Gemeinwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Wenn wir Berliner heute nach Lichtenberg gehen und dort die Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung besichtigen, so erblicken wir in diesen Anlagen Wahrzeichen proletarischer Kraft und Stärke. Diese Anlagen sollen in den nächsten Jahren noch wesentlich erweitert werden; auch in anderen Bezirken Groß-Berlins werden Produktionsstätten errichtet. Wenn wir nach anderen Städten fahren und dort genossenschaftliche Einrichtungen sehen, so dienen die dortigen Betriebsanlagen den gleichen Zielen, sie sind geschaffen von gleichbedeutenden, gleichfahrenden Angestellten, Arbeitern und Beamten. Dies sind auch

die Stätten, die wir, die gegenwärtige Generation, späteren Generationen übertragen, die sie von uns erben. Wir waren nicht in der Lage, von unseren Vorfahren solch Erbe anzutreten. Unsere Nachkommen sollen bessere Verhältnisse vorfinden, als wir sie ererbt haben, deshalb gilt unsere Gegenwartsarbeit nicht nur uns, sondern auch der kommenden Generation.

Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen sind auch diejenigen Stellen, in denen wir Wirtschaftsführer heranbilden können. Es darf die Arbeiterchaft mit besonderem Stolz erfüllen, wenn sie hört, daß die Führung der Geschäfte innerhalb der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen in ihrer Sorgfalt und in ihrer kaufmännischen Richtigkeit sich vor keinem privatkapitalistischen Betrieb zu verbergen braucht. Daß in den Konsumgenossenschaftlichen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anders geregelt, das Zusammenarbeiten zwischen Geschäftsführung und Angestellten und Arbeitern ein harmonischeres ist, als in der Privatwirtschaft, ist selbstverständlich. Trotz weitgehender Demokratie herrscht in der Ausführung, in der Erledigung der Arbeit eine Exaktheit, an der sich mancher Privatbetrieb ein Beispiel nehmen dürfte. Das Bewußtsein, einer gemein-

Die Wirtschaftspolitik muß

Brot und Arbeit für alle schaffen, auf die Preise regulierend einwirken, schrankenlose Profitwirtschaft eindämmen, der Arbeitskraft ihren Anteil am Ertrag sichern, die Mitbestimmung des Volkes auf Warenproduktion und Verteilung gewährleisten. Das Volk soll Herr seiner Wirtschaft sein. Das will die SPD.!

Werbt für die Sozialdemokratische Partei!

Samen Sache zu dienen, spornit an zur gemeinsamen Arbeit. Ihr Ziel ist, die sozialistische Wirtschaft herbeizuführen. Daß die Konsumvereine bei dieser Umgestaltung der Wirtschaft eine hervorragende Rolle spielen, hat kein Geringerer als Karl Kautsky schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in seiner Broschüre „Konsumvereine und Arbeiterbewegung“ vorausgesagt. Er schrieb dort u. a.:

„Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu spielen. Und was ist denn das Bild, welches wir uns von der sozialistischen Gesellschaft entwerfen, anderes, als das einer ungeheuren Konsumgenossenschaft, die gleichzeitig eine Produktionsgenossenschaft ist, deren Betriebe für den Konsum ihrer Mitglieder produzieren.“

Diese Mahnungen der Arbeiterparlamente und ihrer führenden Persönlichkeiten müssen von der Arbeiterchaft befolgt werden, wenn sie Herr ihrer selbst, frei werden will vom kapitalistischen Joch!

A. Mirus.

Sozialdemokratische Agrarpolitik.

Von Dr. Fritz Baade.

Die Sozialdemokratie ist die Partei der breiten Massen in Stadt und Land. Ihr höchstes Ziel ist es, der Arbeit all überall den höchsten Ertrag zu sichern, den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen und die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des ganzen Volkes diesem einen Ziel: der Hebung des Wohlstandes der breiten Massen, der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lebenshaltung dienlich zu machen. Nicht weniger als für die Massen der Industriearbeiter fühlt sich jedoch die Sozialdemokratie für die vielen Millionen Landarbeiter, Pächter und selbständiger Bauern verantwortlich, die dem Boden und der Natur in unermüdlicher Arbeit ihren Lebensunterhalt abringen. In den Mittelpunkt der Agrarpolitik muß daher die

die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

gestellt werden, jene Aufgabe, in der sich die Interessen der Industriearbeiterchaft und die der schaffenden Landbevölkerung in der vollkommensten Weise vereinigen.

Für die Industriearbeiter und die Massen der städtischen Angestellten und Beamten ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung eine Lebensfrage. Die Steigerung der Arbeitsleistung, die Anstrengung, die das immer stärker und nervenanspannendere Tempo des modernen Arbeitsprozesses bedingt, ist nur möglich, wenn die deutsche Arbeiterchaft sich eine sehr viel reichlichere und vor allem auch in der Qualität bessere Ernährung verschaffen kann, eine Ernährung etwa nach dem Muster der englischen und amerikanischen Arbeiterchaft, für die nicht mehr Kartoffeln und Schwarzbrot die Hauptnahrungsmittel sind, sondern vor allem Fleisch, Gemüse, Obst, Butter und Eier in reichlichen Mengen und ausgefuchten Qualitäten. Eine derartige Steigerung und Verbesserung der Massenernährung bedeutet aber eine gewaltige

Steigerung der Nachfrage nach Agrarerzeugnissen.

Dabei ist es die entscheidendste Frage, daß diese zusätzlichen Lebensmittelmengen nicht nur überhaupt erzeugt, sondern daß sie auch vor allem zu billigen Preisen erzeugt werden.

Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ohne Verteuerung der Produktion, das ist daher die Forderung, die die Gesamtwirtschaft in der Agrarfrage aufzustellen hat. Es besteht wenig Hoffnung, daß die Lösung dieser Aufgabe, gleichzeitig viel und gleichzeitig billig zu produzieren, für die europäischen Industriestaaten noch einmal von der überseeischen Landwirtschaft übernommen wird. Auf der ganzen Welt sind die besten Böden überall bereits in Kultur genommen und jede Ausdehnung der Produktion auf neue Böden würde daher eine Erhöhung der Produktionskosten, eine Steigerung der Lebensmittelpreise und einen Druck auf

Alle Oekonomen, sobald sie das gegebene Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit, von Profit und Arbeitslohn besprechen und dem Arbeiter beweisen, daß er keinen Anspruch habe, an den Chancen des Gewinnes teilzunehmen, ihn überhaupt über seine untergeordnete Rolle gegenüber den Kapitalisten beruhigen wollen, heben ihn gegenüber hervor, daß er im Gegensatz zum Kapitalisten eine gewisse Jgität des Einkommens, mehr oder weniger unabhängig von den großen Wagnissen des Kapitals, besitzt. Ganz wie Don Quixotte den Sancho Panza tröstet, daß er zwar Prügel bezieht, aber auch nicht nötig hat, tapfer zu sein. Racl. Marg.

die Realitäten bedeuten. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, mit dem sich die Menschheit seit den Uranfängen der Wirtschaft in einem immerwährenden Kampfe befindet, ist einmal im vorigen Jahrhundert durch die Erschließung der fruchtbarsten jungfräulichen Böden in Uebersee überwunden worden. Die Folge jener Ueberwindung dieses Gesetzes war eine gewaltige Erweiterung des Nahrungsmittelspielraums für alle Kulturvölker der Erde.

Wenn jener Aufschwung der Gesamtwirtschaft von der industriellen Seite her, der dem Denken der europäischen Völker schon fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, nicht ein jähes Ende finden soll — und viele Anzeichen, vor allem im Wirtschaftsleben Englands und Deutschlands deuten ja auf die Gefahr eines solchen Stützstandes und einer allgemeinen Stagnation hin —, so ist es nötig, nochmals einen entscheidenden Schlag gegen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrage zu führen. Die Entwicklung des Wohlstandes in den europäischen Industriestaaten ist davon abhängig, daß es gelingt,

neue Reserven der Lebensmittelerzeugung zu erschließen.

Reserven der landwirtschaftlichen Produktion, um neue Lebensmittelmengen gleichzeitig reichlich und gleichzeitig billig schaffen zu können. Da die extensiv Landwirtschaft der überseeischen Länder diese Forderung nicht mehr zu erfüllen vermag, muß sich Europa nach den Reserven der Produktion in der heimischen Landwirtschaft umsehen. Es muß sich erinnern, daß in der europäischen Landwirtschaft, vor allem in den bäuerlichen Gebieten noch gewaltige Reserven der landwirtschaftlichen Erzeugung unausgenutzt liegen, daß insbesondere die modernen technischen Verfahren erst in einem ganz geringen Umfange in der bäuerlichen Landwirtschaft ausgenutzt sind. Die ungeheuren Fortschritte, die die Wissenschaft und Technik im letzten Jahrhundert für den Landbau erschlossen hat, die Anwendung von Kunstdünger, von Maschinen, von hochwertigem Saatgut, Kraftfuttermitteln und leistungsfähigen Tierassen haben bisher erst in recht geringem Umfange in der Landwirtschaft Verbreitung gefunden. In der überwiegenden Mehrheit der Bauernwirtschaften war beispielsweise vor dem Kriege der Kunstdüngerverbrauch noch nahezu unbekannt. Lediglich ein Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Flächen erhielt vor dem Kriege in Deutschland eine künstliche Düngung. Eine Ausbreitung aller dieser Fortschritte in der gesamten Landwirtschaft würde nicht nur die Erzeugung an Getreide, Kartoffeln, Futtermitteln gewaltig vermehren, sondern sie würde gleichzeitig auch die Produktionskosten herabsetzen.

Diese Fortschritte in der Anwendung moderner Methoden sind gleichzeitig das beste und sicherste Mittel,

das Los der Landbevölkerung selber zu verbessern

und ihre wirtschaftliche Lage zu heben. Daß moderne technische Methoden, die in rationellen Betrieben schon seit Jahrzehnten mit dem allerleichtesten Erfolge angewendet werden, sich in der großen Masse der Bevölkerung noch so wenig ausbreiten konnten, ist keineswegs die Schuld der bäuerlichen Bevölkerung selber. Es liegt hier vielmehr ein Versagen der staatlichen Fürsorge für die Landwirtschaft vor, eine Unterlassungsünde des alten kaiserlichen Deutschlands, die sich den vielen Sünden und Unterlassungen dieses Regimes würdig an die Seite stellt. Man wollte in der bäuerlichen Bevölkerung und in der Landwirtschaft sich vor allem eine gefügige Masse von Untertanen erhalten, von guten Rekruten und treuen Dienern des Herrscherhauses. So hat man alles getan, um die Gehirne der bäuerlichen Bevölkerung zu schonen, und ein Uebermaß von Bildung dem Lande fernzuhalten. Man hat in konsequenter Durchführung dieses Grundgedankes das Volksschulwesen auf dem Lande bis zum Kriege in einem sehr rückständigen Zustand erhalten. Für die hochwichtige Aufgabe der sachlichen Ausbildung des bäuerlichen Nachwuchses, für das niedere landwirtschaftliche Schulwesen hat man fast nichts getan. Raum in dem vierten Teil der preussischen Landkreise war vor dem Kriege eine Winterschule vorhanden!

Auf diese Weise ist die Ruhbarmachung der modernen technischen Errungenschaften in den Jahrzehnten vor dem Kriege zu einem fast ausschließlichen Privileg des Großgrundbesitzers geworden, der sich trotz seiner Einkommensverhältnisse gestatten konnte, seinen Söhnen eine kostwertige Ausbildung zukommen zu lassen. Und auch wo die Söhne der Großgrundbesitzer es vorzogen, auf diese Ausbildungsmöglichkeiten zu verzichten, um lieber elegante Offiziere als tüchtige Landwirte zu werden, konnte der Großgrundbesitzer es sich leisten, gut ausgebildete Beamte in seinen Dienst zu stellen, die dafür zu sorgen hatten, daß alle Fortschritte der Wissenschaft und Technik für den Betrieb nutzbar gemacht wurden. Die bäuerliche Bevölkerung blieb durch dieses

Bildungsprivileg des Großgrundbesitzes

von all diesen Fortschritten ausgeschlossen und quälte sich weiter mit veralteten Methoden ab, so daß sie bei aller mühevollen Arbeit nur die Hälfte der Erträge erzielen konnte, die auf Grund des heutigen Standes der Technik erreichbar gewesen wären.

Indem die Sozialdemokratie die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den Mittelpunkt ihrer Agrarpolitik stellt, übernimmt sie die Aufgabe, auch auf diesem Gebiet die Sünden des alten Regimes wieder gut zu machen, das Bildungsprivileg des Großgrundbesitzes zu brechen, und den Millionen der bäuerlichen Bevölkerung den Weg zu einer vollwertigen Ausbildung, zur Anwendung der modernen Technik freizumachen. Durch die Vernachlässigung des Bauernstandes haben die Macht- und Großgrundbesitzer des kaiserlichen Deutschlands und die großgrundbesitzenden Kreise, die im alten Preußen die Gesegebung machten, diese Steigerung der Produktion behindert. Die Sozialdemokratie scheut sich nicht, diese Aufgabe, für welche die technischen Voraussetzungen nach den übereinstimmenden Gutachten aller Agrarwissenschaftler durchaus gegeben sind, zu der ihrigen zu machen, und ihre Agrarpolitik in erster Linie auf das Ziel der Produktionssteigerung abzustellen.

Durch eine derartige Produktionssteigerung würde für die wirtschaftliche Lage und für das Wohlergehen der bäuerlichen Bevölkerung unendlich viel mehr geleistet werden, als durch die Erfüllung all der Forderungen, die die großgrundbesitzende Führung der Landwirtschaft unermüdlich aufstellt und für die sie leider auch einen großen Teil der bäuerlichen Bevölkerung gewonnen hat.

Die Erhöhung der Löhle und das Heraustreiben der Lebensmittelpreise schafft keine neuen volkswirtschaftlichen Werte und keine neue Kaufkraft.

Sie kann nur dazu dienen, den breiten Massen der Konsumenten, deren Lebenshaltung sich ohnedies schon an der Grenze des Existenzminimums bewegt, einen Teil ihres Einkommens wegzunehmen, und es an die Landwirtschaft zu übertragen. Durch diese Kaufkraftübertragung wird volkswirtschaftlich nichts gewonnen und es wird gleichzeitig durch eine derartige Politik der Gegenfah zwischen Stadt- und Landbevölkerung, zwischen Lebensmittelerzeugern und Lebensmittellieferanten verewigt. Die Sozialdemokratie stellt diesem unfruchtbaren Programm das Programm der Produktionssteigerung gegenüber; sie schafft den gemeinsamen Boden, auf dem die Interessen der Produzenten und der Konumenten sich vereinigen.

Die Leistungssteigerung in der Schwerindustrie.

Vierzig Prozent Mehrleistung gegenüber dem Vorjahr.

In der deutschen Schwerindustrie hat die planmäßig durchgeführte Rationalisierung eine ganz außerordentliche Leistungssteigerung bewirkt. Zwar blieb noch im August die gesamte Roheisenerzeugung um 60 000 Tonnen hinter der Monatsproduktion des letzten Vorkriegsjahres zurück. Das Erstaunliche aber ist, daß zu dieser Leistung, die nur um 6,6 Prozent hinter der Vorkriegsleistung zurücksteht, nur zwei Fünftel der Hochofen wie früher gebraucht wurden. Vor dem Kriege benötigte man zur Herstellung von 910 000 Tonnen Roheisen 204 Hochofen. In der Inflation setzte bereits die Rationalisierung ein, die erst später ihren sichtbaren Ausdruck fand. 1924 wurden in 138 Hochofen 650 000 Tonnen Roheisen erzeugt; im September 1925 wurde die bereits wesentlich höhere Leistung von 735 000 Tonnen mit nur 96 Hochofen erzielt. Inzwischen ist die Leistung noch weiter gestiegen. Kamen im September des vorigen Jahres auf einen Hochofen 7600 Tonnen, so waren es im August d. J. 10 100 Tonnen oder 31 Prozent je Ofen mehr. So kam es, daß trotz eines Rückganges der in Betrieb stehenden Hochofen von 96 auf 84 die Gesamterzeugung sich noch um 16 Prozent erhöhen konnte.

Gleichzeitig ist aber auch die

Zahl der Arbeiter reduziert

worden. Anstatt der 21 000 Menschen, die im September 1925 in den Hochofen beschäftigt waren, verrichteten im August d. J. 17 000 die gleiche Arbeit. Die Tagesleistung je Arbeiter stieg von 1,17 auf 1,6 Tonnen Roheisen, oder um volle 37 Prozent.

Ähnlich gestaltete sich das Verhältnis bei der Stahlerzeugung. Die Gesamtproduktion betrug im August vorigen Jahres 900 000 Tonnen, im August dieses Jahres 1 140 000 Tonnen. Die Arbeiterzahl ging in der gleichen Zeit von 28 000 auf 25 000 zurück. Die Tagesleistung des Arbeiters erhöhte sich von 1,23 Tonnen auf 1,77 Tonnen Rohstahl oder um volle 44 Prozent.

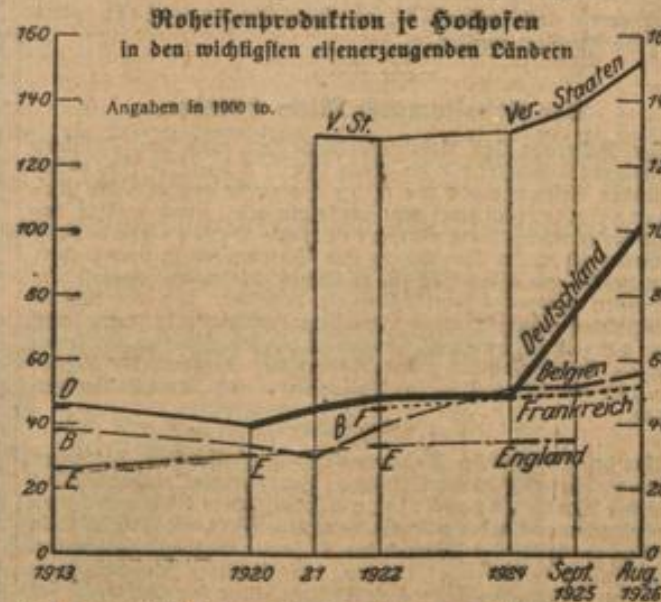
Diese Zahlen zeigen mit großer Deutlichkeit, daß es der Schwerindustrie gelungen ist, bei gleichem Aufwand von Produktionsmitteln und Arbeitskraft ihre Leistungen ganz bedeutend zu erhöhen und damit auch die Produktionskosten zu senken. Wie die Zusammenziehung der Produktion auf wenige Hochofen zur Rationalisierung beigetragen hat, das geht mit besonderer Deutlichkeit aus der nachstehenden Graphik hervor, die für eine Reihe von Ländern über mehrere Jahre hinweg die Roheisenerzeugung auf jeden in Betrieb befindlichen Hochofen darstellt.

Demnach ist es der deutschen Schwerindustrie gelungen, einen ganz wesentlichen Teil des Produktionsvorsprungs der amerikanischen Industrie aufzuholen. Nur daß in Amerika wesentlich höhere Löhne gezahlt werden, während die deutsche Schwerindustrie ihren Arbeitern und Angestellten eine auskömmliche Entlohnung und eine gewisse Beteiligung an den Rationalisierungsgewinnen verweigert.

Haben doch auch die Eisenverarbeiter und -verbraucher keinen Vorteil aus dieser umfassenden Rationalisierung ge-

zogen. Die Preise wurden nicht gesenkt, obwohl der Kostenaufwand bei der Roheisen- und Rohstahlerzeugung wesentlich niedriger ist als früher.

Die bisher gegebenen Zahlen spiegeln ja nur einen Teil der Vorteile wider, die die Schwerindustrie aus der Zusammenziehung der Produktion gezogen hat. Mit der Konzentration der Eisen- und Stahlgewinnung auf verhältnismäßig wenige Ofen mit



einer geringen Arbeiterzahl wird nicht nur an Produktionsmitteln und an Löhnen gespart, es tritt vielmehr auch eine Kohlenersparnis ein. Die Tatsache, daß die Schwerindustrie heute als eine der größten Kohlenverbraucher zur annähernd gleichen Produktion wie vor dem Kriege bedeutend weniger Kohle benötigt, ist eine der stärksten Gründe für die Kohlenabsatzkrise, die bis zu Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks auf dem deutschen Kohlenbergbau lastete. Weitere Vorteile erzielte die Schwerindustrie durch den Zusammenschluß ihrer größten Werke zu einem einheitlichen Trust, der nach seinen eigenen Angaben infolge der besseren Organisation allein 40 Millionen Mark an Lagerhaltung spart. Der Abschluß des internationalen Eisenpats, der kürzlich vollzogen wurde, hat die Gewinnaussichten der eisenerzeugenden Industrien weiter gesteigert. Während nämlich bisher ein wesentlicher Teil durch die Hochhaltung der Preise unter dem Schutz hoher Zölle erzielten Sondergewinne dazu verwendet wurden, um im Ausland mit Schleuderpreisen konkurrieren zu können, also als direkte Zuschüsse für den Export wieder verausgabt wurden, fällt diese Notwendigkeit nach dem Abschluß des internationalen Stahlartells fort, weil die gegen-

seitige Konkurrenz der großen Stahlproduzenten weitgehend ausgeschaltet wird.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn schon bisher, also noch vor dem Inkrafttreten des Stahlartells, die Abschlüsse der Schwerindustrie verhältnismäßig günstig waren, obwohl sicherlich große Beträge der erzielten Gewinne in den Bilanzen nicht zum Vorschein kommen, sondern zum weiteren Ausbau der Werke verwendet wurden. Das schwerindustrielle Kapital hat, wie die vorstehenden Angaben zeigen,

außerordentlich hohe Rationalisierungsgewinne

erzielt, und dies auf Kosten der Verbraucher und der Arbeiter. Noch jetzt wird die Produktion, um die Preise hochhalten zu können, planmäßig gedrosselt. Von einer Preisfrennung, die den Absatz erweitern könnte, und damit auch der freigegebenen Arbeiterschaft wieder Beschäftigungsmöglichkeit bieten würde, ist ebensowenig die Rede wie von einer Erhöhung der Löhne, die die Kaufkraft der beschäftigten schwerindustriellen Arbeiter entsprechend der von ihnen geforderten Leistung steigert und den Absatz anderer Waren begünstigt.

So ist die deutsche Schwerindustrie als ein Beispiel dafür anzusehen, wie die Rationalisierung nicht durchgeführt werden darf, ohne daß das übrige Volk darunter leidet. Der ganze Vorgang beweist aufs neue, wie notwendig eine Kontrolle der Kartelle und Trusts durch die Allgemeinheit ist und wie sehr Arbeiter und Verbraucher darauf bestehen müssen, daß eine derartige demokratische Beaufsichtigung der monopolistisch organisierten Rohstoffproduktion im Interesse der Gesamtwirtschaft so bald als möglich durchgeführt werden muß.

Wie weit ist die Gemeinwirtschaft?

Bautätigkeit. — Kapitalverwaltung. — Volksvermögen.

Im Rahmen einer Schrift „Polizei und Wirtschaft“, die der frühere Mitarbeiter des Genossen Robert Schmidt, Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Julius Hirsch, zusammen mit dem Ministerialdirektor Dr. C. Falk soeben hat erscheinen lassen, bringt der erste interessante Zusammenstellungen über den Anteil der öffentlichen an der gesamten Wirtschaft. Nachdem kurz die Verkehrsunternehmungen, besonders Post und Reichsbahn, geschildert worden sind, zeigt der Verfasser, wie schon vor dem Kriege ein wesentlicher Teil der Bautätigkeit auf die öffentliche, die „gemeinnützige“ Bautätigkeit entfiel.

So betrug der Anteil der gemeinnützigen Bautätigkeit an den neu erstellten Kleinwohnungen

im Jahre	in	Proz.
1908	Magdeburg	27
1909	Magdeburg	33
1912	Draunschweig	25
1918	Leipzig	31
1918	Rönnigsberg	44
1914	Halle a. S.	30
1914	Eisen	33
1914	Welfenkirchen	50

Die gemeinnützige Bautätigkeit stellte demnach vielerorts immerhin schon ein Drittel bis zur Hälfte der gesamten Kleinwohnungen. Nach dem Kriege aber ist sie unter dem Druck der Wohnungs-

1/2 Ab 50^h

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ oder „Pip“, die heitere Kost, gratis!

MARGARINE

Rama

butterfein

Gehst Du aus und kaufst Du ein Vergiß nie: Rama butterfein!



Hört, Ihr Frau'n, und laßt Euch sagen... Nach Ozonil müßt Ihr stets fragen!

OZONIL

stellt auf dem Gebiet der selbsttätigen Waschmittel eine Sonderklasse dar. Besser, müheloser und schonender als bisher wird die Wäsche mit Ozonil selbsttätig gereinigt.



Der erste Gedanke

des Morgens sollte Ihrer Gesundheit gelten.

Stuvkamp-Salz

macht froh u. heiter, beseitigt überflüssiges Fett, reinigt das Blut, schafft Energie und Taikraft, regelt die Verdauung, bewirkt gute Funktion der inneren Organe für 3 Pfennige pro Tag.

Originalpackungen zu M. 3.- u. M. 2.- überall erhältlich.

Stuvkamp-Salz-Werk, G. m. b. H., Hamburg

Niederlassung Berlin SW. 68, Alexandrinenstr. 27.

Fernsprecher: Dönhof 8490/91.

KLEINE ANZEIGEN

In der Gesamtaufgabe des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem

sehr billig!

Gummi-Mäntel

für Herren, Damen und Kinder

vorrätig und nach Maß

Pelerinen, Windjacken, Reparaturen

Spezialgeschäft für Regenkleidung

M. Weinheber

C 2, Breite Str. 6.

Neubau-Wohnungen

In Britz, verl. Germania-Fremdenbad, beste Lage, 2 u. 3 Zimmer, Bad, gr. Loggia u. l. XII 26 zu vermieten. Auskunft dortselbst im Wauktür oder Neutölln 7416.

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verh. 102. Handbetriebe Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 6525, 6526

Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4, Tel.: Plätzburg 9831

Ausstellungsräume und Lager: Alexandersstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführg. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

not ganz außerordentlich gestiegen, wie die folgende Uebersicht be- weisen mag. Der Anteil der einzelnen Träger an der Zahl der neuerrichteten Bauten z. B. in Sachen betrug:

	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Reich, Staat	114	115	257	807	201	87
Gemeinden	284	805	1852	808	762	2883
Gemeinnützige Vauver. u. Siedlungsgesellsch.	1644	1229	1274	979	954	1945
insgesamt	2242	2184	2883	2094	1917	4915
Sonstige	1124	990	1078	1183	1711	8242
insgesamt	3366	3174	3961	3277	3628	8157
Deffentl. u. gemeinnütz. in Proz. d. Gesamtzahl	66,6	68,6	72,9	68,9	52,9	60,2

Im Jahre 1926 dürfte im Zusammenhang mit der verstärkten Bautätigkeit, welche die öffentliche Hand im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reichs" entfaltet, der öffentliche Pro- zentanteil weiter gestiegen sein.

Der Anteil der öffentlichen Hand an der Kapitalverwal- tung des deutschen Volkes wird mit folgender Uebersicht dargestellt: Ende Juni 1926 befanden sich in abgerundeten Zahlen bei

85 Kreditbanken	5 400 Mill. M.
3 Hypothekendarlehen	275
Privaten Unternehmungen, also Staats- und Landesbanken	5 675 Mill. M.
Staatst. und Landesbanken	1 725 Mill. M.
Sirozentrale	1 050
Sparbanken einseif. läsch. Giroverges	3 600
Bei öffentlichen Unternehmungen folglich	6 375
Zusammen	12 050 Mill. M.

Es ist also kein Zweifel: Die öffentlichen Banken und Sparkassen haben von den sichtbaren Rücklagen des deutschen Volkes den größeren Teil.

Ueber den gesamten Anteil der öffentlichen Körperschaften am deutschen Volksvermögen gibt Hirsch folgende Schätzung:

Bei einer Gesamtschätzung des deutschen Volksvermögens auf 330 Milliarden Mark nahm Hirsch die öffentlichen Vermögenswerte auf rund 25 Milliarden an. Er legte hierbei etwa folgende Zahlen zugrunde:

Die deutsch. Staatsbahnen werden angenommen mit 20-25 Milliarden, das Vermögen der öffentl. Versicherungsanstalt mit 2 1/2	
alles andere Vermögen an Domänen u. Forsten, Bergwerk, Post, Reichsbahn Kommunalbetrieben, Schulen, Verwaltungsgebäuden, öffentl. Parks	25-30
angenommen, so ergibt die Gesamtschätzung ungef.	50 Milliarden
Davon ab die Schulden der öffentlichen Körper- schaften im Jahre 1918 mit	25
	25 Milliarden

Nach heutigen Grundlagen würde die Schätzung in Reichsmark ungefähre folgendermaßen in Anschaffungswerten lauten:

Reichsbahn	25 Milliarden
Kommunale Betriebe (nach Post)	5
Reichspost etwa	1
	32 Milliarden
Const. öffentl. Vesty unter ungefähre Annahme der Helferrischen Schätzung in Vorkriegs-M. etwa	20
	52 Milliarden

Nach allgemeiner Berücksichtigung der Goldentwertung würden sich heute vielleicht noch etwas mehr ergeben. Der Gesamtbesitz des deutschen Volkes wird von ausländischen Sachverständigen (Alberti) auf ungefähre 250 Milliarden geschätzt; doch mag die Schätzung jetzt wohl etwas niedrig sein. Während also früher die öffentlichen Werte nach Hirsch ungefähre bei einem Sechstel, nach Abzug der Schuld an die Privaten nur bei einem Zwölftel des Gesamtvoll- vermögens lagen, liegen sie jetzt vielleicht bei einem Fünftel. Dabei hat sich freilich eine sehr wesentliche Veränderung ergeben. Damals war das öffentliche Vermögen mit 25 Milliarden Schuldenlast belegt.

Heute besteht zwar die große Reparationsschuld, die über jedes Reichs- und Staatsvermögen hinausgeht, aber die innere Schuld ist fast verschwunden. Sieht man also von der Kriegsschuld ab, so ist rein rechnerisch der Anteil des Besitzes der Deffentlichkeit am Volks- vermögen bedeutend gewachsen.

Wie man sieht, wächst trotz des Widerstandes der Privat- industrie ein immer größerer Teil der Wirtschaft in die Ver- waltung durch die Allgemeinheit hinein. Daron kann weder die Kapitalmacht privater Interessenten noch die reaktio- näre Einstellung gewisser politischer Kreise etwas ändern. Das ist ein Grund mehr für die Arbeiterschaft, die Ueberführung privater Wirtschaftstätigkeit in die öffentliche Hand bemüht zu gestalten, sie nicht der Willkür des Zufalls zu überlassen. Vielmehr muß dieser Prozeß von vornherein mit einem starken sozialen Willen und dem Streben nach möglichster Vollkommenheit plan- mäßig durchgeführt werden.

Der Arbeitsmarkt Mitte Oktober.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage hat nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die Woche vom 11. bis 16. Oktober die gleichen Erscheinungen wie in der Vorwoche gezeigt. Die Ar- beitslosigkeit nimmt zwar weiterhin ab, jedoch erfährt das Tempo dieser Entwicklung eine merkliche Verlangsamung. Der Grund ist in der Beendigung von Saisonarbeiten, insbesondere in der Land- und Bauwirtschaft, zu suchen. Dagegen zeigte sich in den meisten übrigen Industriezweigen, abgesehen von der Metall- und Maschinenindustrie, vielfach langsam fortschreitende, wenn auch langsame Besserung. Neu aufnahmefähig war in stärkerem Maße die Lederindustrie, gut beschäftigt der Bergbau, die Textil-, Leder- und Papierindustrie, das Bekleidungs- und Bekleidungsge- werbe.

Von der Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften. Die soeben erschienene Nummer 20 der „Sozialen Bauwirtschaft“ behandelt das Gebiet der Wohnungsfürsorge, insbesondere die vom privaten Unternehmertum und der privaten Architektenschaft mit allen Mitteln bestmögliche gemeinnützige Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften. Einem Aufsatz Justus von Bruners, des Direktors des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften, über die Aufgaben der Wohnungsfürsorgegesellschaften schließen sich kurze Berichte über die Tätigkeit der einzelnen Wohnungsfürsorgegesellschaften an. Von den gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaften hat allein die D E W O G (Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Be- amte, Angestellte und Arbeiter) mit ihrer Tochtergesellschaft, der G E M G (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bauhilfsgesellschaft) in Berlin während ihres zweijährigen Bestehens 1200 Klein- wohnungen erbaut. Der Volkshaus-G. m. b. H. in Bün- burg ist es gelungen, Zweizimmerwohnungen mit allem Zubehör in Siedlungshäusern für den außerordentlich billigen Preis von 4500 Mark herzustellen. Die von der Bauhütte Nord für diese Siedlung geschlossenen Entwürfe nebst Grundrissen sind abgebildet. Dazu kommen Abbildungen von guten Bauten der älteren Wohnungs- fürsorgegesellschaften. Im übrigen Gegenstand zu der gegenständlichen Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften sehen gewisse schwindel- hafte, zur Ausbeutung der unter der Wohnungsnot leidenden Volks- genossen geschlossenen Unternehmen, von denen in neuerer Zeit wieder einige zum Vorschein gekommen sind. Vor der Beteiligung an solchen Unternehmungen wird gewarnt.

„Metallon“-Nickelwarenfabrik Baer u. Stein A. G. Janierl. Das alte Berliner Nickel-, Kupfer- und Feinblechwarengewerbe in der Alexandrinenstraße, das vor dem Krieg stets 20 bis 30 Proz. Divi- dende abwarf, hatte nach der Inflation ein merkwürdiges Schicksal. Erst dehnte es sich stark aus, von den Hirsch-Kupfer- und Messing- werken erwarb es das Messingwerk in Reinholdsdorf. Als der Bing-Konzern in Rürnberg Hauptbesitzer wurde, wurde mit Baer u. Stein die M. Dannhorn A. G. verbunden, und das Rein- holdsdorfer Werk ging an Hirsch-Kupfer zurück. Es entstand die neue Firma „Metallon“ Vereinigte Nickelwarenfabrik Baer

u. Stein, Bing, Dannhorn A. G., Berlin. Das Geschäft hätte leicht wieder so gut werden können wie früher, aber Direktor Bruno Baer machte Dummheiten und die Firma kam in Gefahr. Die Bing-Werke A. G. zog sich zurück, da aber das Werk als solches nach wie vor gut war, vielleicht Spielten auch persönliche Gründe mit, sprang die Hirsch-Kupfer A. G. wieder ein. Jetzt endlich wird die Firma saniert. Sie hat die ganzen Verlustgeschäfte von Bruno Baer mit allen Forderungen und Schulden (es bleibt ein Verlust von über eine Million Mark) verkauft, wahrscheinlich an Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A. G., und gibt 1,46 Mil- lionen neue Aktien aus, die sie dem Käufer zum Ausgleich überläßt. Die Bilanz für Ende 1925, die auch trotz der schweren Belastung aus den Verlustgeschäften noch einen Gewinn von 37 000 Mark gelassen hatte, wird dadurch gereinigt. Die 4 1/2 Mil- lionen Schulden werden auf 800 000 M. heruntergedrückt, was bei 90 000 M. Bankguthaben, 730 000 M. Außenständen und 1,52 Millionen Borräten und Waren nicht mehr viel ist. Im übrigen hat die Gesellschaft im Jahre 1925 recht gut gearbeitet. Der Brutto- überschuß ist (von 1,26 Mill.) nur auf 1,15 Mill. zurückgegangen, während die Generalkosten viel stärker, nämlich von 1,02 auf 0,89 Mill. saßen. Auch die Zinslasten gingen von 176 000 auf 51 000 M. zurück, die Abschreibungen konnten sogar von 57 000 auf 165 000 M. fast verdreifacht werden. Die Beteiligungen (Dannhorn-Bing-Konzern) mit 491 000 M. sind aller- dings verschwunden. Jedemfalls sind wieder solide Verhältnisse her- gestellt, und die Belegschaft wird es sich merken dürfen, daß Baer u. Stein sich heute auch für eine Dividende auf 2 Millionen (gegen 540 000 M.) stark genug glaubt.

Die Fusion im Sommerfeld-Konzern. Unter der Firma „All- gemeine Häuserbau A. G. v. 1872, Adolf Sommerfeld“ wurde die Fusion der beiden Unternehmungen, die bisher getrennt waren, vollzogen. In der außerordentlichen Generalversammlung der All- gemeinen Häuserbau A. G. am 21. Oktober wurde der Bestand an Baufrägen auf 7 Mill. M. angegeben, etwa in gleicher Höhe wie im Vorjahr, besonders für Behörden und gemeinnützige Baugesell- schaften. Da außerdem mehr Bauprojekte vorliegen, als in den vorhergehenden Jahren, sei — so wurde ausgeführt — damit zu rechnen, daß die Betriebe gute Beschäftigung bieten. Die zu er- wartende Dividende wurde auf 7 Proz. geschätzt.

Abschmangel infolge anzureichernder Kaufkraft. Immer wieder wird es durch die Abschlüsse und die Geschäftsberichte von Aktien- gesellschaften bestätigt, wie sehr die Umsätze in solchen Waren, die man nicht zu den lebensnotwendigen rechnen kann, unter der man- gelnden Kaufkraft der großen Massen zu leiden haben. So macht die Frister u. Rohmann A. G. Berlin, die Schreibmaschinen und Nähmaschinen herstellt, für den ver- ringerten Absatz an Nähmaschinen im Jahre 1925 die durch die sorgfältig zunehmende Arbeitslosigkeit bedingte, immer mehr schwindende Kaufkraft der breiten Massen verantwortlich. Selbst in der sonst günstigen Verkaufszeit des Jahres ließen sich nach den Ausführungen des Geschäftsberichts die Bestellungen nach- lassen. In diesen Ausführungen das Anerkenntnis der Not-wendigkeit liegt, die Kaufkraft der breiten Massen zu heben, hindert dies die Verwaltung nicht, die Forderung nach dem Abbau der von ihr 1925 vorgenommenen Lohnerhöhun- gen zu erheben. Dies soll angeblich der Weg zur Verbilli- gung der Fabrikation sein, die für unbedingt erforderlich erachtet wird; der Geschäftsbericht beklagt, daß gegenüber 1924 die sozialen Lasten auf das Doppelte gestiegen sind. Wenn die Bilanz 1925 bei einem Aktienkapital von 2,076 Millionen Mark einen Verlust von 174 050 M. aufweist, so muß darauf hingewiesen werden, daß hierin 96 148 M. Abschreibungen enthalten sind. Der Geschäftsbericht weist auf den weiteren Ausbau der Schreibmaschinenabteilung hin. Die Ausichten des laufenden Geschäftsjahres können, weil vorerst eine Besserung in der Kaufkraft der Verbraucher nicht zu erwarten ist, als nicht günstig beurteilt werden.

Erweiterung genossenschaftlicher Produktion. Die englische Groß- einaufsgesellschaft, die seit fünf Jahren in eigenen Betrieben Musik- instrumente mit Erfolg herstellt, eröffnete jetzt in Birmingham eine Pianofortefabrik, die wöchentlich 50 Instrumente herzustellen vermag. Bislang sind 1200 Instrumente genossenschaftlicher Herkunft in Gebrauch.

BILLIGE-ANGEBOTE

Kleiderstoffe

Crêpe Dakar	reine Wolle, bedruckt, ca. 100 cm breit, moderne Muster, ... Meter	1 90
Reinw. Pulloverstoffe	neue Muster	2 85
Mantel-Flausch	reine Wolle, ca. 130 cm breit, ... Meter	3 90
Velours	reine Wolle, für Mantel, ca. 130 cm breit, ... Meter	5 90

Trikotagen

Herren-Hosen	mit angerautem Futter, grau und naturfarbig, Gr. 4	2 25
Herren-Hosen	gute wollgemischte Quali- tät, alle Größen	2 45
Herren-Hemden	gute wollgem. Qual., dopp. Brust, alle Gr.	2 90
Damen-Beinkleider	wollgemischt, in allen Größen, Reformfassung 2,90, offen	2 45
Damen-Reformbeinkleider	marin, mit warmem Futter, gute Qual., alle Größen, 5,90, 4,5, 3	3 25

Kleider	aus Crêpe Georgette, gute Qualität, in schönen Farben, mit Glasperlenbesatz	4 95
Mäntel	aus gutem Velours de laine, halb gefüttert, mit Pelztragen, feine Blasenform	5 95
Mäntel	aus gutem Velours de laine, ganz auf reiner Seide gef., Pelztrag, u. Pelzbesatz, sowie unten herum breit. Pelzbesatz	7 95

Fortsetzung des

grossen Handschuh-Verkaufs

Damen-Trikot	und Schwedisch imit., farbig, 2 Druckknöpfe	75 Pf.
Damen-Waschleder-imitation	gute Qualität, gelb und farbig, 2 Druckknöpfe	1 10
Damen-Glacé	Lanzleder, farbig, 2 Druckknöpfe	2 75
Damen-Nappa	ganz gesteppt, 2 Druckknöpfe	3 90
Herren-Trikot	durchgehend gefüttert, farbig, 1 Druckknopf	1 95
Herren-Nappa	ganz gesteppt, 1 Druckknopf	4 90

Schuhwaren

Kinder-Schnürstiefel	schwarz, in verschleffenen guten Ledersorten, ... Größe 22-24	3 90
Damen-Lackschuhe	verschiedene neue Modelle	12 50
Herren-Sportstiefel	in kräftiger Ausföhr. mit Doppel- sohle und wasserdichtem Futter	16 50
Kamelhaarart-Umschlagschuhe	für Damen, mit Fila- und Ledersohle	2 75
Kamelhaarart-Laschenschuhe	für Herren, mit Fila- und Ledersohle	2 75
Kamelhaarart-Schnallenstiefel	mit Fila- und Ledersohle, für Herren 4,75, für Damen	3 75

Seide und Samt

Crêpe Georgette	schwarz und marine	2 25
Hutsamt	Couché, in modernen Farben	2 90
Damassé	für Paas- und Jackenfutter	3 45
Taffet	reine Seide, in sparten Farben	5 75

Strümpfe

Damen-Strümpfe	pa. Qualität, in schwarz u. farb.	95 Pf.
Damen-Strümpfe	pa. Seidenf., Dopp- peln, Hochf. u. Naht	1 45
Damen-Strümpfe	pa. künstl. Seide, m. Florsohle, Hoch- feren und Naht, oder pa. wollplattiert nur in schwarz	1 95
Damen-Strümpfe	prima künstliche Wäsche- seide	2 95
Herren-Socken	pa. reine Wolle, gewebt oder gestrickt	1 95

Jumper	aus modernem Pullover- stoffen, mit langen Ärmeln und Kragen	4 90
Pullover	Reinwolle mit Knospen, mit langen Ärmeln und Kragen, weicher Wollbesatz	7 75
Weste	Wolle, in schöner englischer Aus- stattung	7 50
Unterkleider	knuspr. Tri- kol, viele Farben, kes. preis.	1 75

Theater-Abonnement der Kunstgemeinde des Mittelstandes

Die ungewöhnlich ermäßig- ten Abonnementspreise sind pro Platz wie folgt:	Kategorie IIIb 1 00	Kategorie III 1 50	Kategorie II das letzte Drittel des Parketts und I. Rang 2 25	Kategorie I die beiden ersten Drittel des Parketts, I. Rang-Balkon und Logen 3 00
	III. und II. Rang	Balk. u. II. Rang-Balk.		insl. Abonnement um mindestens 2 Plätze erhöht als Prämie 2 x 2 Freikarten. Anstuf. Prosa- u. Oper. Kasson.

HERMANN TIETZ

Herbst in der Stadt.

Geht der Herbst die dunklen Dächer scheuern,
Stellt die Sonne sich als Helfer ein,
Blüht im blanken Spiel von hundert Feuern,
Will ein frühlicher Gehilfe sein.

Geht der Herbst die bleichen Gassen fegen,
Stöhnt ein armer Baum durch Wind und Wehn:
Darf sich nie zu müder Ruhe legen,
Muß den langen Winter wartend stehn.

Du, guter Freund, dein Los bescheiden,
Wenn der Wind mit fremden Flügeln schlägt,
Denn es steht gleich dir ein Volk in Leiden,
Das die Not der Lage aufrecht trägt.

Großes Volk der engen Erden Sorgen
Schafft, daß Sonne hell in Stuben dringt.
Auch im Winter gilt als neuer Morgen,
Was den neuen Tag der Freude bringt.

Franz Rothenfelder.

Der arme Antonio.

Von Volkmar Ico.

Als der Gutspächter Antonio Calalero am frühen Morgen nach seiner Hochzeit mit zerrauten Haaren und bösen Falten um den Mund in die Küche trat, kroch eine riesige Spinne über das Bild der Madonna, vor der eine rote Oellampe flackerte. Er betraugte sich rasch dreimal nacheinander, ging langsam in den Hof und sah mühsam über das garte Silbergewirr der Agaven, die Zuckerkorffpflanzungen und grünen Maiswogen seines Besitzes. Neben ihm scharrten die Hühner unter den verwelkten Blütenszweigen, Resten, Kalas und Rosen, die Freunde und Nachbarn am vergangenen Abend geworfen hatten, als er seine junge Frau in das Haus führte. In den Balken und in der Laube hingen noch rote Lampions. Antonio machte ein paar Schritte in die Felder und sah nach dem Himmel.

Am Horizont glühten die weißschneeflechten Pyramiden der merikanischen Vulkane in der ersten Sonne. Sie waren klar und scharf umrissen — er nickte, denn das gab gutes Wetter für Mais, Tabak und Chiles — gähnte, daß sich seine fetten, mit schwarzen Bartstoppeln besetzten Hängebacken spannten und überlegte unentschieden mit der stumpfen Passivität des Restigen, ob er noch einmal sein junges Weib prügeln, zum Barbier und in die Pulqueria gehen oder nach seinen Kuchensäumen sehen sollte. Aber da ihn noch sein Arm schmerzte und die Kuchensäume eine halbe Stunde weit weg lagen, setzte er die kurzen feinen Beine langsam in Bewegung und schlenderte zwischen den grünen Bäumen der Orgeffakten auf der Straße in das Dorf hinunter, kummelte sich schnaufend vor die Pulqueria und schrie durch das zerbrochene Fenster hinein.

Eine alte India brachte ihm einen Becher Pulque. Er nahm rasch einen Schluck, spie das weißliche Getränk rasch aus, schlug auf den Tisch und brüllte, daß er kein Schwein sei, um eine so saure Brühe zu laufen. Während er noch lärmte, kam der Wirt heraus, umarmte ihn höflich, schob seine Hände, klopfte ihm auf die Schulter und schmerzte bei der Jungfrau von Quadelope, daß die frische Pulque in einer halben Stunde bereit sei. Antonio verabschiedete sich unter Büßlingen, versprach bald zurückzukommen und ging zum Barbier, der ihm devot zu seiner Vermählung gratulierte, von den Freunden der Ehe plapperte und so nebenbei die Frage stellte, in welcher Stimmung er sich befinde. Antonio knurrte, zog den Hals in die Länge, damit der alte Bauer leichter zu den Stoppeln am Reichtopfe gelange und meinte kurz, daß er sich sehr wohl fühle, bezahlte das Doppelte wie üblich, beschah sich im Spiegel und ließ seine staubigen Schuhe reinigen.

Vor dem Haus traf er Bernardo, seinen besten Freund, und zog ihn mit. Sie schickten auch einen Knaben zu Carlos, Mateo, Juan, Vicente und anderen Freunden mit der Einladung zu einem Eimer Pulque. Bald kamen acht Bauern mit dem Mercero, der sofort seine Krämerlei gesperrt hatte, nach der Messe — erschien auch der Geistliche, erkundigte sich nach dem Befinden der jungen Frau und ermahnte Antonio, sie nicht viel allein zu lassen. Antonio wurde vorlegen und rief sein fettes Kinn. Er schwieg, solange der Vater blieb. Dann befohl er ein frisches Schöpf Pulque und stützte, während die Freunde immer lauter über den Tisch schrien, mit hochrotem Kopf zu Bernardo, daß seine Frau es vor der Ehe mit einem anderen gehalten und er sie dafür schon heute morgen verprügelt habe. Bernardo nickte bedächtig.

Es wisse jedes Kind, daß sie es mit dem Kreolen Geronimo halte, der von seiner Geliebten lebe, ein Lumpichütz sei und einmal ein Tracht Prügel verdiene. Es wundere ihn nur, daß Antonio sich darüber aufrege, denn die Sache mit Geronimo sei ihm doch bekannt gewesen.

Antonio nickte und gab zu, daß man davon gesprochen habe. Er hielt es für übles Gerücht, aber in der vergangenen Nacht habe Juana ihre Schande gestanden. Das wäre nicht das Schlimmste gewesen, doch als sie schwören sollte, mit Geronimo nicht mehr zu sprechen, habe sie gelacht und einen Finger gehoben. Und habe weiter gelacht, als er sie schlug.

Er hieb mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser klirrten und schrie: „Geronimo soll sich hüten!“

Die anderen horchten bei dem Namen auf und steckten die Köpfe zusammen. Antonio stand, schon halb betrunken, auf und schmerzte, daß seine Frau ihn mit diesem Tagedieb nicht betrügen werde. Die Freunde witterten den Grund seiner Wut und heigten ihn gegen Geronimo: „Er ist der Schönste im ganzen Dorf!“ Und andere: „Die Weiber sind toll auf ihn!“

Bernardo überschrte sie: „Häng' deiner Frau den Krug vor das Haus!“

Antonio wischte sich den Schweiß von der Stirn, während Mateo und Domingo Beifall tobten. Als drängten zum Ausbruch und schoben ihn vorwärts. Auf einem Karren führte der Wirt den Eimer mit Pulque nach.

Sie hielten unter Geschrei vor dem Hofe Antonios, der zuerst die Tür des Zimmers verperrte, damit seine Frau nicht vor ihrer Strafe flüchten könne, und dann schwanzeln einen zerbrochenen Krug aus der Küche holte, mit einem Stein wütend noch ein paar Böcher hinein stieß und ihn an einer langen Stange hoch über den Eingang des Hauses aufhing. So konnte nach dieser uralten Sitte der Zapoteken jeder, der vorbei kam, erkennen, daß die Jungvermählte nicht als Unschuld in die Ehe getreten war.

Aber während Antonio und seine Freunde in der Blantenlaube wieder zu trinken begannen und der Mercero eine lange Rede auf

die Tugend der Frauen hielt, sprang rückwärts die üppige Juana durch ein Fenster in den Garten, ließ gebückt durch Maisfelder, dann zwischen Weingärten, sah sich vorsichtig um und verschwand in dem kleinen Häuschen Geronimos.

Indessen ließ Antonio für seine Gäste von der Magd Hühner braten und freute sich im Stillen, daß der Duft die hungrige Juana quälte werde. Den ganzen Nachmittag kam aus der Küche das Klaffchen des Teiges der Maiskuchen, jeder, der vorbeiging, umarmte Antonio, wies auf den Krug, lachte, aß Tortillas und trank Pulque.

Gegen Abend lag das halbe Dorf betrunken vor dem Hofe. Sie steckten Lichter in die Sampions und schrien lauter ihre Spottlieder, denn das Quaken der riesigen Frösche in den Gräben war wie ein Rollen von tausend Trommeln. Plötzlich knallten durch den Lärm im Halbkreis Schüsse.

Die Stingl-Marke.



Da er geweiht die neue Marken-Serie
Für: erstens zur Vergangenheit gehörlige
Und zweitens — nach dem Urteil aller Kenner —
Noch in der Gegenwart berühmte Männer,
So frag ich: Warum jert man solch ein Dingel
Statt des Fredericus nicht mit dem Herrn Stingl?!
Er kam doch jetzt zu einiger Verühmtheit
Durch die reaktionäre Unverblämtheit,
— War auch bisher bescheiden nur sein Ruf —
Mit der er die Hohenzollernmarke schuf.
Und zweitens ist er, da der Streich empörend,
Bald hoffentlich auch zur Vergangenheit gehörend!
M. v. C.

Zwischen Büschen sprangen Brüder und Verwandte der jungen Frau hervor, feuerten ihre Pistolen in die Luft, sprangen mit Knütteln unter die Betrunkenen, jagten sie auf die Straße und warfen sie in die dornigen Agaven. Dann verprügelten sie den wimmernden Antonio und verschwanden wieder in den Feldern.

Als Antonio heiser um Hilfe schrie, tauchte Juana aus dem Garten auf, schleppte mit der Magd ihren Saiten in das Zimmer, wo er trotz der Schläge in seiner Trunkenheit sofort schwärmte. Dann goß sie Del in die Ampel vor der Madonna, holte den Krug von der Stange herunter und zerstückte ihn in Scherben, sah in der Zeitung nach, ob ihr Los gezogen war, wuschte die Lampions, nahm ein Huhn, Tortillas und Wein, horchte nach dem Zimmer und ließ durch die Maisfelder und Weingärten zu dem Häuschen Geronimos.

Und nach dem wüsten Lärm, Schreien und Geschrei war jetzt in der schwülen Nacht nur noch das Rollen der Frösche und das Schnarchen des armen Antonio zu hören.

Das Grab in der Wochenschau.

Von Erna Büsing.

Man muß es eingestehen, es vorließ recht ereignisreich, das Leben der alten Herrscher, die wir in der Geschichtsstunde als historische Persönlichkeiten kennen lernen, wenn das Grab der Menschheitsgeschichte nach Rom und Jahreszahlen abgelesen wird. Bewußte Herrscher ständen höchstpersönlich an der Spitze ihres Heeres, trieben sich die meiste Zeit ihres Lebens auf dem Schlachtfeld herum, starben an im Nahkampf erlittenen Wunden oder wurden von ihren Soldaten ermordet. Kein aus allgemeinem Volkswohl herausgegangenes Parlament durfte sie betritteln, doch indirekt halfen sie für alle unliebsamen Vorkommnisse in ihrem Leben. Was ja immerhin auch ein Faktor von Bedeutung gewesen sein soll.

Heute wissen wir, daß getränkte Herrscher automatisch oberste Kreisherrn werden, deren vaterländische Pflichten darin bestehen, selbst bei sich reichlich bietender Gelegenheit den Heldentod zu verabsäumen. Das ist die nächste Todsache, obwohl die Ideologie dieses Herrschertums auf den Toten eines Führertums längt vergangener Zeiten basiert. So geriet der Herrscherberuf nach und nach in Röteln. Und alle die zum Untertan begabten Deutschen wußten, was dem Herrscherberuf fehlte. Es fehlte ihm an einem Heldentodanwärter unter den Herrschenden selbst. Und sie glaubten ihn gefunden zu haben. Sie fanden ihn nicht im Weltkrieg, sie fanden ihn nachher, sie fanden ihn nicht in Europa, sie fanden ihn etwas entfernter, er stand nicht an der Spitze einer Kultur, sondern, er lag gut sein, er war dennoch ein Herrscher. Nach dazu ein solcher, der seine Verleumdung durch den Parlamentarismus duldet. Der Herrscherheldentodanwärter hieß Abd el Krim. Es war große Mode, über sein Herrschertum stark feilkeitsmäßigen Einschlags gut unterrichtet zu sein. Die Damen und Herren der Gesellschaft schlugen im Gefirnis nach und waren entsetzt darüber, nur die Angabe zu finden, daß die Mißheber in Spanisch-Marokko oft auch Rifkämpfen genannt werden. Hochpatriotische Sprachen am Stammtisch von Generalsstabsoffizieren, die für Abd el Krim die Schlachtpläne zeichneten und sein Heer organisierten. Sie machten viel unnützes Gerede. Russen, die in der Fremde das Beiratsfest begingen, seierten laut und gefahrlos Abd el Krim und ließen sich dabei unnützlich

photographieren. Würdenträger aus Abd el Krim Kreisen meinten, es sei mit dem ganzen Freiheitskrieg solche eigene Sache, man stände sich bei der Gegenpartei auf jeden Fall besser. Sie wurden hingerichtet. Und kein Volk? Nun, das starb pflichtgemäß in den Schlachten. Sein Mut nützte auf die Dauer nicht, denn Uebermacht siegt, das ist ein ganz einfaches Rechenexempel. Doch ein untergehendes Volk hat Helben. Sehnsüchtig sah man auf Abd el Krim. Wirklich, man dachte, dieser kleine, dunkle, unschön starkknochige Mann würde den Glanz des Herrscherberufs aufbronzieren. Nun kann man ja selbst in der Feuerlinie Wech haben und nicht getroffen werden. Zudem verbot ihm sein Glaube den Selbstmord. Doch, was machte das aus! Er wird sein Pferd erschlehen und sich dann von seinem Lieblingsdiener töten lassen! — oder: Nachdem er sein fünffüßiges Berberpferd getötet hat, wird er sich von seiner Lieblingsfrau den Dolch ins Herz jagen lassen! — so hoffte man. Jedoch es kam anders. Gleich einem ganz großen europäischen Herrscherfollegen verabsäumte er sowohl den einfachen Heldentod, wie den Tod heroischen Antriebs. Die Tapfersten seines Volkes starben, die Ueberbleibsel darben im verwüsteten Land, und er ging mit Saad und Paat und Frauen und Kindern freiwillig in die Gefangenschaft. Gewehr präsentierende Soldaten bilden das Spalier, und ordnungsgemäße, lebenswürdige Offiziere sind seine Begleiter. Abd el Krim wird irgendwo hin verbannt. Er wird schöne Frauen haben, er wird viele Frauen haben, keine Kinder werden noch kommen, und das sonstige süße Nichtstun wird ihm nichts schaden. Doch, seien wir ehrlich, ihn, der sich so europäisch benommen hat, mißt man nicht mit europäischem Maßstab. Man verzeiht ihm die Enttäuschung nicht. Selbst die Hochpatriotischen haben ihn schon zu den Älten gesetzt. Ein Sonderberichterstatler verlohnt sich nicht mehr. Abd el Krim fand sein Grab in der Kinomoschenschau, dort erscheint er als einfacher Bildstreifen nach den Beinen von Langgirts und vor irgendeinem den Mund aufreißenden Redner.

Annemarie v. Nathusius an August Bebel

Es ist wenig bekannt geworden, daß die verstorbenen Annemarie von Nathusius in brieflicher Verbindung mit August Bebel stand, der ihr sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ mit einer Widmung zusandte. Im Archiv der Sozialdemokratischen Partei befindet sich dieser charakteristische Brief der Frau von Nathusius an Bebel:

Kurfürstendamm 187 pl., den 8. März 10.

Respektvoller Herr Bebel!

Ihr Buch mit Ihrer lieben Widmung erhielt ich heute und danke Ihnen vielmals. Fast möchte ich glauben, daß Sie meinen „Lumpenfram“ gelesen haben. Denn warum grüßen Sie mich sonst? Ich wäre Ihnen ja sonst eine ganz, ganz Fremde! Während Sie mir natürlich lange kein Fremder mehr sind. Ich habe schon lange mit Begeisterung Ihre Reden und Laten verfolgt — und Sie bewundern als einen der wenigen Nützigen im Lande. Natürlich bin ich keine Politikerin — auch keine Frauenrechtlerin — von den großen Segnungen und Riesenarbeiten der Sozialdemokratie habe ich wahrscheinlich sehr wenig Ahnung — aber wo einer für Kultur und Gerechtigkeit kämpft, da bin ich dabei! Und dann haben Sie ja so viel Liebesvolles über die Frauen gesagt.

Die armen Frauen! In der sogenannten „zivilisierten“ Welt haben sie, glaube ich, am meisten zu leiden. Und dann ist es so schwer für diese Frauen, den eigenen Weg zu gehen! Ich hatte mir das Leben gedacht wie einen immer grünen Wald mit schönen einsamen Winkeln und vielen Sonnenstunden. Und ich würde in diesem Wald spazieren gehen und schöne Gedichte machen. Und nun transire ich Revolte und schreibe den Lumpenfram! Eine Entfesselung des Kreuzzeitungsgründers — und Tochter des Führers der Sunterpartei... Ja, und nun sind wohl die letzten Brücken hinter mir zusammengefallen, und ich stehe allein auf mich und meine Kunst gefesselt! Was daraus werden soll? Ich weiß es noch nicht. Hoffentlich etwas Gutes.

Mit vielen Grüßen, verehrter Herr Bebel, bleibe ich Ihre ergebene Annemarie v. Nathusius, geb. v. Nathusius.
B. K.

Lebensweisheit im „Lokal-Anzeiger“.

Es ist immer gut, bürgerliche Zeitungen zu lesen. Aber man sollte sich nicht auf den politischen Teil beschränken. Die Unterhaltungsbeilagen, worin besonders dem weiblichen Lesepublikum die Abwägung der deutschen Literatur dargeboten werden, bringen manchmal treffliche Illustrationen und Ergänzungen zu dem, was man im Politischen so geradezu doch nicht zu sagen magt.

Hat da zum Beispiel ein gewisser von Kunowski eine kleine Fabel im „Lokal-Anzeiger“ drucken lassen von ein paar jungen Löwen, die von einer Händin gefangen werden. Als die Löwen schon einigermaßen vernünftig geworden sind, will ihnen die Pflegermutter auch gute Lehren fürs Leben geben. Der Wunsch ist das mächtigste Weizen, sagt sie, darum müßt ihr euch ihm unterwerfen, ihn umschmeicheln und ihm dienen, auf daß es euch wohl ergehe und ihr fortkommt im Leben. Aber die jungen Löwen, revolutionär von Natur und durch „Lokal-Anzeiger“-Beltüre noch keineswegs verbildet, verachten den guten Rat. Gar bald bekommen sie das Gefäß zu kosten, während die Händin, dankbar für jeden Blick, die Hand des Menschen leckt, die ihr wohl auch manchmal wehgetan!

„So blieben die Löwen Gefangene, Unterdrückte, — die Händin aber führte ein schönes Leben und war beliebt bei allen!“

„So, Prolet, nun lerne daraus. Siehst du nun, wohin dein Aufbegehren dich führt? Willst auch du ewig unterdrückt bleiben oder willst du dich nicht lieber auch den gelben Hunden zugesellen, treu und bescheiden deinen Herren, — den Fürsten, Junkern und Kapitaisten, dienen, — dankbar für jeden Brocken, den sie dir von ihrem Tische zuwerfen? Wahrlich, deutlicher kann man's dir nicht mehr sagen, wie du dich zu verhalten hast, um das Wohlgefallen des Herrn Hugenberg zu erringen!“

„Jede Zeit hat die Zeitung, die sie verdient.“ (schrill Friedrich Hufschang im letzten „Montag“). Seine Leser bestimmt.
Otto Weber.

Raupensuppe und Fliegenbrat. Der chinesische Landmann schätzt den Genuß von Raupen insofern, als er gedörrte oder frische Raupen zu einer sogenannten „bunten Suppe“ verköcht, wie er denn auch aus den Raupen des Seidenspinners eine fettige Schaumspitze zu bereiten versteht. Einen noch salzameren Gebrauch findet man indes bei den Regerstämmen, die die Küsten des Kapalla-Sees in Afrika bewohnen. An manchen Tagen ziehen nämlich dunkle Wolken von Millionen der winzigsten Fliegen über den See. Diesen Jügel folgen nun die Eingeborenen und fangen sie sehr geschickt ein, aber nicht um sich von ihnen zu befreien, sondern um die Fliegenmassen zu Brei zu kneten und — Brot daraus zu backen. Und dieses Fliegenbrat ist eine so beliebte Speise, daß die Reger die gewaltigen Fliegenmassen immer mit Freude begrüßen.

Die längsten Bahnsteige der Welt. Ein ausgerückter Kopf in der englischen Eisenbahnvermittlung hat sich die Daten über die Bahnsteige sämtlicher Bahnhöfe der Welt zusammengestellt und hat dabei herausgefunden, daß die längsten Bahnsteige, mit Ausnahme von Manchester und Melbourne, in Indien sind, und zwar in Sonepore mit 2480 Fuß, sodann in Morakpur, Baraun und Gonda. Als Grund gibt er an, daß die indischen Passagiere es so am liebsten haben: sie kreuzen nicht gern die Gleise, sondern stehen vor, wenn alle Züge hintereinander an einem Bahnsteig halten.



Wir wollen die wirtschaftliche Macht

in die eigenen Hände nehmen und darin behalten. – (Wahlspruch der Redlichen Pioniere von Rochdale.)

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausfrauen Groß-Berlins!

Erkennt die starken wirtschaftlichen Kräfte, die Ihr als Verbraucher besitzt. – Schließt Euch zusammen in der

Konsum

Genossenschaft Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.

Kaffeerösterei

3 Bäckereien
mit 69 modernen Oefen

Mineralwasserfabrik

225 Lebensmittelabgabestellen

in allen Bezirken Groß-Berlins

9 Warenhäuser u. Manufakturwaren-Abgabestellen / 10 Spezial-Fleischabgabestellen

33 Millionen Umsatz im Geschäftsjahr 1925/26

Rund eine Million Mark wird den Mitgliedern auf ihren Umsatz zurückvergütet

In allen Lebensmittelabgabestellen: Eigenbetriebs-Erzeugnisse der Groß-Einkaufsgesellschaft d. Konsumvereine

GEG - Seifenfabrikate

GEG - Parfümerien

GEG - Putzmittel



GEG - Tabakfabrikate

GEG - Teigwaren

GEG - Schokoladen

Aus unserer Lebensmittel-Abteilung:

Feinstes amerikanisches

Schweineschmalz Pfd. 85 Pf.

Deutscher fetter geräuch. Speck Pfd. 132 Pf.

Sonder-Angebot: Echter Schweizer Import, Emmenthaler Käse Pfd. 170 Pf.

Holsteinische Plockwurst. Pfd. 180 Pf.

Cervelatwurst Pfd. 180 Pf.

Salamiwurst. Pfd. 180 Pf.

Sonder-Angebot: Echter Schweizer Import, Emmenthaler Käse Pfd. 170 Pf.

Ansicht der Gesamtanlage der Konsum-Genossenschafts-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 16-30



Die Aufnahmegebühr beträgt 50 Pfennig

Aufnahmen in die Konsum-Genossenschaft werden in jeder Abgabestelle vollzogen